

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2017

THEMA IM FOKUS

Zivilgesellschaft und politische Bildung

- 4 | **Zivilgesellschaft und Demokratie**
Die Zivilgesellschaft als Spiegelbild
gesellschaftlicher und politischer
Leitbilder
von Annette Zimmer
- 12 | **Zivilgesellschaft im Wandel**
Rahmenbedingungen und
Veränderungsprozesse
von Roland Roth
- 20 | **Zivilgesellschaftliches
Engagement im Netz**
Neue Ideen, Formen und Orte
von Sina Laubenstein
- 27 | **Zur Situation der Zivil-
gesellschaft in Südost-
und Mitteleuropa**
Wahrnehmungen und
Einschätzungen
von Christiane Toyka-Seid
- 36 | **Politische Bildung
und Zivilgesellschaft**
Politisches Lernen im, für und
durch Engagement
von Rasmus Grobe

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2017

adb.de

Zu diesem Heft

Die Idee der Zivilgesellschaft, der *societas civilis*, verstanden als ideale Lebensweise freier Bürger, kann bis in die Klassische Antike zurückverfolgt werden und findet heute ihren Ausdruck im Konzept der *civil society*. Die Zivilgesellschaft wird oft als Gegenmodell zum Staat beschrieben, als normatives Konzept steht sie für die Eigeninitiative der Bürger/-innen, für Orientierung am Gemeinwohl, für freie Meinungsbildung und Akzeptanz von Vielfalt.

Doch seit es die Idee der Zivilgesellschaft gibt, unterliegt sie auch der Gefahr, für ausgrenzende Gesellschaftsbilder missbraucht zu werden, für ein Engagement, das sich gegen eine weltoffene, diskriminierungsfreie Gesellschaft richtet. Nicht zufällig ist in diesen Tagen von der „hellen“ und der „dunklen“ Seite der Zivilgesellschaft die Rede.

Welche Rolle hat die politische Bildung – oder besser: die *education for democratic citizenship* – in der Zivilgesellschaft? Die Präzisierung ist notwendig, da auch die politische Bildung – ebenso wie die Zivilgesellschaft – für diskriminierende, ausgrenzende Ideologien missbraucht werden kann. Es gilt, politische Bildung als eine Bildungsarbeit stark zu machen, die sich für demokratische Werte und den Schutz der Menschenrechte einsetzt, die sich als Teil der Zivilgesellschaft wie auch als Motor für zivilgesellschaftliches Engagement versteht.

Diese Ausgabe der *Außerschulischen Bildung* beleuchtet den Begriff der Zivilgesellschaft aus unterschiedlichen Perspektiven, stellt Konzepte, Akteure und neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements vor und benennt aktuelle Herausforderungen durch „unzivil“ Bestrebungen und Aktivitäten. Die Beispiele politischer Bildung zeigen dabei, dass die Übergänge zwischen politischer Bildung und zivilgesellschaftlichem Engagement mitunter verschwimmen. Ein Blick auf die (Zivil-)Gesellschaften und die politische Bildung in verschiedenen osteuropäischen Staaten macht deutlich, dass eine funktionierende, starke und demokratische Zivilgesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes: Integration – Welchen Beitrag kann politische Bildung dafür leisten?

Die Ausgaben der *Außerschulischen Bildung*, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: www.adb.de/zeitschrift_ab

Thema im Fokus:

Zivilgesellschaft und politische Bildung

- 4 **Zivilgesellschaft und Demokratie** von Annette Zimmer
- 12 **Zivilgesellschaft im Wandel** von Roland Roth
- 20 **Zivilgesellschaftliches Engagement im Netz** von Sina Laubenstein
- 27 **Zur Situation der Zivilgesellschaft in Südost- und Mitteleuropa** von Christiane Toyka-Seid
- 36 **Politische Bildung und Zivilgesellschaft** von Rasmus Grobe
- 43 **Die politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit – IJAB wird 50 Jahre** Interview mit Marie-Luise Dreber
- 46 **„The future of citizenship and human rights education in Europe“** von Georg Pirker

Forum

- 49 **Politische Bildung in Bewegung II** von Albert Fußmann
- 52 **Plädoyer für die Einführung einer Koordinationsstelle Demokratiebildung** von Steve Kenner

Politische Bildung praktisch

- 56 **Karten – Computer – Katastrophen** von Christian Kirschner und Dana Meyer

Jahresthema im AdB

- 61 **Zwischen Gaga und Hass** von Kim Alexandra Trau

Rezensionen

- 65 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 76 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 84 **Personalien**
- 85 **Aus Profession und Politik**
- 90 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 91 **Veranstaltungen**
- 92 **Zeitschriftenschau**
- 94 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

Zivilgesellschaft und Demokratie

Die Zivilgesellschaft als Spiegelbild gesellschaftlicher und politischer Leitbilder

In diesem Beitrag wird die Zivilgesellschaft als multidimensionales Konzept vorgestellt, werden zivilgesellschaftliche Akteure charakterisiert und wird auf die unterschiedlichen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements eingegangen. Unterschiedliche Konzeptualisierung und Funktionszuweisungen von Zivilgesellschaft werden anhand von Klassikern der Politischen Theorie und Philosophie vorgestellt. Abschließend wird gefragt, ob und inwiefern antidemokratische Tendenzen mit zivilgesellschaftlichen Potenzialen begegnet werden kann. von Annette Zimmer

Kaum ein Konzept der Sozialwissenschaften hat in den letzten Jahren so viel Aufmerksamkeit in Politik und Medien erfahren wie das der Zivilgesellschaft. Die Gründe hierfür sind vielfältig und in engem Zusammenhang mit aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen zu sehen. Zivilgesellschaft gilt als Hoffnungsträger einer Erneuerung der repräsentativen Demokratien der nördlichen Hemisphäre und als gesellschaftliches Unterpfand einer positiven Entwicklung in Richtung weniger Korruption und Vetternwirtschaft in den jungen Demokratien des Südens. Und selbst in Ländern mit autoritären Strukturen oder solchen, die sich durch eine Einparteienherrschaft auszeichnen, werden in der Zivilgesellschaft Potenziale eines gesellschaftlichen Wandels mit Zielsetzung einer demokratischen Entwicklung gesehen. Damit aber noch nicht genug: Auch international wird zunehmend auf Zivilgesellschaft rekurriert, wenn es darum geht, grenzüberschreitende ökologische Probleme anzugehen oder humanitäre Katastrophen zu verhindern. Doch kann Zivilgesellschaft die in sie gesetzten Erwartungen und Hoffnungen auch erfüllen? Handelt es sich bei der Zivilgesellschaft um ein Tausendsassa, ein Universalgenie und Alleskönner? Dieser Frage wird im Folgenden nachgegangen.

Zivilgesellschaft als multidimensionales Konzept

Zur programmatischen, habituellen und bereichsspezifischen Dimension des Konzepts

Gerade weil Zivilgesellschaft Eingang in eine Vielfalt von Diskursen gefunden hat, umgangssprachlich populär ist und in Medien und allgemeiner Öffentlichkeit verwandt wird, gibt es keine griffige Definition. Im deutschsprachigen Raum wird häufig auf die Arbeiten des Historikers *Jürgen Kocka* verwiesen, der einen wichtigen Beitrag zur konzeptionellen Erfassung und definitorisch-begrifflichen Klärung der Zivilgesellschaft geleistet hat (vgl. Kocka 2008; 2003; 2002). Das von *Kocka* entwickelte dreidimensionale Konzept unterscheidet zwischen einer normativen, einer habituellen bzw. behavioristischen sowie einer deskriptiv-analytischen Komponente von Zivilgesellschaft (Kocka 2003, S. 31; Lauth 2017, S. 388 f.).

Die *normative Komponente* bezieht sich auf die programmatisch-kritische Dimension von Zivilgesellschaft. Als solche ist Zivilgesellschaft Gegenstand Politischer Philosophie und Demokratietheorie mit ihren zentralen Anliegen einer theoriegeleiteten Basierung von politischer und gesellschaftlicher Teilhabe sowie sozialer Gerechtigkeit (vgl.

Kocka 2003, S. 32). Zivilgesellschaft steht für ein Mehr an Demokratie im Sinne eines Zugewinns an Partizipation sowie für eine kritische Haltung gegenüber dem Status quo: Zivilgesellschaft ist Synonym für ein in die Zukunft gerichtetes Programm mit der Zielsetzung der Verbesserung und Vertiefung von Demokratie.



Abb.: Dimensionen von Zivilgesellschaft

Die *habituelle Komponente* von Zivilgesellschaft bezieht sich auf einen bestimmten Typus sozialen Handelns, nämlich im ganz wörtlichen Sinne auf den zivilen Umgang miteinander, gewaltfrei und kompromissorientiert. Es ist eine Gesellschaft, die sich durch Zivilität auszeichnet. Dass ihre Mitglieder „zivil“ miteinander umgehen, wird unterstützt durch politische Rahmenbedingungen, die ebenfalls durch „Zivilität“ geprägt sind. Hierzu zählen die verfassungsrechtlich garantierten Menschen- und Grundrechte ebenso wie die Gleichheit vor dem Gesetz, das Recht sich zu organisieren und politisch aktiv zu werden sowie die Ermöglichung menschenwürdiger Lebensumstände etwa im Sinne der Sicherung eines Existenzminimums (vgl. Rucht 2009, S. 88). Setzt Zivilgesellschaft als Projekt auf der Makro-Ebene von Staat und Gesellschaft an, bezieht sich die habituelle Komponente vor allem auf die Mikro-Ebene. Jeder ist gefragt „Bürgertugenden“ auszubilden und sich als „Citoyen“ zu verhalten, der sich für das große Ganze, das allgemeine Wohl und gesamtgesellschaftliche Belange einsetzt. Demgegenüber sind individuelle Einzel- sowie auch Partikularinteressen von Gruppen hintanzustellen.

Die *deskriptiv-analytische Komponente* ist akteurszentriert und nimmt Bezug auf konkret handelnde Personen, Gruppen und Organisationen. Diese sind engagiert in Vereinen, Netzwerken, informellen Zirkeln, sozialen Beziehun-

gen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) (vgl. Kocka 2002, S. 16), die in ihrer Gesamtheit die Basis oder Infrastruktur von Zivilgesellschaft bilden. Der Fokus liegt hier auf Zivilgesellschaft als Ausdruck gesellschaftlicher Selbstorganisation. Die Organisationen und Gruppen sind eigeninitiativ und selbstorganisiert tätig in einem gesellschaftlichen „Raum, der in modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre zu lokalisieren ist“ (ebd., S. 17). Es ist ein „intermediärer Bereich“ gesellschaftlicher Selbstorganisation, der durch eine Vielfalt von Organisationen strukturiert ist, die den Einzelnen „inkorporieren“ in die Gesellschaft und seine bzw. ihre Interessen und Anliegen bündeln, artikulieren, an die Politik herantragen und in Staat und Verwaltung integrieren.

Zu den Akteuren der Zivilgesellschaft

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Zivilgesellschaft ein sehr ausdifferenziertes Akteursspektrum aufweist. Im Zentrum der Aufmerksamkeit von Medien und allgemeiner Öffentlichkeit stehen prominente und häufig charismatische Persönlichkeiten, die sich durch Wort und Tat, mit ihrer ganzen Persönlichkeit und z. T. unter Einsatz ihres Lebens zivilgesellschaftlich engagieren, in dem sie Missstände in ihrem Land und international anprangern, sich für die Lösung politischer Konflikte einsetzen und im Sinne einer gerechteren und auch demokratischeren Gesellschaft tätig werden. Dazu gehören auch Träger/-innen des Friedensnobelpreises, wie der Gründer des Roten Kreuzes *Henri Dunant* (1901), der amerikanische Bürgerrechtler *Martin Luther King* (1964), der chinesische Menschenrechtsaktivist *Liu Xiaobo* (2010) oder die russische Aktivistinnengruppe *Pussy Riots*.

Ebenfalls zentrale Akteure der Zivilgesellschaft sind soziale Bewegungen, die häufig dann entstehen, wenn zentrale Herausforderungen und gesellschaftliche Probleme von der Politik übersehen, bewusst nicht wahrgenommen oder nicht berücksichtigt werden. Ein Beispiel hierfür ist die Entstehung der Umweltbewegung in den 1980er Jahren, deren Anliegen und Forderungen nach einer nachhaltigen Wirtschafts- und Energiepolitik damals bei Parteien und insbesondere bei Gewerkschaften auf völliges Unverständnis und grundsätzliche Ablehnung stießen. Nur infolge öffentlichkeitswirksamer Protestaktionen kamen ökologische Themen überhaupt auf die politische Agenda und war die Gründung der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* möglich. Im Kontext der Umweltbewegung wie auch der anderen, gegen Ende des letzten Jahrhunderts entstandenen sozialen Bewegungen, wie etwa der Frauen-, Dritte-Welt- oder →

Kinderladenbewegung (vgl. Roth/Rucht 2008), kam es zur Gründung vielfältiger Initiativen und Organisationen. Diese Bewegungsorganisationen tragen zur Bildung und Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Bewegungsmilieus bei. Die auf Kontakte unter den Organisationen sowie auf persönlichen Beziehungen der Mitglieder und Aktivistinnen/Aktivisten untereinander basierenden Netzwerke können jederzeit intensiviert und insofern die Bewegung anlassbedingt, z. B. bei Umweltkatastrophen, mobilisiert werden. Doch die Gründung von Organisationen setzt in der Regel auch Prozesse der Verstetigung und Institutionalisierung der Bewegung in Gang. Die Organisationen koppeln sich zunehmend von ihrem Bewegungsmilieu ab, professionalisieren sich und müssen zu ihrer Existenzsicherung auf andere und zusätzliche Ressourcen als das freiwillige Engagement von Mitgliedern und Sympathisanten zurückgreifen. Dies ist insbesondere bei den international tätigen NGOs der Fall, deren Zahl aufgrund der Internationalisierung der Problemlagen wie auch aufgrund der Zunahme humanitärer wie umweltbedingter Katastrophen in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen hat (vgl. Joachim 2014). NGOs, wie z. B. Greenpeace, sind inzwischen hoch-professionell arbeitende Organisationen, die sich zwar nicht in ihren Zielsetzungen und in ihrer Gemeinwohlorientierung aber in ihren Strukturen und Betriebsabläufen zunehmend Wirtschaftsunternehmen angepasst haben (vgl. ebd., S. 173).

Zivilgesellschaft als Thema der Sozialwissenschaften

Aufgrund der Multidimensionalität des Konzepts weist die Zivilgesellschaftsforschung Schnittmengen zu unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Zugängen und Subdisziplinen auf. Neben der Politischen Philosophie, die Zivilgesellschaft aus einer gesellschafts- und demokratietheoretischen Perspektive betrachtet (vgl. Adloff 2005; Klein 2001), untersucht die Partizipations- und Engagementforschung (vgl. Priller 2011; Vetter/Remer-Bolow 2017) empirisch Umfang, Intensität und Formen zivilgesellschaftlichen Engagements in einem breiten Spektrum von Tätigkeitsbereichen und Organisationen. Es geht um die Erfassung des Engagements als Bürgertugend, angefangen bei der Politik, über den Sport bis hin zum Bereich Soziales, vom Zeitunglesen über die Wahlbeteiligung bis hin zum politischen Ungehorsam, wie etwa die Beteiligung bei Sit-Ins oder anderen Protestaktionen. Zentrales Instrument der Erfassung des Engagements in Deutschland ist der *Freiwilligensurvey*, eine seit 1999 im Turnus von jeweils fünf Jahren unter Federführung des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

(BMSFSJ) durchgeführte repräsentative Untersuchung des freiwilligen Engagements der Bevölkerung in Deutschland (vgl. BMFSFJ 2014). Gemäß den Ergebnissen des aktuellen Surveys verfügt Deutschland über eine sehr aktive Zivilgesellschaft. Nicht ganz jede/r zweite Bewohner/-in (43,2 %) des Landes engagiert sich freiwillig, wobei Sport, Geselligkeit sowie Schule und Kindergarten zentrale Bereiche des Engagements sind (vgl. Simonson et al. 2017, S. 30).

Insbesondere in Deutschland aber auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Vereine bzw. freiwillige Vereinigungen die häufigste Organisations- und Rechtsform für zivilgesellschaftliches Engagement darstellen. So sind in Deutschland mehr als 600.000 eingetragene Vereine aktiv. Analog zum *Freiwilligensurvey* beobachtet und erfasst der *ZIVIZ-Survey* (www.ziviz.info/projekte/ziviz-survey) Umfang und Entwicklung der organisatorischen Basis der Zivilgesellschaft. Es handelt sich um eine repräsentative Befragung der gemeinnützigen (Nonprofit) Organisationen in Deutschland, die – wie in der Definition von Kocka ausgeführt – die Infrastruktur der Zivilgesellschaft hierzulande bilden (vgl. Priemer et al. 2017).

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind schließlich



„Zentrale Akteure der Zivilgesellschaft sind soziale Bewegungen, die häufig dann entstehen, wenn zentrale Herausforderungen und gesellschaftliche Probleme von der Politik übersehen (...) werden.“ Demonstration in Garzweiler im August 2015

Foto: Ruben Neugebauer / Compact (cc) BY-NC

auch im Rahmen der Policy-Forschung relevant. Als Akteur unter anderen haben zivilgesellschaftliche Organisationen infolge der Veränderung von Regierungspraxis von Government zu Governance bzw. neuen und nicht-hierarchischen Prozessen der politischen Entscheidungsfindung und der Politikimplementation unter Hinzuziehung privater Akteure deutlich an Bedeutung gewonnen. Ganz besonders gilt dies für die Sozialwirtschaft und damit die Erstel-

lung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Dienste in z. B. Krankenhäusern, Reha-Einrichtungen, Kindergärten oder Seniorenheimen (vgl. Zimmer/Paul 2018). Der Bedeutungszuwachs zivilgesellschaftlicher Akteure lässt sich für alle Politikebenen feststellen – vor Ort im lokalen Umfeld, im nationalstaatlichen, im europäischen und internationalen Kontext. Unter dieser Perspektive weist die Zivilgesellschaftsforschung auch eine Schnittmenge zur klassischen Verbände- und Lobbyismusforschung auf (vgl. Zimmer/Speth 2009). Insofern finden sich zivilgesellschaftliche Akteure sowohl auf der Input-Seite des politischen Systems, und zwar als Agenda-Setter und Mitgestalter von politischen Entscheidungsprozessen, wie auch auf der Output-Seite und hier häufig als in staatlich-öffentlichem Auftrag arbeitende Ersteller von Dienstleistungen. Doch dass Organisationen der Zivilgesellschaft in beachtlichem Umfang in die Erstellung von Leistungen und Diensten eingebunden sind, wird von der politikwissenschaftlichen Forschung, die ihren Fokus auf die Untersuchung des Nexus zwischen Zivilgesellschaft und Demokratie legt, kaum beachtet. Im Zentrum steht hier die Frage nach den Funktionen von Zivilgesellschaft auf der Input-Seite des politischen Systems. Beantwortet wird diese in der Regel mit einem Rückblick auf die Klassiker der Politischen Theorie und Philosophie, die vor dem Hintergrund ihres jeweiligen historischen Kontextes spezifische funktionale Aktzentsetzungen von Zivilgesellschaft vornahmen.

Funktionszuschreibungen von Zivilgesellschaft aus Sicht der Politischen Theorie und Philosophie

Übereinstimmend wird von zahlreichen Autorinnen und Autoren auf die enge Verbindung von Zivilgesellschaft und Demokratie verwiesen (vgl. Lauth 2017; Adloff 2005; Klein 2001; Cohen/Arato 1995). Bezug genommen wird hierbei auf einen Set von Funktionen, die der Zivilgesellschaft zugeschrieben werden. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um:

- die klassische Kommunikations- und Öffentlichkeitsfunktion: Zivilgesellschaft bildet das Forum für Meinungsaustausch, Deliberation und Entscheidungsfindung;
- die liberale Schutzfunktion: Zivilgesellschaft dient als Bollwerk gegenüber staatlichen Übergriffen auf Wirtschaft und Privatheit;
- die intermediäre Funktion der Selbstorganisation, gesellschaftliche Integration und Interessenvermittlung (vgl. Merkel/Lauth 1998; Lauth 2017, S. 387).

Zivilgesellschaft als politische Gemeinschaft und Forum für Meinungsaustausch, Deliberation und Entscheidungsfindung kann auf eine lange Tradition zurückblicken, die bis in die Klassische Antike zurückreicht. Es handelt sich um ein auf den griechischen Philosophen *Aristoteles* zurückgehendes Gesellschafts- und Politikverständnis, das „societas civilis“ als selbstorganisierte politische Gemeinschaft und ideale Lebensweise von freien Bürgern versteht (vgl. Adloff 2005, S. 17 f.), die Sorge tragen für die Belange des Staates. Kritisch wird auf die Exklusivität der klassischen Lesart von Zivilgesellschaft in der demokratietheoretischen Literatur verwiesen (u. a. Schmidt 2010, S. 27 f.). Im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Konzepts von Zivilgesellschaft ist jedoch zentral, dass seit diesen frühen Anfängen die „Zivilgesellschaft“ mit Deliberation als Ringen um vernünftige Lösungen und Konzepte sowie mit

Der Bedeutungszuwachs zivilgesellschaftlicher Akteure lässt sich für alle Politikebenen feststellen – vor Ort im lokalen Umfeld, im nationalstaatlichen, im europäischen und internationalen Kontext.

selbstbestimmtem politischen Handeln in Verbindung gebracht wird (vgl. Adloff 2005, S. 18). Beide Stränge – Deliberation sowie In-eins-Setzen von Staat und Gesellschaft – wurden in der Folge wieder aufgegriffen und finden sich in „deliberativen“ sowie in radikal-demokratischen bzw. radikal-republikanischen modernen demokratietheoretischen Ansätzen wieder. Allerdings musste zunächst die Einheit von Staat und (Zivil)Gesellschaft, wie sie als Denkfigur für die klassische Antike konstitutiv war, dem Antagonismus von Staat und Gesellschaft als zwei unterschiedliche Bereiche weichen.

Zivilgesellschaft als Privatsphäre und Bollwerk gegenüber illegitimen, nicht-rechtmäßigen bzw. nicht vertragsgemäßen Übergriffen des Staates ist eine Konzeption der Neuzeit, die vor dem Hintergrund einer sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft und in Auseinandersetzung mit dem Absolutismus und seinem omnipotenten Herrschaftsanspruch entstanden ist. Hier wird „der Zivilgesellschaft (...) vor allem eine negative Freiheitsfunktion →

zugewiesen“ (Merkel/Lauth 1998, S. 4), die in der Begrenzung und Kontrolle absolutistischer Macht, und zwar im wirtschaftlichen wie im privaten Bereich besteht. In der Lesart von Vertragstheoretikern und Moralphilosophen in England und Schottland des 17. und 18. Jahrhunderts war Zivilgesellschaft ein wirtschaftsliberales Projekt mit der Zielsetzung, die Macht des Staates zu limitieren, vertraglich durch die Garantie von Rechtsstaatlichkeit zu binden und die Freiheit wirtschaftlichen Handelns zu garantieren. Staat und (Zivil-)Gesellschaft wurden als zwei sich antagonistisch gegenüberstehende Bereiche gesehen, wobei der Staat durch Zivilgesellschaft „in Schach gehalten werden soll“. Aus demokratietheoretischer Sicht ist Zivilgesellschaft konstitutiver Bestandteil einer „liberalen Demokratie“ in der Tradition von *John Locke* und anderer Vertragstheoretiker (vgl. Adloff 2005, S. 20; Schmidt 2010, S. 49 ff.), die die Notwendigkeit sehen „to define and delimit the sphere of politics carefully, unleash individual energies in civil society, and provide a new balance between the citizen and government underwritten by law and institutions“ (Held 2006, S. 55).

In der Folge rückte die Funktion der Selbstorganisation und somit Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre, die der gesellschaftlichen Integration und der politischen Interessenvermittlung dient, ins Zentrum des Interesses. Insofern wurden empirische Analyse wie theoretische Legitimation unterschiedlicher Konfigurationen des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft zu einem wichtigen Thema der Politischen Philosophie und Demokratietheorie (vgl. Adloff 2005, S. 20 f.). Aber auch die Zivilgesellschaft selbst wurde, bedingt durch die Entwicklung zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen und Vereinigungen im Zuge von Industrialisierung und gesellschaftlichen Modernisierung, Gegenstand empirischer wie theoretischer Betrachtung. In den Fokus rückte hierbei die Frage, wie angesichts der Vielfalt der Interessen, gesellschaftlichen Gruppen und Anliegen, die moderne Gesellschaften auszeichnen, das große Ganze nicht verloren geht und das allgemeine Wohl gegenüber der Durchsetzung von Partikularinteressen nicht ins Hintertreffen gerät.

In grosso modo lassen sich zwei Perspektiven auf Zivilgesellschaft als intermediärer Sphäre der Selbstorganisation und der Interessenvermittlung sowie des Ausgleichs von Interessen unterscheiden, die bis heute wirkungsmächtig sind und die demokratietheoretische Debatte wesentlich beeinflusst haben (vgl. Klein 2001, S. 295 ff.; Adloff 2005, S. 37 ff.). Während die auf den politischen Philosophen *Friedrich Hegel* zurückgehende Tradition in

gewisser Weise „von oben“ auf die Zivilgesellschaft blickt und im Staat den Hüter des allgemeinen Interesses sieht, stellt *Alexis de Tocqueville* die Vielfalt der freiwilligen Vereinigungen heraus, die gesellschaftliche Pluralität ermöglichen, den Staat auf Distanz halten und gleichzeitig einen



„Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre der Selbstorganisation und der Interessenvermittlung sowie des Ausgleichs von Interessen“ Foto: kallejipp/photocase.de

mäßigenden Einfluss auf die Bürger/-innen haben. Sowohl *Hegel* als auch *de Tocqueville* beziehen sich in ihren Ausführungen auf die „organisierte Zivilgesellschaft“ – die Korporationen bei *Hegel* und die freiwilligen Vereinigungen bei *de Tocqueville* –, die die (bürgerliche) Gesellschaft strukturieren, die Verfolgung von Partikular- wie Gruppeninteressen ermöglichen und gleichzeitig gesellschaftliche Anliegen bündeln und Kompatibilität mit dem Allgemeinwohl sicherstellen. Allerdings handelt es sich um sehr unterschiedliche Sichtweisen des Zusammenspiels von Staat und Zivilgesellschaft.

Als Vertreter des deutschen Idealismus ist für *Friedrich Hegel*¹ der Staat die übergeordnete Instanz, die dafür verantwortlich ist, dass „das an und für sich Vernünftige“ (§ 258) zum Tragen kommt. Hegels Gesellschaftskonzeption ist individualistisch. Eine Rückbindung an „das Sittliche“ (§ 249) bzw. an das Gemeinwohl erfolgt durch mitgliedschaftliche Organisationen – die Korporationen – (§ 250), deren Funktion darin besteht, Staat und bürgerliche Gesellschaft eng miteinander zu verbinden, sodass die Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft in den Staat übergeht (§ 256) und eine organische Einheit bildet. Zivilgesellschaft ist daher bei *Hegel* vorrangig „Ort sozialer Integration“ (Adloff 2005, S. 35) und bietet eine Ergänzung sowie

¹ Die folgenden §-Angaben beziehen sich auf Brandt 2013.

Alternative zur marktförmigen Integration (vgl. ebd.; Klein 2001, S. 302). Demgegenüber ist „der Staat (...) die Wirklichkeit der sittlichen Idee“ (§ 257) und der Zivilgesellschaft übergeordnet.

Ganz anders die Position von *Alexis de Tocqueville*, für den freiwillige Vereinigungen eine doppelte Funktion erfüllen. Er führt aus, dass sich „Amerikaner jeden Alters, jeden Ranges, jeder Geistesrichtung (...) fortwährend zusammen(schließen)“ (1985, S. 248), um die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und im Eigeninteresse gemeinwohlbezogene Aufgaben gemeinsam zu erledigen. Dank Selbstorganisation wird der Staat auf Distanz gehalten. Doch die freiwilligen Vereinigungen dienen nicht nur zur Errichtung von Spitälern, Gefängnissen oder Schulen, sie fungieren gleichzeitig als „Schulen der Demokratie“, in denen Bürgertugenden wie Toleranz und gegenseitige Akzeptanz eingeübt werden und eine politische Kultur, die Individualismus und Gemeinsinn in Einklang bringt, ausgebildet wird. Insofern bedarf es keiner übergeordneten Instanz zur Sicherung des Allgemeinwohls, sondern Bürger/-innen handeln im Dienst der Allgemeinheit aus aufgeklärter Eigenliebe und im wohlverstandenen Interesse, um ihre Freiheit zu sichern (vgl. ebd., S. 256), wobei sie sich einer Vielzahl von freiwilligen Vereinigungen – geselliger, wirtschaftsbezogener wie politischer – bedienen, die infolge ihrer Pluralität und Heterogenität verhindern, dass es zu einer „Despotie der Mehrheit“ kommt und ein starkes Interesse alle anderen überlagert.

Bisher kaum berücksichtigt wurde eine Perspektive, die den Hegelschen Ansatz als gesellschaftliches Modernisierungsmodell kennzeichnet, wobei Zivilgesellschaft als Forum gesellschaftlicher Integration sowie als Terrain des primär wirtschaftliche Interessen verfolgenden Bourgeois konzipiert ist, während der Staat dafür Sorge trägt, dass die infolge gesellschaftlicher Modernisierung auftretenden Interessengegensätze nicht Überhand nehmen und das Allgemeinwohl gefährden. Demgegenüber wird in neueren Ansätzen vor allem wieder an die klassische, auf die Antike zurückgehende Funktionszuweisung von Zivilgesellschaft als Raum und Forum der Deliberation, der Auseinandersetzung und des Austauschs von Meinungen Bezug genommen. An erster Stelle ist hier *Jürgen Habermas* zu nennen, für den der Kern der Zivilgesellschaft ein Assoziationswesen bildet, „das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeit institutionalisiert“ (Habermas 1992, S. 443 f.).

Zivilgesellschaft als Alleskönner?

Zivilgesellschaft blickt als Begriff und Konzept auf eine lange Tradition zurück. Allerdings war der Bezug zur Demokratie als Regierungsform, wie wir sie heute kennen, keineswegs durchgängig gegeben. Auch gibt es nicht das eine Konzept und die eine Definition von Zivilgesellschaft. Vielmehr spiegelt das jeweilige Verständnis von Zivilgesellschaft zeitspezifische gesellschaftliche und politische Leitbilder wider. Insofern hatte und hat Zivilgesellschaft als Konzept und Begriff häufig Konjunktur in gesellschaftlich-politischen Umbruchsituationen. Meist werden mit Zivilgesellschaft die Überwindung bestehender Verhältnisse und eine Reformperspektive in Verbindung gebracht. So wird in den repräsentativen Demokratien „des Nordens“ an die zivilgesellschaftlichen Traditionen der Aktivierung und Mobilisierung von Bürgern und Bürgerinnen für das Gemeinwohl angeknüpft und vorgeschlagen, die inzwischen hochprofessionalisierten Politik-Apparate zu flankieren und zu ergänzen durch direktdemokratische Verfahren und deliberative Prozesse unter unmittelbarer Beteiligung von Betroffenen. Es ist die Orientierung am Ideal der klassischen „societas civilis“ als politischer Gemeinschaft, die deliberativ zu konsensualen Lösungen kommt. Absicht hierbei ist, die zunehmende Kluft von verfasster bzw. repräsentativer Politik und (Zivil-)Gesellschaft zumindest ein Stück weit zu

Zivilgesellschaft als politische Gemeinschaft und Forum für Meinungsaustausch, Deliberation und Entscheidungsfindung kann auf eine lange Tradition zurückblicken, die bis in die Klassische Antike zurückreicht.

überwinden. Für die Länder des Südens wird auf Zivilgesellschaft rekuriert, wenn es darum geht, Bürgertugenden zu entwickeln und Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre jenseits von Clan- und/oder neo-liberalen Wirtschaftsinteressen der *nouveau riche* in Entwicklungsländern und sogenannten Rentierstaaten zu etablieren. Die Hoffnung, dass zivilgesellschaftliche Organisationen als freiwillige Vereinigungen letztlich in der Tradition von *de Tocqueville* dazu beitragen, die Kräfte gesellschaftlicher Selbstorganisation im Sinne von gemeinschaftsorientiertem Empowerment →

zu stärken, sodass Investments in das allgemeine Wohl und z. B. in den Bau von Schulen, Straßen oder Krankenhäusern im wohlverstandenen Eigeninteresse getätigt werden, ist hier Pate der Renaissance zivilgesellschaftlicher Konzepte. Und mit Blick auf Einparteienstaaten wie etwa China oder defekte Demokratie wie etwa Russland geht man davon aus, dass die Entwicklung einer intermediären Sphäre zivilgesellschaftlicher Organisationen, auch wenn diese vorrangig soziale Dienstleistungen erstellen und maßgeblich unter staatlicher Kontrolle stehen, à la longue – wie von *de Tocqueville* beschrieben – doch Foren zur Ausbildung von Bürgertugenden bereitstellen und sich nach und nach trotz widriger Umstände zu Schulen der Demokratie entwickeln. Wie gesagt, dass Zivilgesellschaft im Hegelschen Sinn auch sehr gut unter Oberaufsicht des Staates gedacht werden kann, ist in der aktuellen Ausprägung bisher noch nicht weiter verfolgt und empirisch untersucht worden. Und nicht zuletzt wird immer noch gehofft, dass die international tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen Anliegen und Interessen der Allgemeinheit vertreten und als Bollwerk und Schutzwall gegenüber den dominanten Interessen internationaler Wirtschaftskonzerne auftreten.

Dabei zeigt die empirische Erfassung von Zivilgesellschaft als Bereich gemeinnütziger Organisationen und freiwilligen Engagements, dass Zivilgesellschaft im Kleinen gut funktioniert und nach wie vor wesentlich zur gesellschaftlichen Integration beiträgt. Ob und inwiefern dies jedoch auch für die politische Integration zutrifft, ist eher fraglich, zumal die verschiedenen demokratietheoretischen

haltig zu warnen. Demokratie und Zivilgesellschaft bilden ein gutes Tandem. Doch Zivilgesellschaft wirkt nicht als *Deus ex machina* pro Demokratie. Allerdings sind moderne Gesellschaft wesentlich ärmer, homogener und vorrangig von Partikularinteressen geleitet, wenn sie nicht über eine Zivilgesellschaft verfügen, die trotz aller Kritik und Skepsis Möglichkeiten des Engagements für die Allgemeinheit sowie Foren der Deliberation und des Austausches zu gesellschaftlichen Problemen offeriert und insofern letztlich doch als Bedingung zur Entwicklung politischer Alternativen betrachtet werden kann.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017

Zur Autorin



Dr. Annette Zimmer ist Professorin für Deutsche und Europäische Sozialpolitik und Vergleichende Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Von 2015 bis 2017 war sie Präsidentin der International Society for Third Sector Research (ISTR). Ihre Forschungsschwerpunkte sind gemeinnützige Organisationen, Zivilgesellschaft, Lobbying, Policy Analyse, Sozial- und Kulturpolitik, Verbände- und Interessengruppenforschung.

zimmean@uni-muenster.de

Demokratie und Zivilgesellschaft bilden ein gutes Tandem. Doch Zivilgesellschaft wirkt nicht als *Deus ex machina* pro Demokratie.

Konzeptualisierung von Zivilgesellschaft diesbezüglich nicht eindeutig und insbesondere empirisch nur bedingt messbar sind (vgl. Lauth 2017). Der Nexus von Zivilgesellschaft und Demokratie ist daher alles andere als eindeutig. Entsprechendes gilt auch für die Funktionszuschreibungen von Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Stabilisierung und Weiterentwicklung von Demokratie. Insofern ist vor einer Überfrachtung des Konzepts Zivilgesellschaft nach-

Literatur

Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft Theorie und Praxis. Frankfurt am Main: Campus Verlag

BMFSFJ (2014): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014; www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/freiwilliges-engagement-in-deutschland/96254 (Zugriff: 25.09.2017)

Brandt, Horst D. (2013): Georg Friedrich Wilhelm Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Hamburg: Felix Meiner Verlag

Cohen, Jean. L. / Arato, Andrew (1997): Civil Society and Political Theory. Cambridge: MIT Press

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Held, David (2006): Models of Democracy. Stanford: Stanford Univ. Press (Third Edition)

Joachim, Jutta (2014): NGOs in world politics. In: Baylis, John / Smith, Steve / Owens, Patricia (Eds.): The Globalization of World Politics. Oxford: Oxford Univ. Press, pp. 347–362

Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Opladen: Leske+Budrich

Kocka, Jürgen (2002): Das Bürgertum als Träger von Zivilgesellschaft – Traditionslinien, Entwicklungen, Perspektiven. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“; Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske+Budrich, S. 15–22

Kocka, Jürgen (2003): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16, Heft 2, S. 29–37

Kocka, Jürgen (2008): Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 9–10/08, S. 3–9

Lauth, Hans-Joachim (2017): Zivilgesellschaft und die Qualität der Demokratie. In: Croissant, Aurel / Kneip, Sascha / Petring, Alexander (Hrsg.): Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 387–408

Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans-Joachim (1998): Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 6–7/98, S. 3–12

Priemer, Jana / Krimmer, Holger / Labigne, Anael (2017): Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Berlin: Stifterverband / Bertelsmann Stiftung

Priller, Eckhard (2011): Dynamik, Struktur und Wandel der Engagementforschung: Rückblick, Tendenzen und Anforderungen. In: Ders. / Alscher, Mareike / Dathe, Dietmar / Spetz, Rudolf (Hrsg.): Zivilengagement. Münster: Lit Verlag

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (2008): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt am Main: Campus Verlag

Rucht, Dieter (2009): Von Zivilgesellschaft zu Zivilität: Konzeptuelle Überlegungen und Möglichkeiten der empirischen Analyse. In: Frantz, Christiane / Kolb, Holger (Hrsg.): Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Münster: Waxmann Verlag, S. 75–102

Schmidt, Jürgen (2007): Zivilgesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Kommentare. Reinbeck bei Hamburg: rowohlt's enzyklopädie

Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag (5. Auflage)

Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurvey. Berlin: BMFSFJ

Tocqueville de, Alexis (1985): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart: Reclam Verlag

Vetter, Angelika / Remer-Bollow, Uwe (2017): Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Wiesbaden: Springer VS (e-book)

Zimmer, Annette / Paul, Franziska (2018): Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft. In: Arnold, Ulli / Maelicke, Bernd (Hrsg.): Lehrbuch der Sozialwirtschaft. Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen)

Zimmer, Annette / Speth, Rudolph (2009): Verbändeforschung. In: Kaina, Viktoria / Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 267–309

Zivilgesellschaft im Wandel

Rahmenbedingungen und Veränderungsprozesse

Ausgehend von den Traditionslinien der Zivilgesellschaft, ihren Entwicklungen und Wandlungsprozessen, wird in diesem Beitrag ein Blick auf die Menschen und Organisationen geworfen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren. Sie stehen dabei immer im Wechselspiel mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären und werden mit den Erwartungen dieser Sphären konfrontiert. Aktuelle Herausforderungen, die nicht zuletzt auch durch politische Spaltungstendenzen durch „unzivil“ Bestrebungen innerhalb der Zivilgesellschaft entstehen, werden benannt. von Roland Roth

Ambivalenzen der Zivilgesellschaftsdebatte

Trotz eines beachtlichen wissenschaftlichen und politischen Interesses wird jede Debatte über Zivilgesellschaft dadurch erschwert, dass es keinen Konsens über die Konturen dieses Begriffs gibt.¹ Zudem teilt er das Schicksal verwandter Konzepte wie *Dritter Sektor*, *Bürgergesellschaft* oder *bürgerschaftliches Engagement*, vergleichsweise unpopulär zu sein: Im öffentlichen Raum und in populären Debatten ist der Begriff Zivilgesellschaft eher selten anzutreffen.

In diesem Beitrag werden zwei unterschiedliche Traditionslinien angesprochen. Zum einen wird Zivilgesellschaft als ein eigener Gesellschaftsbereich begriffen, der jenseits von Staat, Markt und Gemeinschaften bzw. Privatsphäre existiert. Zivilgesellschaft ist demnach die Sphäre freiwilliger Zusammenschlüsse und gemeinsamen Handelns, das die Formen von Vereinen, Verbänden, Genossenschaften, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen, aber auch spontane, weniger organisierte und informelle Bürgeriniti-

ativen, Selbsthilfegruppen oder Bewegungsorganisationen umfasst. Diese Sphäre der Selbstorganisation ist weitgehend durch Freiwilligkeit und Öffentlichkeit gekennzeichnet. Zum anderen wird mit dem Begriff Zivilgesellschaft eine spezifische Form des gemeinschaftlichen Handelns verbunden, das durch *Zivilität* im Sinne von Gewaltfreiheit, wechselseitigem Respekt, Toleranz, Anerkennung von Vielfalt und Verständigungsbereitschaft geprägt ist, sich zumindest daran messen lässt.

Die Beachtung beider Traditionen ist gerade für die politische Bildung von Bedeutung. Während die Bereichsperspektive relativ normfrei und scheinbar anspruchlos durch Abgrenzungen von den übrigen Gesellschaftssphären geprägt ist, setzt das Handlungskonzept auf ein normatives Verständnis von Zivilgesellschaft. Es lässt den auf den ersten Blick paradoxen Gedanken zu, dass es auch eine in Teilen „unzivil“ Zivilgesellschaft gibt, die gegen Normen der Zivilität verstößt oder – wie etwa in rechtsradikalen Hassgruppen – sogar bewusst dagegen angeht. Nach diesem zweiten Verständnis können selbstorganisierte Gruppen, Vereine und Netzwerke den Anspruch, Teil einer Zivilgesellschaft zu sein, mehr oder weniger bekräftigen oder verfehlen.

¹ So heißt es in der Einleitung eines internationalen Handbuchs Zivilgesellschaft: „Civil society is one of the most enduring and confusing concepts in social science.“ (Edwards 2011, S. 3)

Aber auch die Bereichsperspektive bietet Anhaltspunkte für kritische Beobachtungen und Nachfragen. Der Bereich der Zivilgesellschaft kann aus sich heraus wachsen oder schrumpfen. Staat, Wirtschaft und Familien/Gemeinschaften können dazu positive oder negative Beiträge leisten. Zahlreiche historische und vergleichende Zivilgesellschaftsstudien sind sich z. B. darin weitgehend einig, dass wirtschaftliche Prosperität, die Garantie politischer Freiheitsrechte (Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit etc.) und sozialstaatliche Sicherungen erheblich zum Nachkriegsboom zivilgesellschaftlicher Vereinigungen in Westeuropa beigetragen haben (vgl. Archambault/Priller/Zimmer 2014). Es ist deshalb kein Zufall, dass gerade die skandinavischen Länder und die Niederlande an der Spitze stehen, wenn es um die Stärke zivilgesellschaftlicher Organisationen und des freiwilligen Engagements geht. Wirtschaft und Staat können somit zivilgesellschaftliche Selbstorganisation ermöglichen und fördern. Umgekehrt kann eine starke Zivilgesellschaft die ökonomische und demokratische Entwicklung beleben. Es war nicht zuletzt dieses vermutete und erhoffte positive Zusammenspiel, das in den letzten Jahrzehnten zur Konjunktur zivilgesellschaftlicher Orientierungen in der Demokratie- und Entwicklungspolitik beigetragen hat. Einen wichtigen und vermutlich entscheidenden Impuls haben jedoch soziale Bewegungen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft gegeben – von den friedlichen Revolutionen in Osteuropa bis zum Aufbegehren im kurzen „Arabischen Frühling“.

Die mit diesen Aufbrüchen verbundenen Erwartungen an die demokratische Gestaltungskraft von zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen sind mittlerweile etwas verblasst. Demokratische Transformationen erweisen sich in vielen Ländern als mühsam und von Rückschlägen begleitet, vor allem die ökonomische Prosperität lässt auf sich warten. In der Folge ist auch die Begeisterung für Zivilgesellschaft deutlich abgeebbt.¹²

Mit dem jüngsten Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte in den etablierten Demokratien des Westens ist eine weitere Herausforderung für die Zivilgesellschaftsdebatte entstanden. Offensichtlich gilt die oft beschworene Gleichung, der Zuwachs an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Organisationen trage zu einer stabilen Demokratie bei und stärke den sozialen Zusammenhalt, nicht ohne Einschränkung. So bedienen sich antidemokratische Kräfte zuneh-

2 So sind zwischen 2004 und 2014 die jährlichen Google-Einträge für „Zivilgesellschaft“ um 70 % zurückgegangen (vgl. Edwards 2014, S. VI).

mend erfolgreich zivilgesellschaftlicher Organisations- und Mobilisierungsformen (von „Pegida“ bis zur „Tea-Party“ und „Alt-Right“-Bewegung), die mit ihren nationalistischen, rassistischen und gewalttätigen Agitationen Zivilität demonstrativ verletzen. Sie führen antipluralistische Kulturkämpfe und propagieren autoritäre Gesellschaftsentwürfe, in denen die bestehende zivilgesellschaftliche Vielfalt beschnitten werden soll.¹³ Zum aktuellen Gesamtbild gehören allerdings auch, wie z. B. in den USA oder in Polen starke Gegenbewegungen, die solchen autoritären Formierungen eine Absage erteilen und lautstark Zivilitätsnormen einklagen. Zivilgesellschaften sind also in vielen Ländern des Westens, aber auch in einigen Regionen Deutschlands zu einem Kampffeld geworden. Diese Entwicklung straft eine allzu naive Sicht Lügen, zivilgesellschaftliche Organisationen und freiwilliges Engagement seien per se demokratiefördernd und sozial integrativ.

Neuere Entwicklungen in der deutschen Zivilgesellschaft

Diese aktuelle Gemengelage erfordert eine genauere Auseinandersetzung mit den Veränderungstendenzen in der deutschen Zivilgesellschaft. Dabei gilt für nationale und regionale Zivilgesellschaften, dass sie historischen Pfaden folgen und schnelle Veränderungen eher selten sind.¹⁴ Ein Blick auf das zivilgesellschaftliche Organisationsgefüge (Vereine, Genossenschaften, Stiftungen, Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen etc.) in Deutschland zeigt einen unveränderten Wachstumstrend, der für die Nachkriegszeit insgesamt zu beobachten ist.¹⁵ „Immer mehr →

- 3 Diese Situation ist nicht neu, sondern sie erinnert daran, dass auch die faschistischen Bewegungen und Organisationen der Zwischenkriegszeit bis zu ihrer Machtergreifung als zivilgesellschaftliche Akteure auftraten (vgl. Riley 2010).
- 4 Zu den wichtigen Erträgen dieser sozio-historischen Forschungstradition gehören die internationalen Vergleichsstudien von Salamon et al. (1999 und 2004) und die CIVICUS-Bestandsaufnahmen (Heinrich 2007; Heinrich/Fioramonti 2008). Im CIVICUS-Kontext ist auch eine Strukturanalyse der deutschen Zivilgesellschaft entstanden (Reimer 2006). Obwohl die Länderstudien unter der Federführung von Salamon unter dem Titel „Global Civil Society“ veröffentlicht worden sind, unterstreichen sie eher erhebliche nationale Unterschiede. Deutlich wird zudem, dass Zivilgesellschaften das jeweilige nationale Herrschaftsgefüge eher verdoppeln als korrigieren.
- 5 „Civil society in Germany had experienced a fairly long period of stability and growth, with a steady rise in the number of civil society organizations, an impressive rise in the number of their employees, and a notable degree of involvement by citizens.“ (Priller 2013, S. 161)

Bürger organisieren sich“, lautet die zentrale Botschaft des aktuellen *ZiviZ-Surveys* (Priemer/Krimmer/Labigne 2017, S. 9). Er zählt für 2017 erstmals mehr als 600.000 Vereine (traditionell die dominante zivilgesellschaftliche Organisationsform in Deutschland), wobei ein Drittel der Vereine in den letzten Jahren Mitgliederzuwächse verzeichnen konnte. „Nur ein kleiner Teil der Vereine gibt an, dass die Zahlen der Mitglieder und Engagierten rückläufig seien.“ (Ebd., S. 5) Vor allem Genossenschaften, Stiftungen – insbesondere Bürgerstiftungen – und gemeinnützige GmbHs werden in jüngster Zeit verstärkt als Organisationsformen gewählt. Noch immer ist, so stellt die Organisationsbefragung heraus, freiwilliges und unentgeltliches Engagement die tragende Säule gemeinnütziger Organisationen. „Nach wie vor arbeitet der überwiegende Teil der Organisationen (72 Prozent) ohne bezahlte Beschäftigte, also auf rein ehrenamtlicher Basis, auch wenn der Anteil seit 2012 leicht gesunken ist.“ (Ebd., S. 6)

Das auf der Organisationsebene gewonnene Bild einer „vitalen Zivilgesellschaft“ wird durch Daten aus Individualbefragungen gestärkt. Der jüngste Freiwilligensurvey berichtet mit Daten von 2014 sogar von spektakulären Zugewinnen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. „Zunehmend mehr Menschen engagieren sich freiwillig. Im Jahr 2014 sind 43,6 Prozent der Wohnbevölkerung ab 14 Jahren freiwillig engagiert – das entspricht 30,9 Millionen Menschen. In den letzten fünfzehn Jahren ist die Engagementquote um insgesamt knapp zehn Prozentpunkte angestiegen. Insbesondere zwischen 2009 und 2014 hat sich dieser Anstieg dynamisiert: Die Quote ist in einem stärkeren Maße als zuvor angestiegen.“ (BMFSFJ 2016, S. 15)⁶ Hinzu kommt, dass jede zweite nicht-engagierte Person in dieser Befragung ihre Bereitschaft bekundet hat, sich künftig zu engagieren.

Dass diese Bereitschaft zum Engagement kein bloßes Lippenbekenntnis ist, haben die zahllosen Initiativen und Unterstützungsaktionen für Geflüchtete belegt, die besonders seit der zweiten Hälfte des Jahres 2015 nach Deutschland gekommen sind. Das von der Kanzlerin damals proklamierte „Wir schaffen das!“ haben Engagierte in großer

Zahl und in vielfältigen Formen praktisch werden lassen. Die Zahlen über den Umfang, die Träger und den Verlauf dieses Engagements für Geflüchtete schwanken je nach Befragung erheblich. Nach Angaben des Forschungsinstituts der Evangelischen Kirche engagierten sich im Mai 2016 8,7 % der Bevölkerung für Geflüchtete (vgl. Ahrens 2016). Eine Studie der *Bertelsmann Stiftung* kommt für 2016 in Westdeutschland auf 22 %, in Ostdeutschland auf 14 % Engagierte in der Bevölkerung (vgl. Nagel/EI-Menouar 2017, S. 15 ff.).

Im Jahr 2016 identifizierte eine Berliner Forschungsgruppe mit rund 15.000 Projekten gar eine „neue Bürgerbewegung“ (Schiffauer u. a. 2017, S. 9). Jenseits der unterschiedlichen Zahlen ist jedoch unstrittig, dass zivilgesellschaftliche Akteure einen wesentlichen Beitrag zur Auf-

Trotz eines beachtlichen wissenschaftlichen und politischen Interesses wird jede Debatte über Zivilgesellschaft dadurch erschwert, dass es keinen Konsens über die Konturen dieses Begriffs gibt.

nahme und Integration auf kommunaler Ebene geleistet haben (vgl. Gesemann/Roth 2017). Ob dieses Engagement auf Dauer zur Vitalisierung der Zivilgesellschaft in Deutschland beitragen konnte und weiterhin kann, ist offen. Die Daten des *ZiviZ-Surveys* von 2017 legen eine zurückhaltende Prognose nahe.

Auch der 2017 veröffentlichte *Zweite Engagementbericht* enthält überwiegend positive Botschaften und setzt sich nachdrücklich für die Anerkennung eines vielfältigen und breiten zivilgesellschaftlichen Engagements ein, das bislang nur in Ausschnitten Beachtung gefunden habe (vgl. BMFSFJ 2017). Die Darstellung der unterschiedlichen empirischen Befunde zum Thema verdeutlicht zudem, wie stark die jeweiligen Zahlen von konzeptionellen Vorentscheidungen abhängig sind. In ihrer Durchsicht der verschiedenen Politikfelder (mit Schwerpunkt auf der lokalen Ebene) macht die Berichtsgruppe deutlich, wie stark bestimmte kommunale Handlungsbereiche bereits durch eine aktive lokale Zivilgesellschaft geprägt werden, wobei ein produktives Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und

⁶ Die vergleichenden Aussagen des 4. Freiwilligensurveys sind mit Vorsicht zu behandeln, da das Untersuchungsdesign an wichtigen Stellen gegenüber den Vorgängerstudien verändert wurde. Auch die Gesamtzahlen zum Engagement sind um mehrere Prozentpunkte zu hoch angesetzt, weil die Überrepräsentation von Bessergebildeten in der Untersuchung nicht korrigiert wurde (vgl. BMFSFJ 2016, S. 16).



Vielfalt und interkulturelle Öffnung von zivilgesellschaftlichen Organisationen sind zentrale Herausforderungen heutiger Zeit. Foto: pexels.com

Zivilgesellschaft bislang eher die Ausnahme zu sein scheint. Gerade die Flüchtlingsinitiativen der letzten Jahre könnten hier einen neuen Schub in Richtung Bürgerkommune bedeuten, die zentral auf Bürgerbeteiligung und freiwilliges Engagement setzt.

Nimmt man das Plädoyer des *Zweiten Engagementberichts* ernst, Engagement in seiner Vielfalt zu erfassen, dann fällt auf, dass die deutsche Engagementberichterstattung erhebliche Lücken aufweist. Während das organisierte Engagement in Vereinen etc. relativ gut dokumentiert ist, bleiben z. B. die Aussagen zum politischen Engagement z. B. in Bürgerinitiativen, Kleingruppen, Bewegungsorganisationen und in kommunalen Beteiligungsverfahren unscharf und weit hinter den Möglichkeiten zurück. Das gilt besonders für die „dunkle Seite“ der deutschen Zivilgesellschaft, die im Kontext der Zuwanderung noch einmal deutliche Landgewinne verzeichnen konnte. Über dieses „unzivilere“ Engagement schweigt der *Freiwilligensurvey 2014*. Wir können also auf dessen Grundlage nicht wissen, wie stark rechtspopulistische Mobilisierungen und Initiativen zum bejubelten Engagementwachstum beigetragen haben. Immerhin hat der *Zweite Engagementbericht* diesem Thema einen kurzen Exkurs gewidmet. Ein Blick auf die einschlägigen Ländermonitore in Thüringen, Sachsen-Anhalt und jüngst auch in Sachsen verdeutlicht, dass es rechtsextremen Gruppierungen und Akteuren regional gelungen ist, Einfluss auf lokale Zivilgesellschaften zu gewinnen. Ihre Landnahme stärkt sicherlich weder die Demokratie noch

den sozialen Zusammenhalt. Auch wenn in jüngster Zeit Bereiche wie das unorganisierte informelle Engagement, die Nachbarschaftshilfe oder das Engagement im Internet zu Recht größere Aufmerksamkeit erfahren, ist die Vernachlässigung der normativen und politischen Dimensionen in der Zivilgesellschaft ein großes Manko. Vorhandene und sich vertiefende politische Konfliktlinien, die den zivilgesellschaftlichen Alltag prägen, werden dadurch ausgeblendet. Dies gilt vor allem für den Konflikt zwischen nationaler, regionaler und kultureller Schließung einerseits und einer interkulturellen Öffnung der Zivilgesellschaft andererseits, der in allen westlichen Gesellschaften an Bedeutung gewonnen hat.¹⁷

Gegen das verbreitete und durch die Art der Engagementberichterstattung bekräftigte Bild einer weithin un- und vopolitischen Zivilgesellschaft sprechen auch die Daten des *ZiviZ-Surveys 2017*. „Zivilgesellschaft wird politischer“, lautet die Diagnose. „Während ältere Organisationen sich größtenteils als Gemeinschaft Gleichgesinnter wahrnehmen, steigt in den jüngeren Organisationen der Anteil jener, die sich auch als Akteure der politischen →

7 Zur Entwicklung und politischen Dynamik dieser Konfliktlinie vgl. Kriesi u. a. (2012). In der Auseinandersetzung um den Euro und jüngst dem „Brexit“ oder der „America First!“-Politik des US-Präsidenten Trump ist auch die ökonomische Dimension dieser Auseinandersetzung sichtbar geworden, ohne dass die Folgen für eine globalisierte Weltwirtschaft absehbar wären.

Willensbildung oder als Interessenvertreter verorten.“ (Priemer/Krimmer/Labigne 2017, S. 5) Für Deutschland sei kein Rückgang bewegungsbasierter Organisationen mit politischer Interessenartikulation zugunsten von reinen Dienstleistungsaufgaben zu verzeichnen. Im Gegenteil: „Am stärksten nahmen (...) die Anteile solcher Organisationen zu, die eine gemeinschaftliche oder eine Dienstleistungskomponente mit einer politischen Sprechfunktion als Akteur der politischen Willensbildung oder der Interessenvermittlung verbinden.“ (Ebd., S. 22)

Herausforderungen für eine starke und demokratische Zivilgesellschaft

Der Grundtenor der neueren Studien zur deutschen Zivilgesellschaft ist auf Stabilität und Wachstum gestimmt. Die überraschend große Bereitschaft zur Unterstützung der Geflüchteten wird als weiterer Beleg dafür gewertet, dass die deutsche Zivilgesellschaft ihre Reifeprüfung bestanden habe. Allerdings sollten die massiven Herausforderungen nicht übersehen werden, die in den neueren Studien mehr oder weniger intensiv angesprochen werden. Das gilt vor allem mit Blick auf die hohen Erwartungen (vor allem Stärkung der Demokratie und des sozialen Zusammenhalts), die in der engagementpolitischen Debatte hierzulande immer wieder betont werden.

Um diese Problemlagen zu verorten, hilft ein analytisches Schema, das *Jeffrey Alexander* vorgeschlagen hat. Er unterscheidet drei mögliche Beziehungsvarianten zwischen der Zivilgesellschaft einerseits, Staat, Wirtschaft und Gemeinschaften/Familien andererseits: ermöglichende Unterstützung (facilitating input), zivilgesellschaftliche Reparatur (civil repair) und destruktive Eingriffe (destructive intrusion) (vgl. Alexander 1998, S. 8). Hinzu kommen die Korrekturkräfte innerhalb der Zivilgesellschaft, die z. B. unzivilere Entwicklungen eindämmen können. Leider werden diese Beziehungsmuster in den genannten empirischen Studien nur unzulänglich erfasst, weil sie sich (mit Ausnahme des Zweiten Engagementberichts) auf eine Sektorperspektive beschränken. Zudem werden zentrale Erwartungen an die Zivilgesellschaft in Richtung Demokratiestärkung und sozialen Zusammenhalt nicht überprüft. Spätestens mit dem Aufstieg der „Alternative für Deutschland“ hat auch in Deutschland ein Akteur die politische Bühne betreten, der berechtigte Zweifel an seiner demokratischen Substanz und Zielsetzung nährt. Auch die zivilgesellschaftliche „Willkommenskultur“ hat ihr „hässliches“ Pendant in zahlreichen gewalttätigen Übergriffen und rechtspopulistischen Mobilisierungen. Politische Spaltungstendenzen innerhalb

der Zivilgesellschaft sind unübersehbar. Dies gilt auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dass die sozialen Ab- und Ausgrenzungen an den breiter gewordenen „Rändern der Gesellschaft“ zugenommen haben, wird nur noch selten bestritten. Schon die Karriere der Themen Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt bezeugen dies. Das Bild einer scheinbar stabil wachsenden Zivilgesellschaft in einem turbulenten Umfeld ist deshalb zu schön, um wahr zu sein.

Ohne das Wechselspiel zwischen den verschiedenen Gesellschaftsbereichen und die Eigendynamik der Zivilgesellschaft im Detail nachzuzeichnen, verdienen einige Herausforderungen besondere Aufmerksamkeit:

Staatsnähe und Indienstnahme

Im internationalen Vergleich gilt die deutsche Zivilgesellschaft als besonders staatsnah, wenig selbstbewusst und offen für politische Funktionalisierungen. Dazu haben korporatistische Traditionen ebenso beigetragen wie das Prinzip der institutionellen Subsidiarität, das Organisationen des Dritten Sektors bei der Übernahme öffentlicher Aufgaben privilegiert, ihnen damit Stabilität verleiht, aber auch deren anwaltliche Rolle einhegt (vgl. Strachwitz 2013, S. 81). Für ein Weiterleben dieser Tradition gibt es viele Belege. So hat sich Engagementpolitik als staatliche Auf-



Erwartungen an die Zivilgesellschaft: Demokratiestärkung und sozialer Zusammenhalt Foto: pexels.com

gabe in den letzten beiden Jahrzehnten institutionell stabilisieren können, ohne zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Breite an der Politikformulierung zu beteiligen. Die Verlagerung der Engagementpolitik in eine zivilgesellschaftlich breit getragene Engagementstiftung ist bislang nicht gelungen. Die Wachstumsringe der Freiwilligendienste entlang anstehender öffentlicher Aufgaben geben einen

weiteren Hinweis auf die durchaus vorhandene Neigung zur staatlichen Inpflichtnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen. Schließlich sind die anhaltenden Klagen von Engagierten über die unzulängliche öffentliche Förderung von Infrastruktureinrichtungen ein Indiz für die noch immer geringe Wertschätzung einer starken, institutionell abgesicherten Zivilgesellschaft.

Allerdings gibt es auch Hinweise auf gegenläufige Entwicklungen. Die jüngste ZiviZ-Befragung bescheinigt den gemeinnützigen Organisationen ein deutliches „zivilgesell-

Politische Spaltungstendenzen innerhalb der Zivilgesellschaft sind unübersehbar. Dies gilt auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

schaftliches Ethos“: „Fast zwei Drittel aller Organisationen (64 Prozent) gaben an, dass ihre Arbeit nicht nur durch sie selbst geleistet, sondern auch durch sie selbst finanziert werden sollte. Ein knappes Drittel (31 Prozent) aller Organisationen meint, ihre Arbeit solle zumindest durch den Staat finanziert werden. Nur 6 Prozent verstehen sich als Ausfallbürge und meinen, ihre eigene Arbeit solle von staatlichen Stellen geleistet werden.“ (Priemer/Krimmer/Labigne 2017, S. 5)

Soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Teilhabe

Die Rede von der sozialintegrativen Funktion der Zivilgesellschaft ignoriert die Ausgrenzungen innerhalb der Zivilgesellschaft. Auch wenn es z. B. mit dem Zuwachs an Migrantenorganisationen Korrekturen gibt und bei den Unterstützungsaktionen für Geflüchtete viele Anwohner von Flüchtlingsunterkünften aktiv geworden sind, die ansonsten nicht zu den Aktivgruppen der Zivilgesellschaft gehören, zeichnet sich ein Trend zur stärkeren sozialen Exklusion ab. Auch der Freiwilligensurvey 2014 konstatiert, „dass keineswegs alle Menschen am freiwilligen Engagement in gleicher Weise teilhaben können. Vielmehr gibt es einige gesellschaftliche Gruppen, in denen die Beteiligung am freiwilligen Engagement zum Teil erheblich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt: Frauen, ältere Menschen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Personen mit geringer Bildung engagieren sich zu unterdurchschnittli-

chen Anteilen. (...) Insbesondere der Zugang zu prestigeträchtigen Formen des Engagements in Leitungs- und Vorstandsfunktionen bleibt diesen Personengruppen oftmals verwehrt.“ (BMFSFJ 2016, S. 639) Besonders markant sind die sich verstärkenden Unterschiede entlang des Bildungsstands (vgl. ebd., S. 637). Können zivilgesellschaftliche Organisationen dieser Ungleichheitssdynamik etwas entgegensetzen und die politische Agenda entsprechend beeinflussen? Diese Frage wird umso drängender, je stärker freiwilliges Engagement zu einem wichtigen Modus sozialer und politischer Teilhabe wird.

Vielfalt und interkulturelle Öffnung zivilgesellschaftlicher Organisationen

Die deutsche Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten vielfältiger geworden. Davon ist in den zentralen politischen Institutionen wenig zu spüren (vgl. Roth 2018). Mit der großen Zahl von Geflüchteten sind die Integrationsaufgaben noch einmal größer geworden. Trotz vielfältiger Programme und Debatten scheinen auch zivilgesellschaftliche Organisationen mit ihrer interkulturellen Öffnung nur zögerlich voranzukommen. „Der Großteil der Organisationen gibt an, dass Mitglieder und freiwillig Engagierte nach wie vor eine homogene Gruppe sind, denn weniger als 10 Prozent der Organisationen gelingt es, mehr Menschen mit Migrationshintergrund zu gewinnen.“ (Priemer/Krimmer/Labigne 2017, S. 6) Organisationen der Flüchtlingshilfe klagen darüber, dass sie trotz breiter medialer Wertschätzung seit dem Herbst 2015 keine entsprechende Unterstützung ihres Engagements im Alltag erfahren. Nur 17 % berichten von Verbesserungen im Verhältnis zu Politik und Verwaltung, nur 16 % von einem leichteren Zugang zu öffentlichen Mitteln und nur 11 % bekommen mehr Spenden (vgl. ebd., S. 41).

Ost/West-Unterschiede

Die Rede von einer deutschen Zivilgesellschaft ist irreführend, denn die östlichen Bundesländer stehen bislang in der Tradition „schwacher“ Zivilgesellschaften, die in allen osteuropäischen Transformationsgesellschaften anzutreffen sind. Dies gilt für den Umfang und das Profil des freiwilligen Engagements: „In Westdeutschland beträgt die Engagementquote 2014 insgesamt 44,8 Prozent, in Ostdeutschland 38,5 Prozent. (...) Im Osten engagieren sich die Jüngeren anteilig häufiger als Ältere. Im Westen unterscheiden sich die Engagementquoten zwischen den Altersgruppen nicht, mit einer Ausnahme: Personen, die 65 Jahre und älter sind, engagieren sich seltener.“ →

(BMFSFJ 2016, S. 559) Was in den Quoten nicht zum Ausdruck kommt, sind die mit dem Engagement verbundenen Wertorientierungen, die insgesamt als instrumenteller, familialistischer und gemeinschaftsorientierter beschrieben werden. Wir haben es somit nicht nur mit einer schwächeren, sondern auch in Teilen mit einer anderen Zivilgesellschaft zu tun.

Ökonomisierung und Monetarisierung

Auch wenn es bislang keine Anzeichen für eine breite neoliberale Landnahme der deutschen Zivilgesellschaft gibt, verdient der Druck, der von der Wirtschaft auf die Zivilgesellschaft ausgeht, mehr Aufmerksamkeit. Besonders im Pflegebereich und in Nachbarschaftshilfen, aber auch in anderen Sektoren weiten sich Grauzonen zwischen freiwilligem Engagement und prekärer Erwerbsarbeit aus. Auch die Orientierung an Managementkonzepten aus der Privatwirtschaft nimmt zu. Damit droht der Eigensinn bürgerschaftlichen Engagements Schaden zu nehmen. Bislang haben transnationale und globale Herausforderun-

Auch wenn es bislang keine Anzeichen für eine breite neoliberale Landnahme der deutschen Zivilgesellschaft gibt, verdient der Druck, der von der Wirtschaft auf die Zivilgesellschaft ausgeht, mehr Aufmerksamkeit.

gen (Migration, Finanzmärkte etc.) in Deutschland noch nicht – wie in vielen anderen Ländern (vgl. Krennerich 2015) – zu einem schrumpfenden und autoritär regulierten politischen Raum der Zivilgesellschaft geführt. Aber die demokratische Substanz und der politische Einfluss der Zivilgesellschaft sind auch hierzulande herausgefordert.

Außerschulischer politischer Bildung, die selbst überwiegend zivilgesellschaftlich organisiert ist, kommt in dieser Situation eine wichtige Aufgabe zu. Sie kann zivilgesellschaftliche Normen und eine Praxis fördern, die den demokratischen und sozialintegrativen Idealen verpflichtet ist. Dies erfordert einerseits den Abschied von wohlfeilen Idealisierungen in Sonntagsreden und eine kritische Überprüfung zivilgesellschaftlichen Handelns entlang der

beschriebenen Herausforderungen. Andererseits ist an einem zivilen und demokratisch anspruchsvollen Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement festzuhalten, wie es in der Enquete-Kommission des Bundestags „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 2002 entwickelt und jüngst noch einmal aktualisiert wurde (vgl. Steuerungsgruppe 2017).

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017

Zum Autor



Dr. Roland Roth arbeitete als Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal (1993–2014), war Research Fellow an der University of California in Santa Cruz (UCSC) und am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) sowie Gastprofessor an der Universität Wien. Sein wissenschaftliches und politisches Interesse gilt vor allem den Themenfeldern Demokratie, soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, bürgerschaftliches Engagement, Bürger- und Menschenrechte. Er ist Mitbegründer des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ und von „DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration“ (Berlin). Er ist in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten von Bundesministerien und Stiftungen tätig.

roland.roth1@gmx.de

Literatur

Ahrens, Petra-Angela (2016): Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016; www.ekd.de/si/download/fluechtlingsstudie-2016.pdf (Zugriff: 15.09.2017)

Alexander, Jeffrey C. (Ed.) (1998): Real Civil Societies. Dilemmas of Institutionalization. London: Sage

Archambault, Edith / Priller, Eckard / Zimmer, Annette (2014): European Civil Societies Compared: Typically German – Typically French? In: *Voluntas* 25/2014, pp. 514–537

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin: BMFSFJ

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“. Berlin: BMFSFJ

Edwards, Michael (Ed.) (2011): The Oxford Handbook of Civil Society. Oxford: Oxford University Press

Edwards, Michael (2014): Civil Society. Third Edition. Cambridge: Polity Press

Gesemann, Frank / Roth, Roland (2017): Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung

Heinrich, V. Finn (Ed.) (2007): CIVICUS Global Survey of the State of Civil Society. Vol. 1 Country Profiles. Bloomfield: Kumarian Press

Heinrich, V. Finn / Fioramonti, Lorenzo (Eds.) (2008): CIVICUS Global Survey of the State of Civil Society. Vol. 2 Comparative Perspectives. Bloomfield: Kumarian Press

Krennerich, Michael (2015): Zivilgesellschaft unter Druck. In: *Zeitschrift für Menschenrechte* 1/2015, S. 144–154

Kriesi, Hanspeter u. a. (2012): Political Conflict in Western Europe. Cambridge: Cambridge University Press

Nagel, Alexander / El-Menouar, Yasemin (2017): Engagement für Geflüchtete – eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Priller, Eckhard (2013): Scope, Structure, and Development of Civil Society in Germany. In: Zimmer, Annette (Ed.): *Civil Societies Compared: Germany and the Netherlands*. Baden-Baden: Nomos, pp. 161–175

Primer, Jana / Krimmer, Holger / Labigne, Anael (2017): Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. ZiviZ-Survey 2017. Essen: Edition Stifterverband

Reimer, Sabine (2006): The Strength of Civil Society in Germany. Berlin: Maecenata

Riley, Dylan (2010): The Civic Foundations of Fascism in Europe. Italy, Spain and Romania 1870–1945. Baltimore: Johns Hopkins University Press

Roth, Roland (2018): Integration durch politische Partizipation. In: Gesemann, Frank / Ders. (Hrsg.): *Handbuch Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 627–656

Salamon, Lester et al. (1999): Global Civil Society. Dimensions of the Nonprofit Sector. Baltimore: Johns Hopkins University Press

Salamon, Lester et al. (2004): Global Civil Society. Dimensions of the Nonprofit Sector Vol. Two. Bloomfield: Kumarian Press

Schiffauer, Werner / Eilert, Anne / Rudloff, Marlene (Hrsg.) (2017): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: transcript

Steuerungsgruppe des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und Demokratie“ (2017): Gutes Engagement – für eine demokratische Zivilgesellschaft. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung

Strachwitz, Rupert Graf (2013): Civic Traditions and Civil Society in Germany. In: Zimmer, Annette (Ed.): *Civil Societies Compared: Germany and the Netherlands*. Baden-Baden: Nomos, pp. 81–103

Zivilgesellschaftliches Engagement im Netz

Neue Ideen, Formen und Orte

Die Verbreitung des Internets sowie die zunehmende Digitalisierung haben zu umfassenden Veränderungen in allen Lebensbereichen geführt; im Beruf und im privaten Alltag ist das Netz, sind die sozialen Netzwerke nicht mehr wegzudenken. Kommunikationsformen und zwischenmenschliche Beziehungen verändern sich, die Zivilgesellschaft ist im Wandel: Das Internet bietet neue Formen und Foren zum Austausch und zur Partizipation. Gleichzeitig entstehen neue Herausforderungen: Extreme Gruppierungen nutzen technologische Entwicklungen und Instrumente zur Rekrutierung und Verbreitung ihrer Ideologien. Die Gesellschaft muss reagieren; das zivilgesellschaftliche Engagement darf nicht am eigenen Bildschirmrand aufhören. Aber wie und wo können wir aktiv werden? von Sina Laubenstein

1990 beschreibt der ehemalige Vorstandsvorsitzende der *Deutschen Telekom*, *Ron Sommer*, das Internet als „eine Spielerei für Computerfreaks“, aber hält es nicht für zukunftsfähig. 17 Jahre später ist das Netz immer noch da, mehr sogar: Es hat nicht nur überlebt, sondern sich kontinuierlich weiterentwickelt und beeinflusst unseren Alltag immens. Nicht zuletzt der Aufbau und die Verbreitung sozialer Netzwerke, allen voran Facebook und Twitter, aber auch Instagram, Snapchat und WhatsApp, also das sogenannte *Web 2.0*, bieten neue Möglichkeiten der Interaktion im Online-Raum. Hinzu kommt der uneingeschränkte Zugang zum Internet: Die Menschen sind rund um die Uhr erreichbar, gleichzeitig sind aber auch die sozialen Netzwerke und Informationen durchgängig verfügbar und präsent. Das Internet schläft nicht, verbindet Menschen über Landesgrenzen hinweg, ist jung und dynamisch. Insbesondere politische Akteurinnen und Akteure erhofften sich von den technologischen Fortschritten eine Zunahme der direkten Partizipation der Mitbürger/-innen an politischen Entscheidungen und Entwicklungen, eine Stärkung der Demokratie und des politischen Engagements, gleichsam eine Demokratisierung der politischen Prozesse mit Hilfe der sozialen Netzwerke (vgl. Loader/Mercea 2011).

Doch die Digitalisierung des Alltags und Lebens bietet nicht nur Vorteile, vielmehr stellt sie die Gesellschaft auch vor neue Herausforderungen. Unter anderem sind vor allem junge Menschen im Netz mit einer Identitätskrise konfrontiert, traditionelle Interessen und Kommunikationsformen werden aufgebrochen und verschoben (vgl. ebd.). Darüber hinaus nutzen extreme Gruppen die modernen Kommunikationsformen, um sich nicht nur national besser zu vernetzen, sondern auch auf internationaler Ebene besser zusammenzuarbeiten (vgl. Perry/Olsson 2009). Diese Gruppen mobilisieren ihre Mitglieder effektiver, schlimmer noch: Die sozialen Netzwerke werden genutzt, um insbesondere junge Menschen anzusprechen, zu rekrutieren und zu radikalieren (vgl. Costello et al. 2016). Extreme Ideologien werden geteilt, Vorurteile gefördert, virale Brandstiftung betrieben. Derweil scheint es, dass die Zivilgesellschaft die gefährlichen Entwicklungen in den sozialen Netzwerken kaum wahrnimmt oder nur bedingt begreift, obwohl sich doch eine Mehrheit der Nutzer/-innen von der Zunahme der menschenfeindlichen Äußerungen im Netz entsetzt zeigt, wie eine Forsa-Umfrage der *Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen* (LfM) bestätigt (vgl. LfM 2017).

Das Internet hat sich von einem Informations- und Kommunikationsinstrument zu einem neuen gesellschaftlichen Raum entwickelt. Die Unterscheidung zwischen virtueller und realer Welt ist längst obsolet – zu viel Einfluss hat das Netz auf das gesellschaftliche Zusammenleben und das eigene Wohlbefinden. Junge Menschen, die mit dem Netz aufwachsen, haben ein ganz anderes, neues Verständnis von zwischenmenschlichen Beziehungen entwickelt: Nähe kann über das Netz aufgebaut werden, die Online-Gemeinschaft erfüllt längst den Zweck des sozialen Offline-Umfelds. Während extreme Gruppierungen und Organisationen die digitalen Fortschritte schon lange zu ihrem Vorteil nutzen, sich global vernetzen und neue Mitglieder werben, muss auch das zivilgesellschaftliche Engagement die Digitalisierung annehmen und nutzbar machen. Gleichzeitig müssen Orte und Angebote zur Weiterbildung und Partizipation im Netz zur Verfügung gestellt und verbreitet werden, auch, um vor allem junge Menschen dort abzuholen, wo sie sich aufhalten – in den sozialen Netzwerken.

Kommunikationsformen im Netz

Die Zivilgesellschaft ist im Wandel, nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Digitalisierung. Nicht mehr nur sprachliche Mittel werden als Kommunikationsformen akzeptiert, auch Videos, Musik und Bilder werden geteilt und transportieren Informationen. Hinzu kommt, dass die Algorithmen der sozialen Netzwerke Inhalte bevorzugen, die weniger textlastig sind. Derweil nutzen die verschiedenen Akteurinnen und Akteure des Web 2.0 immer häufiger auch sogenannte *Social Bots*, also Programme, die menschliche Nutzer/-innen simulieren, auch zur politischen Stimmungsmache und zur viralen Brandstiftung. So wurde beispielsweise nach der US-Wahl 2016 bekannt, dass versteckte Programme versuchten, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen und diese zu manipulieren. ¹ Eine Studie der *Oxford University* im Anschluss an die erste TV-Debatte von *Trump* und *Clinton* bestätigt, dass beide durch *Social Bots* unterstützt wurden: So wurde mehr als jeder dritte Tweet (37,2%), der *Trump* unterstützte von einem sogenannten „Meinungsroboter“ abgesetzt, während es bei *Clinton* etwa 22,3% waren. Indes hat die *Alternative für Deutschland* (AfD) angekün-

¹ Vgl. Der Tagesspiegel, Oktober 2016: Der Roboter als Wahlkampf helfer. www.tagesspiegel.de/medien/social-bots-im-us-wahlkampf-der-roboter-als-wahlkampf-helfer/14756570.html; Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genutzten Links: 07.09.2017

digt, dass sie *Social Bots* in die Wahlkampfstrategie einbeziehen möchte. ²

Theoretisch ermöglicht es das Netz allen Menschen, an Debatten und Diskussionen teilzunehmen, ihre Meinung zu äußern und dabei auch gehört zu werden, Einfluss zu nehmen und an politischen Prozessen teilzuhaben. In der Praxis ist ein Ungleichgewicht zu beobachten: Negative Aussagen bis hin zu menschenfeindlichen Hetzreden scheinen die Kommentarspalten zu dominieren. Eine Umfrage der LfM bestätigt, dass 94% der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland schon Hass im Netz erlebt haben (vgl. LfM 2017). Eine Studie auf europäischer Ebene kommt zu ähnlichen Ergebnissen: 72% der Befragten gaben an, dass sie menschenfeindliche Aussagen im Internet bereits gesehen haben (vgl. Special Eurobarometer 452 2016).

Negative Kommunikationsformen

Dies liegt daran, dass auch extreme Gruppen die Vorteile des Internets für sich erkannt haben: Die Grenzlosigkeit sowie die multiplen und vereinfachten Kommunikationsmittel erlauben es den einst fragmentierten Gruppierungen, sich miteinander zu vernetzen und eine gemeinsame Identität zu schaffen. Das Internet bietet außerdem schnellere, billigere und zugänglichere Verbreitungsinstrumente, die von den verschiedenen Gruppen genutzt werden. Sie passen ihre Kommunikationsstrategie geschickt der sich ständig wandelnden Online-Welt an: Jugendauffine Inhalte, darunter Bilder und kurze Clips, werden geteilt, ein junges Publikum wird rekrutiert und mobilisiert. Zusätzlich passen sie Wording und Symbo-

Um in den sozialen Netzwerken neue Zielgruppen anzusprechen oder die eigene Basis zu mobilisieren, braucht es aktive Angebote zur Partizipation und zum Dialog.

lik den jeweiligen Zielgruppen entsprechend an, nutzen Codes und Hashtags um möglichst junge Menschen zu erreichen, bieten simple Handlungsaufforderungen an, um ihre Community zu aktivieren (vgl. Valjent et al. 2013). →

² Tagesschau.de, Oktober 2016: Nur die AfD will auf „Meinungsroboter“ setzen; www.tagesschau.de/inland/social-bots-afd-101.html

Darüber hinaus bieten die extremen Gruppen den jungen Menschen Halt und Stabilität: Einfache Lösungen für komplexe Probleme werden angeboten, ein Unterstützer/-innen-Netzwerk ist vorhanden, um Beistand zu leisten, Gruppenzugehörigkeit wird suggeriert.

Die Gemeinschaft stützt sich auf die Abgrenzung zu anderen Menschen und Minderheiten; Vorurteile werden kontinuierlich kommuniziert, konträre Meinungen diskreditiert, Mitglieder mit anderen Ansichten entmutigt oder ausgeschlossen – eine homogene Gruppe wird geschaffen. Das *Seven-Stage Hate Model* zur Beschreibung der Dynamiken von Hass-Gruppen lässt sich auf den digitalen Raum übertragen: Die jeweiligen Kleingruppen und deren Mitglieder organisieren und vernetzen sich, weil sie in einer Gruppensituation Zusammenhalt und Anerkennung erfahren (vgl. Schafer/Navarro 2006). Dabei stabilisieren und verstärken eben jene Gruppen ihre Präsenz und Meinungsführerschaft nicht nur in den sozialen Netzwerken, sondern auch über den Bildschirmrand und die eigenen Landesgrenzen hinaus (vgl. Valjent et al. 2013). Die signifikante Zunahme von sogenannten Hate Groups und Cyberhass bestätigt diese Entwicklung (vgl. Perry/Olsson 2009). In den USA und in Deutschland nutzen vor allem Gruppen am rechten Rand die Instrumente des Netzes effektiv, um neue Mitglieder zu rekrutieren, allerdings greifen auch terroristische Organisationen wie der Islamische Staat auf die Instrumente des Web 2.0 zurück.



Darüber hinaus belegen verschiedene Studien, dass der viralen Brandstiftung und Verbreitung extremer Ideologien auch häufig Gewalttaten folgen. Bei der Analyse von Daten in einem Zeitraum von 2004 bis 2013 haben die Wissenschaftler *Evan Soltas* und *Seth Stephens-Davidson* eine direkte Korrelation von antimuslimischen Inhalten online und Hassverbrechen an Musliminnen und Musli-

men offline festgestellt (vgl. Soltas/Stephens-Davidowitz 2015). Bestehende Macht- und Diskriminierungsstrukturen werden in den sozialen Netzwerken fortgesetzt: Am häufigsten sind Frauen, Homo- und Transpersonen, Menschen mit Einwanderergeschichte, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete, Sintize/Sinti und Romnja/Roma, Musliminnen/Muslime und Jüdinnen/Juden von Hassreden im Netz betroffen, aber auch Menschen, die diesen Gruppen zugehörig erscheinen oder sich für deren Rechte einsetzen, werden angegriffen. Hinzu kommen die direkten Folgen für die betroffenen Menschen: Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass Hassreden zu Persönlichkeitsveränderungen und Depressionen führen können (vgl. u. a. Europarat 2016).

Darüber hinaus scheint die Rechtsprechung in vielen Ländern noch nicht im digitalen Zeitalter angekommen zu sein: Zwar steigt die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen Hassreden im Netz, doch kommt es nur selten zu Verurteilungen – häufig können Täter/-innen aufgrund der fehlenden Zusammenarbeit zwischen Polizei und Plattform-Anbietern nicht ermittelt werden. Hinzu kommt die bisher fehlende Reaktion der Zivilgesellschaft: Dadurch fühlen sich die extremen Gruppen in ihrer Argumentation bestätigt, das Bild in den sozialen Netzwerken verzerrt sich weiter, menschenfeindliche Ausdrucksweisen normalisieren sich und werden von der Gesellschaft und den Medien angenommen. Häufig wird dabei vergessen, dass insbesondere junge Menschen so weiter radikalisiert werden, wird ihnen doch gezeigt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den sozialen Netzwerken gemeinhin akzeptiert wird.

Positive Kommunikationsformen

Natürlich bietet das Internet auch viele Vorteile: Informationen können über Grenzen hinweg geteilt und abgerufen werden, Freundschaften zerbrechen nicht an Zeitunterschieden, ganz zu schweigen von Solidaritätsbekundungen, die viral gehen und ein Millionenpublikum erreichen und mitreißen. Nicht nur extreme Gruppen, auch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Aktivisten haben die Vorteile der Digitalisierung längst erkannt. Das Web 2.0 weist einen partizipativen und demokratisierenden Charakter auf, nutzen doch zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen die vereinfachten Kommunikationsstrukturen ihrerseits dazu, um Unterstützer/-innen zu gewinnen und ihre Nachrichten zu teilen. Allerdings scheinen diese bisher weniger erfolgreich, schaut man sich Reichweite der Online-Aktivitäten sowie die Rekru-

tierung neuer Mitglieder und die Mobilisierung der Basis an: Dies kann einerseits daran liegen, dass personelle und finanzielle Kapazitäten fehlen, andererseits scheint auch die Kommunikationsstrategie verantwortlich. Häufig werden komplexe Sachverhalte angesprochen und kritisiert, gleichzeitig werden ähnlich abstrakte Lösungsvorschläge unterbreitet. Schwammige bis unklare Definitionen sorgen für Unverständnis bei den Nutzer/-innen. Hinzu kommt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und Aktivistinnen/Aktivisten häufig als moralisch überlegen bis „besserwischerisch“ wahrgenommen werden, auch, weil ein Top-Down-Kommunikationsmodell genutzt wird. Dies kann Nutzer/-innen abschrecken, aber auch Ablehnung erzeugen.

Nichtsdestotrotz gibt es Beispiele aus der jüngsten Geschichte, die zeigen, dass die sozialen Netzwerke mehr und mehr, vor allem aber effektiver und weitläufiger, von der Zivilgesellschaft genutzt werden: Unter anderem werden politische Proteste und Demonstrationen über die sozialen Netzwerke initiiert und organisiert. Tausende Menschen nehmen weltweit an Solidaritätsbekundungen und Spendenkampagnen teil. Dies war besonders deutlich nach dem Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* im Januar 2015 zu sehen, die *ALS Ice Bucket Challenge* sorgte im Sommer 2014 für einen kurzfristigen Hype und auch während des *Arabischen Frühlings* spielten die neuen Kommunikations- und Informationsstrukturen eine große Rolle. Die breite Masse wird mobilisiert – häufig funktioniert das aber nur in Kombination oder als Konsequenz auf ein vorhergehendes Ereignis, wie unter anderem nach den rechtsextremen Ausschreitungen in Charlottesville, den islamistischen Anschlägen in Barcelona und der finnischen Küstenstadt Turku und den Überschwemmungen in Texas im August 2017.

Aktueller Entwicklungsstand:

Zivilgesellschaftliches Engagement im Netz

Es stellt sich zum einen die Frage, weswegen nicht nur die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihr Engagement nur wenig erfolgreich in den sozialen Netzwerken umsetzen können, zum anderen, wieso die Zivilgesellschaft weitestgehend passiv bei der Verrohung des Internets zusieht. Laut einer Umfrage des *Instituts für Demoskopie* in Allensbach (IfD) im Auftrag des *Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger* haben in Deutschland lediglich 14 % der Bevölkerung jemals einen Artikel im Internet kommentiert (vgl. IfD 2016). Dies bedeutet zwar, dass die Mehrheit der Nutzer/-innen sozialer Netzwerke menschenfeindliche

Aussagen nicht unterstützt oder befürwortet, aber es wird auch deutlich, dass eine kleine, lautstarke Minderheit den Ton im Netz angibt. Das hat vielerlei Gründe, lässt sich aber unter anderem auf die verschiedenen Kommunikationsstrategien der extremen Gruppen und der zivilgesellschaftlichen Organisationen zurückführen. Im Folgenden werden diese Unterschiede kurz erläutert, um aufzuzeigen, wo die Zivilgesellschaft ansetzen muss, um ihr Engagement im Netz effektiver fortzusetzen.

Zivilgesellschaftlichem Engagement im Netz fehlt ein breites und aktives Unterstützer/-innen-Netzwerk sowie gezielte Kommunikationsstrategien, um verschiedene Zielgruppen effektiv anzusprechen und ihrerseits zu rekrutieren.

Extreme Gruppierungen nutzen die sozialen Netzwerke effektiv, um in Kontakt mit ihrer Basis zu sein, aber besonders auch, um neue Mitglieder gezielt zu rekrutieren. Die Gruppen sind für bestimmte Zielgruppen attraktiv, weil sie einfache und klare Lösungen für komplexe Probleme anbieten, leicht nachvollziehbare und sich ändernde Narrative nutzen und insbesondere jungen Menschen Stabilität bieten. Ein Gefühl der Zugehörigkeit und der gemeinsamen Gruppenidentität wird geschaffen, hinzu kommt ein breites und aktives ein Unterstützer/-innen-Netzwerk, das mit Rat und Tat zur Seite steht (vgl. Lennings et al. 2010). Darüber hinaus nutzen die extremen Gruppen, insbesondere am rechten Rand, die technologischen Fortschritte, um sich besser zu vernetzen. So stärken die Gruppen ihre Online-Präsenz und Meinungsführerschaft, erhöhen ihre Glaubwürdigkeit und Schlagkraft – im Netz und auf der Straße. Zu guter Letzt und vielleicht am wichtigsten: Die extremen Gruppen gehen aktiv auf Nutzer/-innen zu, häufig, indem sie andere Themen als Deckmantel nutzen, um potenzielle Neu-Mitglieder zu identifizieren und kontaktieren. Beispielsweise nutzen rechte Gruppierungen häufig die Themen Tierschutz oder Klimawandel, islamistische Gruppen hingegen instrumentalisieren Identitätskonflikte junger Musliminnen/Muslime, um Aufmerksamkeit zu erlangen. →

Im Gegensatz dazu sind die Webpräsenzen und Social Media-Auftritte zivilgesellschaftlicher Organisationen häufig einseitig: Informationen werden bereitwillig mit der eigenen Community geteilt, doch ein Dialog entsteht selten bis gar nicht. Vielmehr vertrauen Organisationen darauf, dass die Menschen auf sie zukommen, sollten sie ihre Dienste, Kompetenzen oder Unterstützung benötigen. Um in den sozialen Netzwerken neue Zielgruppen anzusprechen oder die eigene Basis zu mobilisieren, braucht es aktive Angebote zur Partizipation und zum

Wir, die Zivilgesellschaft, sind dafür verantwortlich, dass wir das Internet als öffentlichen Raum wahrnehmen, nutzen – und verteidigen.

Dialog. Das Kommunikationsmodell nach *Shannon* und *Weaver*, also die Einteilung in Sender/-in, Botschaft und Empfänger/-in, ist in dieser Form nicht auf die sozialen Netzwerke übertragbar, denn: Jede Nachricht, die geteilt wird, erzeugt eine Reaktion. Die Reaktionen werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen bisweilen nicht oder nur ungenügend bearbeitet, denn häufig fehlen finanzielle und personelle Ressourcen. Darüber hinaus wollen zivilgesellschaftliche Organisationen ein möglichst breites Publikum ansprechen, vergessen dabei aber, spezifische Kampagnen für bestimmte Zielgruppen zu entwickeln. Hinzu kommt, dass häufig mit abstrakten Konzepten und komplexen Sachverhalten gearbeitet wird, anstatt auf simple Narrative und konkrete Lösungsvorschläge zurückzugreifen. Es scheint außerdem, dass zivilgesellschaftliche Akteurinnen/Akteure glauben, in Konkurrenz zueinander zu stehen – im Kampf um Fördermittel, starke Partner/-innen, verschiedene Zielgruppen, effektive Lösungen. Anstatt also miteinander zu arbeiten und sich gegenseitig zu stärken, scheint der Wettbewerb zu dominieren. Kurz gesagt: Zivilgesellschaftlichem Engagement im Netz fehlt ein breites und aktives Unterstützer/-innen-Netzwerk sowie gezielte Kommunikationsstrategien, um verschiedene Zielgruppen effektiv anzusprechen und ihrerseits zu rekrutieren.

Dennoch zeigt sich, dass sich die Landschaft in den sozialen Netzwerken sowie der Ton in den Kommentarspalten insgesamt ändert: Immer häufiger wird die Ge-

sellschaft im Netz aktiver, das zivilgesellschaftliche Engagement findet in den sozialen Netzwerken langsam aber stetig seinen Platz. Die Forsa-Umfrage der LfM bestätigt dies: Demnach befassen sich die 14- bis 24-Jährigen in Deutschland überdurchschnittlich mit Hass im Netz, werden aktiv und melden Hasskommentare. Für die Gesamtheit der befragten Personen zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Internetnutzer/-innen entsetzt über die Verrohung der Kommentarkultur ist, Hate Speech online wird nicht mehr gleichgültig hingenommen (vgl. LfM 2017). Dies liegt unter anderem daran, dass zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure ihre Strategien ändern und anpassen. Beispiele sind zum einen die zivilgesellschaftliche Initiative *#ichbinhier* und zum anderen die internationale Jugendbewegung *No Hate Speech Movement*. Beide Akteurinnen setzen sich für eine bessere Kommentarkultur in den sozialen Medien ein und sind Orte des zivilgesellschaftlichen Engagements im Netz.

#ichbinhier

Im Januar 2017 hat sich die Facebook-Gruppe *#ichbinhier* gegründet, die inzwischen knapp 36.500 Mitglieder zählt (Stand: 06.09.2017). Inspiriert durch eine ähnliche Gruppe aus Schweden, nimmt sich die Initiative die Kommentarspalten bekannter Medien vor, um dort für eine sachliche und ausgeglichene Diskussion zu sorgen – und den Hasskommentaren die Stirn zu bieten. Dabei folgt die Gruppe einer festen Kommunikationsstruktur: Mehrmals täglich werden Aktionen ausgerufen, Mitglieder werden gezielt in ausgewählte Kommentarspalten geschickt oder aber auch dazu aufgerufen, „Wunschthemen“ mit der Community zu teilen.

Die Initiative zeichnet sich durch verschiedene Charakteristika aus, unter anderem eben durch den klaren und strukturierten Ablauf innerhalb der Gruppe. Die Mitglieder kennen den internen Zeitplan und können sich darauf verlassen – ein wichtiges Kriterium bei zivilgesellschaftlichem Engagement im Netz. Darüber hinaus bietet die Gruppe ein breites Unterstützer/-innen-Netzwerk sowie kompetenten und kontinuierlichen Beistand durch die Moderatorinnen/Moderatoren, die nicht nur innerhalb der Gruppe für Ordnung sorgen, sondern auch zuverlässige Ansprechpartner/-innen für die Mitglieder sind. Die Gruppenidentität wird außerdem durch den gemeinsamen Hashtag, mit dem sich Mitglieder gegenseitig identifizieren, sich in Kommentarspalten finden und unterstützen können, gestärkt. Zu guter Letzt profitiert die Gruppe sicherlich von ihren einfachen und präzisen Handlungs-

aufforderungen: Das „Aufgabenprofil“, nämlich in Kommentarspalten für sachliche Argumente und Diskussionen zu sorgen, die von Hassreden dominiert werden, ist klar definiert, die Mitglieder können sich informieren und aktiv werden. Der rasante Zuwachs an Mitgliedern bei *#ichbinhier* zeigt ganz deutlich, dass die Zivilgesellschaft Hass und Hetze im Internet als Problem erkannt hat – und aktiv werden will. Die Initiative schafft dafür die Rahmenbedingungen.

No Hate Speech Movement Deutschland

2012 hat der Europarat das *No Hate Speech Movement* ins Leben gerufen, nachdem verschiedene Jugendorganisationen auf die zunehmende Problematik von Hassreden im Online-Raum hingewiesen haben. Ziel der



Bewegung ist es, insbesondere junge Menschen zu mobilisieren und zu Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten für die virtuelle Welt auszubilden. Die Kampagne gibt es in mehr als 45 Ländern, darunter nicht nur Mitgliedsländer des Europarats, sondern auch Länder wie Marokko, Kanada und Mexiko. Dies zeigt ganz deutlich: Hate Speech ist kein deutsches, noch nicht einmal ein europäisches Problem – sondern vielmehr von globaler Bedeutung.

In Deutschland wird die Kampagne gegen Hass im Netz von den *Neuen deutschen Medienmachern e. V.* koordiniert und im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* gefördert. Innerhalb eines Jahres hat sich die nationale Kampagne zu einer zentralen Ansprechpartnerin für den Bereich Hassreden im Internet etabliert. Darüber hinaus vereint und vernetzt das *No Hate Speech Movement* in Deutschland verschie-

denste Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um auf die Problematik von Hass im Netz aufmerksam zu machen und Gegenstrategien sowie Lösungsansätze zu präsentieren.

Im Fokus des *No Hate Speech Movements* stehen nicht die Hater/-innen, sondern vielmehr die Personen, die von Hassreden betroffen sind. Gleichzeitig soll außerdem die noch schweigende Mehrheit angesprochen und ermutigt werden auf Hass im Netz zu reagieren. Dabei greift die nationale Kampagne auch auf die Materialien der internationalen Initiative zurück: Der Europarat organisiert unter anderem Seminare zu den verschiedenen Formen von Hate Speech, um junge Aktivistinnen und Aktivisten fortzubilden und auf internationaler Ebene miteinander zu vernetzen. Darüber hinaus stellt der Europarat verschiedene Handbücher zur Verfügung, um einerseits Multiplikatorinnen/Multiplikatoren Werkzeuge zur Menschenrechtsbildung für den Online-Raum an die Hand zu geben, andererseits aber auch, um jungen Menschen Mittel und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie erfolgreich eine eigene Kampagne initiieren und aktiv werden können.

Im Fokus der deutschen Kampagne steht die Vernetzung mit internationalen sowie nationalen Partner/-innen: Denn nicht der Wettbewerb sollte das zivilgesellschaftliche Engagement dominieren, vielmehr müssen die verschiedenen Akteurinnen und Akteure zusammenarbeiten, um langfristig und nachhaltig eine Veränderung zu erzielen. Die *No Hate Speech Kampagne* bietet Raum für verschiedene Akteurinnen und Akteure, zusammenzukommen, sich auszutauschen und eine gemeinsame Agenda zu verfolgen.

Fazit: Wo und wie können wir aktiv werden?

Insgesamt sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen in den sozialen Netzwerken angekommen: Zwar gibt es noch viel zu tun, aber das zivilgesellschaftliche Engagement setzt sich auch im Netz fort, zwar langsam, aber stetig. Dennoch braucht es mehr – mehr Raum und mehr Möglichkeiten zur Partizipation, mehr Aktivitäten und Strategien, um das Engagement der Offline-Welt auch effektiv in die Online-Welt einzubetten. Das Netz als öffentlicher Raum bietet viele Vorteile: Eine breite Öffentlichkeit kann schnell erreicht und mobilisiert werden, Nachrichten verbreiten sich in Sekundenschnelle, wir können alle teilhaben. Gleichzeitig wartet das Internet aber mit ähnlich vielen Herausforderungen auf: Wir, die Zivilgesellschaft, sind dafür verantwortlich, dass wir das Internet als öffentlichen Raum wahrnehmen, nutzen – und verteidigen. →

Es gibt Räume und Möglichkeiten, mehr noch als die, die im Beitrag genannt sind – wir müssen diese nur sichtbar machen, unsere Kommunikationsstrategien anpassen und ganz deutlich zeigen: Wir sind laut, wir sind viele, wir sind gegen Hass im Netz.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017

Zur Autorin



Sina Laubenstein, Politikwissenschaftlerin (M. A.), arbeitet seit 2016 bei den Neuen deutschen Medienmachern e. V. und ist dort für die No Hate Speech Kampagne in Deutschland zuständig.

laubenstein@no-hate-speech.de

Foto: André Bordinassi Medina

Literatur

Costello, Matt / Hawdon, James / Ratliff, Thomas N. (2016):

Confronting Online Extremism: The Effect of Self-Help, Collective Efficacy, and Guardianship on Being a Target for Hate Speech. In: Social Science Computer Review, pp. 1–19

Europarat (2016): Background Note on Sexist Hate Speech;

<https://rm.coe.int/168059ad42>

IfD – Institut für Demoskopie Allensbach (2016): Studie im Auftrag des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (ZVD); www.horizont.net/medien/nachrichten/Allensbach-Studie-Wenige-verpesten-im-Netz-die-Stimmung-vieler-143931

IfM – Landesanstalt für Medien NRW (2017): Ergebnisbericht der Forsa-Umfrage zu Hate Speech im Internet; www.lfm-nrw.de/fileadmin/user_upload/Ifm-nrw/Service/Pressemitteilungen/Dokumente/2017/Ergebnisbericht_Hate-Speech_forsa-Mai-2017.pdf

Lennings, Christopher / Amon, Krestina / Brummert, Heidi / Lennings,

Nicolas (2010): Grooming for terror: The Internet and young people. In: Psychiatry, Psychology and Law, 17(1), pp. 424–437

Loader, Brian D. / Mercea, Dan (2011): Introduction Networking Democracy? Social media innovations and participatory politics. In: Information, Communication & Society 14 (6), pp. 757–769

Perry, Barbara / Olsson, Patrick (2009): Cyberhate: the globalization of hate. In: Information & Communications Technology Law, 18(2), pp. 185–199

Schafer, John R. / Navarro, Joe (2006): The Seven-Stage Hate Model. The Psychopathology of Hate Groups. In: Cultic Studies Review, 5(1), pp. 73–86

Soltas, Evan / Stephens-Davidowitz, Seth (2015): The Rise of Hate Search. In: The New York Times, 12.12.2015; www.nytimes.com/2015/12/13/opinion/sunday/the-rise-of-hate-search.html?_r=1

Special Eurobarometer 452 (2016): Media pluralism and democracy. Brüssel: Europäische Kommission

Valjent, Alina et al. (2013): Viraler Hass – Rechtsextreme Kommunikationsstrategien im Web 2.0. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung

Zur Situation der Zivilgesellschaft in Südost- und Mitteleuropa

Wahrnehmungen und Einschätzungen

Basierend auf Gesprächen und schriftlichen Äußerungen ehemaliger Stipendiatinnen und Stipendiaten des Programms „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“ werden in diesem Beitrag die Wahrnehmungen junger engagierter politischer Bildnerinnen und Bildner sichtbar gemacht und deren Einschätzungen zur Situation der Zivilgesellschaft in ihrem eigenen Land präsentiert. von Christiane Toyka-Seid

Die Zivilgesellschaften im Osten Europas blicken auf bewegte Jahrzehnte zurück. War es der lang aufgestaute zivile Unmut, der in den Jahren 1989/1990 die demokratische Wende hinter dem „Eisernen Vorhang“ erzwang, so sahen die Folgejahre eine Rückkehr der alten Eliten im neuen Gewande. Nicht von ungefähr rückten in den Jahren nach der Jahrhundertwende die „klassischen Formen zivilgesellschaftlichen Handelns“ wieder in den Vordergrund. Auf der politischen Tagesordnung stand erneut die Forderung nach politischer Moral, nach Bürgersinn, Pluralismus, politischer Beteiligung und Selbstorganisation der Zivilgesellschaft (vgl. Fehr 2004).

Die schnelle Integration der Staaten des ehemaligen sowjetischen Einflussbereichs in die Europäische Union hat in den Folgejahren die Wahrnehmung mancher zivilgesellschaftlicher Rückentwicklung überdeckt. Thematisierungen der Zivilgesellschaft im Osten richten sich daher heute oft auf die Entwicklungen in der Russischen Föderation, in der Ukraine, in Weißrussland oder in den potenziellen EU-Beitrittskandidaten im Kaukasus.¹ Mit den national-

konservativen Regierungen in Ungarn und Polen ist aber die Frage nach dem Funktionieren der Zivilgesellschaft in den jungen Beitrittsländern der EU wieder akut geworden (vgl. Schreier 2015).

Die folgende Darstellung kann kein vollständiges Panorama des aktuellen zivilgesellschaftlichen Geschehens in den vielgestaltigen und politisch höchst inhomogenen Staaten Südost- und Mitteleuropas bieten. Es soll aber auf der Grundlage von Gesprächen und schriftlichen Äußerungen ehemaliger Stipendiatinnen und Stipendiaten des Programms „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“², das die *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb* in den Jahren 2008–2016 gemeinsam mit der *Robert-Bosch-Stiftung* durchführte, die Wahrnehmung der Lage in ihrem Land durch junge und engagierte politische Bildnerinnen präsentiert werden. Das Spektrum der Einschätzungen ist dabei erwartbar groß. Überall gilt allerdings, dass politische Bildung, wie sie hierzulande verstanden wird, →

¹ Vgl. beispielhaft: Stärkung der Zivilgesellschaft in Osteuropa. Körber-Stiftung vom 15.06.2017: www.koerber-stiftung.de/

staerkung-der-zivilgesellschaft-in-osteuropa-1072.html; Zugriff auf diesen und alle weiteren Links in diesem Beitrag: 15.09.2017.

² Informationen zum Programm: www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/europa-gestalten

im Osten Europas einen schweren Stand hat. Von einer institutionellen Verankerung politischer Bildung als staatliches Angebot kann in keinem der betrachteten Länder die Rede sein. Im Folgenden wird daher der Blick stärker auf Aspekte der non-formalen politischen Bildung gerichtet sein.

Griechenland

Welche positiven Folgen eine politische oder gesellschaftliche Krise in einem Land für die Ausweitung und Vertiefung der Zivilgesellschaft haben kann, zeigen die Ausführungen von *Giorgos Monogioudis*. Der promovierte Politikwissenschaftler arbeitet seit seiner Rückkehr aus Deutschland in der Kulturabteilung der Deutschen Botschaft in Athen, wo er Projekte im Rahmen des *Deutsch-Griechischen Zukunftsfonds* betreut und an der Errichtung eines *Deutsch-Griechischen Jugendwerks* mitwirkt.

Am Beginn seiner Überlegungen steht die Feststellung einer in der griechischen Bevölkerung tief verwurzelten individualistischen Grundhaltung. Zivilgesellschaftliches Engagement galt so auch bis zum Ausbruch der Krise in erster Linie sozialen Zwecken, insbesondere mit Blick auf marginalisierte Gruppen der Bevölkerung. Überhaupt zeigte sich die Gesellschaft stark in ihren Netzwerken, in den überall zu beobachtenden Solidaritätsphänomenen. Die Krise habe diese individualistische Herangehensweise seit 2011 massiv in Frage gestellt und das politische Engagement kleinerer NGOs vor allem auf lokaler Ebene befördert. Gefragt waren Kreativität und Eigeninitiative, zumal öffentliche Mittel für zivilgesellschaftliches Engagement kaum vorhanden sind.

Nicht an Bedeutung verlor derweil allerdings der weit verbreitete Skeptizismus gegenüber der Politik und damit verbunden die Sorge vor einer politischen Einvernahme des zivilgesellschaftlichen Engagements. Zivilgesellschaftliche Akteure sehen sich so weiterhin Kritik von links wie von rechts ausgesetzt und mit der Forderung konfrontiert, sich aus allem Politischen herauszuhalten. Das gilt auch für die Diskussion der Flüchtlingsfrage in Griechenland.

Nichtsdestotrotz beobachtet *Giorgos Monogioudis* eine Stärkung der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren. Die junge Generation ziehe aus dem Unmut über das Versagen der gewählten Volksvertreter den Schluss, dass gesellschaftliche Defizite in erster Linie auf zivilgesellschaftlicher Ebene behoben werden können. Zur generationenspezifischen Wahrnehmung gehöre auch, dass der anti-politische Reflex bei den Jüngeren nicht so ausgeprägt sei wie bei der älteren Generation. Darum stehe zivilgesellschaftliches

Engagement in dieser Alterskohorte auch nicht sofort im Verdacht, von der Politik vereinnahmt zu werden.

Konsequenzen hat die Ablehnung der Parteienpolitik auch für die politische Bildung. Diese ist in Griechenland noch am ehesten in der Schule angesiedelt, wo sie häu-

Zivilgesellschaftliches Engagement galt so auch bis zum Ausbruch der Krise in erster Linie sozialen Zwecken, insbesondere mit Blick auf marginalisierte Gruppen der Bevölkerung.

fig in engem Zusammenhang mit sozialem Engagement präsentiert wird. *Giorgos Monogioudis* konstatiert hier als positive Entwicklung, dass auch in der schulischen Bildung methodische Überlegungen zunehmend präsent sind. Der non-formalen politischen Bildung fehle es dagegen an politischer Unterstützung und gesellschaftlicher Akzeptanz. Die verbreitete Furcht der Griechen vor politischer Indoktrination erstreckt sich auch auf diejenigen, die politische Bildung im Sinne von Demokratiebildung, zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und aktiver Teilhabe am Staat betreiben.

Noch nicht hinreichend untersucht ist die Bedeutung der Tatsache, dass mit *Syriza* seit einigen Jahren eine Partei die Regierungsgeschäfte führt, die selbst ursprünglich aus der Zivilgesellschaft hervorgegangen ist. Zu vermuten ist, dass zivilgesellschaftliches Engagement in diesem (linken) politischen Spektrum eher positiv wahrgenommen wird. Nichtsdestotrotz leiden auch zivilgesellschaftliche Organisationen an der akuten Finanzknappheit des Staates. Nicht verschwunden ist auch die Korruption, die im Bereich der non-formalen Bildung und der Aktivitäten der NGOs viele gute Ansätze im Keim erstickt.

Estland

Ein anderes Bild bietet Estland, einer der jüngeren Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und als Pionier des E-Government und der Digitalisierung der Gesellschaft europaweit beachtet (vgl. Otto 2017). Auch im Hinblick auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft geht Estland eigene, innovative Wege (vgl. Wrobel 2014, S. 25 f.). Die demokratische Entwicklung des Landes erfuhr allerdings mit den Ereignissen in der Ukraine 2014 einen Dämpfer. Der russische Expansionsdrang, der im Schutz für im „Ausland“ le-

bende Russen seine angebliche Legitimation findet, hat in dem baltischen Land mit seiner großen russischen Minderheit Besorgnis ausgelöst. Die Angst vor gesellschaftlicher Instabilität und einer Gefährdung des eingeschlagenen demokratischen Weges ist im Nordosten Europas spürbar gewachsen.

Dennoch sieht *Mari Agarmaa* die Aussichten für die Zivilgesellschaft in ihrem Land positiv. Die parteipolitisch aktive Rechtsanwältin, die bis Ende des Jahres 2017 ihre Doktorarbeit abschließen will, nennt neben NGOs und Stiftungen auch die politischen Parteien als wichtige Träger der politischen Bildungsarbeit. Ermöglicht wird dies durch den im Parteiengesetz festgeschriebenen Status der Parteien als NGOs. Auch die parteinahen Jugendorganisationen, die als eigenständige NGOs agieren, betreiben politische Bildung. Dass diese spezifische Rechtsstellung es den Jugendorganisationen ermöglicht, als NGOs Projektmittel im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen einzuwerben, wird allerdings durchaus kritisch gesehen. Für die Zivilgesellschaft von größerer Bedeutung ist aber, dass diese Jugendorganisationen oft ein dynamisches politisches Eigenleben entwickeln, das zur Belebung des politischen Diskurses im Lande beiträgt.

Unter den politisch in der Regel wenig aktiven Stiftungen des Landes bilden die 54 staatlich finanzierten Stiftungen eine wichtige Untergruppe. Eine besondere Rolle kommt unter diesen der *National Foundation of Civil Society* (NFCS) zu, die im staatlichen Auftrag die politische Bildung und die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Estland voranbringen soll. Die Stiftung erhält vom Staat jährlich ein Budget (im Jahr 2016 waren es ca. 2,5 Millionen Euro), mit dem Projekte für NGOs finanziert werden. Sie wirkt auch an der institutionellen Entwicklung der Zivilgesellschaft mit. Darüber hinaus fördern staatliche und kommunale Einrichtungen zivilgesellschaftliches Engagement durch Projektzuschreibungen und die Delegation öffentlicher Aufgaben. Aus dem Staatshaushalt flossen 2016 4,7 Millionen Euro an NGOs und gemeinnützige Vereine, insbesondere zur regionalen Entwicklung. Kritik findet immer wieder das wenig systematische Vorgehen der öffentlichen Geldgeber. Vor allem im kommunalen Sektor fehlt es häufig an klaren Vorgaben. Aber auch die parteipolitische Prägung vieler Fördermaßnahmen stößt auf Widerspruch in der Zivilgesellschaft. So wird ein Teil der staatlichen Gelder direkt vom Parlament vergeben, wobei Parteiennähe der jeweiligen Antragsteller erwartungsgemäß von Vorteil ist.

2015 gab es über 31.000 gemeinnützige Organisationen (NGOs und Stiftungen). Angaben zu Mitgliedszahlen,

Zielen und einzelnen Mitgliedern können online abgefragt werden. Ein positiver Aspekt des zivilgesellschaftlichen Engagements in Estland ist auch die große Vernetzung der Akteure untereinander. Dies geschieht zum Teil durch Dachorganisationen. Auch der hohe Digitalisierungsgrad des Landes dürfte hier positiv zu Buche schlagen. Kooperationen gibt es auch mit Partnern in Europa. Stark vertreten sind beispielsweise die *Konrad-Adenauer-Stiftung* und die *Friedrich-Ebert-Stiftung*.

Wie in Griechenland wirkt sich auch in Estland der Generationenwechsel positiv auf das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Fragen aus. Viele Jugendliche, die nach der Wende in die Schule kamen und nun nach und nach ins Berufsleben eintreten, messen einem Engagement für die Gesellschaft große Bedeutung zu. Davon profitiert auch die politische Bildung. Sichtbar wird das in den Schulen, wo in den Klassen 9–12 staatsbürgerliche Bildung Pflichtfach ist. Demokratie, Bürgerbeteiligung, die Funktionsweisen des Staates werden gelehrt. Daneben spielt politische Bildung aber in der Schule keine Rolle, eine Folge der als „sowjetisch“ wahrgenommenen Parteipropaganda früherer Jahre, die die Schule bis heute für große Teile der Bevölkerung als Ort der politischen Bildung diskreditiert.

Dessen ungeachtet sieht *Mari Agarmaa* aber die politische Bildung in ihrem Land im Aufschwung, wenngleich das staatliche Engagement und die Wahrnehmung politischer Bildung in der Bevölkerung als Voraussetzung für das Funktionieren eines demokratischen Rechtsstaats ausbaufähig seien. Die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Demokratie müsste noch stärker als gesellschaftlicher Wert präsentiert und gefördert werden. Dass sie ihren Anteil am Ausbau der Zivilgesellschaft in ihrem Land leisten will, steht für die junge politische Bildnerin außer Frage.

Rumänien

Aus Rumänien berichtet *Irina Ilisei*, Stipendiatin 2011/2012, promovierte Politikwissenschaftlerin und aktuell als Gründerin der NGO *Plural Association* tätig in der Koordination internationaler Projekte zur politischen Bildung mit dem Schwerpunkt auf Minderheitenfragen. In ihrem Heimatland kam es im Winter 2017 zu Massenprotesten gegen eine Amnestie für Hunderte wegen Amtsmissbrauchs angeklagter Amtsträger. Der zivilgesellschaftliche Protest zwang die Regierung zur Rücknahme des Gesetzesvorhabens. Im Ausland wurde das als Ausweis der Stärke der Zivilgesellschaft in Rumänien gewertet (vgl. Bruderer 2017; Sieg/Avram 2017). Wie werden diese →

Ereignisse im Land selbst wahrgenommen, was sagen sie über die Lage der Zivilgesellschaft in Rumänien aus?

Irina Ilisei beginnt ihre Analyse mit dem Hinweis auf das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber der Zivilgesellschaft wie gegenüber der Politik überhaupt. Nach Umfragen bringt nur ein Drittel der Bevölkerung der Zivilgesellschaft und ihren Vertreterinnen und Vertretern Vertrauen entgegen (vgl. Andersen u. a. 2017). Umgekehrt ist auch die Bereitschaft politischer Akteurinnen und Akteure und Institutionen gering, die Bedürfnisse der Bürger/-innen zur Kenntnis zu nehmen. Im europäischen Vergleich zählt Rumänien zu den Ländern mit dem geringsten zivilgesellschaftlichen Engagement. Von über 40.000 registrierten NGOs im Land sind nur vier Prozent in einem politischen Kontext tätig. Diese wiederum bilden keine homogene Bewegung, im Gegenteil: Ein scharfer Bruch durchzieht die Zivilgesellschaft. Auf der einen Seite stehen die Vertreter von Minderheitenrechten für Roma und andere Minoritäten, Gegner sozialer Ungleichheit und Befürworter politischer Pluralität. Auf der anderen Seite finden sich konservative, nationalistische und häufig im orthodoxen Glauben verankerte Gegner einer offenen Gesellschaft. Beispielhaft für die Spaltung der Zivilgesellschaft steht die Auseinandersetzung über gleichgeschlechtliche Partnerschaften, in der sich Befürworter/-innen einer gesellschaftlichen Akzep-

Im europäischen Vergleich zählt Rumänien zu den Ländern mit dem geringsten zivilgesellschaftlichen Engagement.

tanz der LGBT-Community und Initiativen wie die von der orthodoxen Kirche und anderen Religionsgemeinschaften unterstützte Initiative *Coaliția pentru familie* (Koalition für die Familie) zunehmend unversöhnlich gegenüberstehen. Dazu kommt, dass auch staatliche Institutionen in solch gesellschaftlich umstrittenen Auseinandersetzungen nicht eindeutig Position beziehen und den Gedanken der Inklusion aktiv befördern.

Eine Förderung des auf gesellschaftliche Öffnung, politische Teilhabe und eine aktive Bürgerschaft dringenden Teils der Zivilgesellschaft durch den Staat findet praktisch nicht statt. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind daher auf das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder und

Unterstützer/-innen sowie auf externe Mittel wie EU-Gelder angewiesen. Letztere setzen allerdings in der Regel Eigenmittel voraus, über welche diese Organisationen zu meist nicht verfügen.

In diesem Zusammenhang ist die Rolle Norwegens bei der Förderung der Zivilgesellschaft im Osten Europas zu erwähnen. Mit dem Beitritt zum *Europäischen Wirtschaftsraum* (EWR) hat sich das Land verpflichtet, den Abbau der sozialen und ökonomischen Ungleichheit in Europa zu unterstützen. Dafür stehen zwei Fonds (European Economic Area – EEA sowie die Norway Grants) mit jährlich 388 Millionen Euro für die fünfzehn am wenigsten wohlhabenden Länder der EU zur Verfügung. Kleine Anteile des EEA werden auch von den EWR-Mitgliedsländern Island und Liechtenstein getragen. Ein wichtiges Ziel dieser Förderung ist auch die Stärkung demokratischer Prozesse und des Respekts für Menschen- und Minderheitenrechte in Europa (vgl. www.kooperation-international.de/aktuelles/nachrichten/detail/info/norwegen-und-eu-einigen-sich-auf-neue-ewr-foerdergelder). Für die rumänische Zivilge-



Die Brücke über die Donau verbindet Rumänien und Bulgarien und wurde mit Fördermitteln der EU errichtet.

Foto: Erich Westendarp / pixelio.de

sellschaft ist diese Form der finanziellen Unterstützung von großer Bedeutung. Ein Problem sind allerdings die zeitlich weit gestreckten Antragsfristen dieser Fonds. Zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es oft nicht möglich, die finanziellen Durststrecken zwischen zwei Antragsterminen mit eigenen Mitteln zu überbrücken.

Neben öffentlichen Mitteln stellt die steuerliche Förderung einer Abgabe von Privatpersonen oder Unternehmen an NGOs eine Form der staatlichen Förderung der Zivilgesellschaft dar. Der Großteil der Mittel fließt allerdings Wohltätigkeitsorganisationen zu.

Politische Bildung kann unter diesen Voraussetzungen schwerlich gedeihen. In den Schulen werden in ein oder zwei Klassenstufen Themen wie die staatlichen und die europäischen Institutionen, Menschenrechte und die rumänische Verfassung behandelt. Inhalte werden auswendig gelernt, aber nicht diskutiert. In gewissem Sinne stellt die Vermeidung kontroverser Diskussionen im Schulunterricht eine Fortsetzung der schulischen Praktiken aus sozialistischen Zeiten dar, in denen der Unterricht der Indoktrination diene und das Äußern abweichender Meinungen persönliche Konsequenzen nach sich ziehen konnte.

Für non-formale politische Bildung sind in Rumänien, das im europäischen Kontext mit am wenigsten in die Bildung investiert, kaum Mittel vorhanden. Für die NGOs kann es so nur darum gehen, ihren Themen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Aufmerksamkeit zu verschaffen. NGOs wie die von *Irina Ilisei* gegründete *Plural Association* (www.facebook.com/pluralassociation; www.asociatia-plural.ro) leisten hier ihren zivilgesellschaftlichen Beitrag, indem sie Projekte und Bildungsveranstaltungen zu Gendergerechtigkeit, Diversity, aktiver Bürgerschaft oder den Rechten ethnischer Minderheiten durchführen und Jugendaustausche und Multiplikatoren-austausche im Feld der politischen Bildung organisieren.

Bulgarien

Ein kurzer Blick auf Bulgarien zeigt, dass auch hier Aufholbedarf besteht bei der Förderung der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung. Das berichtet die Politikwissenschaftlerin *Svetlana Kirova*, die vor und nach ihrer Stipendiatinnenzeit ehrenamtlich in der *Elias Canetti-Gesellschaft* in Ruse aktiv war. Dort engagierte sie sich vor allem für kulturelle Bildungsprojekte, widmet sich nun aber verstärkt ihrer wissenschaftlichen Weiterbildung. Wie in anderen hier betrachteten Ländern sieht *Svetlana Kirova* in Bulgarien ein großes Misstrauen gegenüber der Politik. Die massiven Proteste gegen die Politik der Regierung im Sommer 2013 wurden zwar von manchen Beobachterinnen/Beobachtern als Ausdruck eines Erwachens der Zivilgesellschaft interpretiert (vgl. Anetzberger 2013). Seitdem scheint jedoch wieder politische Lethargie eingekehrt zu sein. Die Zivilgesellschaft in Bulgarien agiert häufig reaktiv – Initiativen formieren sich, wenn es Probleme gibt, beispielsweise durch Umweltverschmutzung.

Dennoch ist auch in Bulgarien eine beträchtliche Zahl zivilgesellschaftlicher NGOs aktiv, zumeist allerdings in der sozialen Arbeit, für die auch staatliche Zuschüsse fließen. Die kleine Zahl der in der Demokratieförderung und poli-

tischen Bildung aktiven Vereinigungen muss ihre finanziellen Bedürfnisse anderweitig decken. Eine große Rolle spielt dabei die Organisation *America for Bulgaria*, die Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft in Bulgarien unterstützt (www.us4bg.org).

Staatlicherseits wird aktuell ein Fonds von 500.000 Euro zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen diskutiert. Bislang bleibt aber vieles im Unklaren, was Mittelverteilung und Entscheidungswege angeht. Die finanzielle „Versorgung“ der zivilgesellschaftlichen NGOs erfolgt so wesentlich über „Brüsseler Töpfe“, wobei sich die personell wie finanziell häufig schlecht ausgestatteten Organisationen oft schwer tun bei der Antragstellung von Kooperationsprojekten. Dennoch ist die Bedeutung der Mitgliedschaft in der EU für Politik und Zivilgesellschaft in Bulgarien enorm. Die ehemalige Stipendiatin verweist hier auf den disziplinierenden Effekt in juristischer und politischer Hinsicht sowie auf die Motivation durch die Geldflüsse aus der Gemeinschaft.

Slowenien

Weiter nach Slowenien, in einen Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawiens. *Mario Plešej* war Stipendiat im Jahrgang 2012/2013 und ist heute Mitarbeiter der *Sozialakademie* in Ljubljana, einer 2004 gegründeten auf christlichen Werten basierenden NGO, die Bürger/-innen zur aktiven Teilnahme in demokratischen Entscheidungsprozessen befähigen will. Er berichtet, dass auch in Slowenien zum Teil noch immer Erfahrungen aus der sozialistischen Zeit die Lage der Zivilgesellschaft prägen. Private Stiftungen und katholische Organisationen, die sich traditionell im Sozialwesen betätigten, wurden in jenen Jahren aufgelöst, an ihre Stelle trat die staatliche Aufgabenwahrnehmung.³ Bei vielen Sloweninnen/Slowenen lebt diese Erwartungshaltung gegenüber dem Staat bis heute fort. Entsprechend gering ist die Bereitschaft zur politischen und zivilgesellschaftlichen Teilhabe.

Dies gilt allerdings nicht für alle Bereiche bürgerlichen Engagements. Es gibt eine gut entwickelte Vereinskultur, von den im Februar 2017 registrierten 27.400 NGOs waren 88 % Vereine. Die Zahl der finanzkräftigen und einflussreichen privaten Stiftungen ist dagegen gering. Die finanzielle Ausstattung der NGOs ist in der Regel dürftig, was den im europäischen Vergleich sehr niedrigen Anteil (unter 1 % →

³ Vgl. zum Fortwirken der staatlichen Einflussnahme auf die Zivilgesellschaft in der Zeit des Kalten Krieges Lange/Matanovic 2015.

der berufstätigen Bevölkerung) an festgestellten Mitarbeitenden in der Zivilgesellschaft erklärt. Umso wichtiger ist das ehrenamtliche Engagement in Slowenien.

Ungeachtet der nach wie vor bestehenden Staatsgläubigkeit unterstützen Staat und Kommunen die Arbeit der Zivilgesellschaft. So werden über Ausschreibungen zivilgesellschaftliche Programme gefördert. Allerdings geschieht dies mit einem deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegenden Anteil von 0,78 % des Bruttonationaleinkommens. Projektförderung ist wichtig für die Etablierung der Zivilgesellschaft in Slowenien, bringt aber auch Planungsunsicherheit und einen erheblichen Zeitaufwand für die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten mit sich. Eine Folge der prekären finanziellen Lage der NGOs ist die Suche nach Fördermitteln im Ausland, die sich angesichts des starken Wettbewerbs aber schwierig gestaltet. Vielleicht ist hier auch ein Grund für die von *Mario Plešej* konstatierte geringe Bereitschaft zu projektbezogenen Kooperationen in der Zivilgesellschaft zu suchen.

Politische Themen werden in der Zivilgesellschaft punktuell aufgegriffen. Neben ökologischen Problemen werden Fragen der Zuwanderung, der inneren Sicherheit oder der Alterung der Gesellschaft bearbeitet und diskutiert. Dagegen bleibt der Umgang mit der jüngeren Vergangenheit ein schwieriges Thema, das auch die meisten NGOs meiden.

Generell bleibt es eine Aufgabe für die politische Bildung, gegen die politische Apathie im Land anzugehen und für verstärkte politische Partizipation zu werben. In den Schulen spielt politische Bildung keine große Rolle, umso wichtiger ist der Einsatz der Zivilgesellschaft. Die von *Mario Plešej* mitgeleitete NGO *Socialna akademija* (<http://socialna-akademija.si>), eine kleine NGO mit sieben fest angestellten Mitarbeitenden, die in der Jugend- und Erwachsenenbildung vorwiegend mit non-formalen Ausbildungsprogrammen engagiert ist, arbeitet aus diesem Grund gezielt mit Grund- und Mittelschulen zusammen. Diese Formen der Kooperation werden von den Betroffenen geschätzt und auch staatlicherseits unterstützt. Sie können aber eine institutionalisierte Form der politischen Bildung nicht ersetzen. Die Aktivistinnen/Aktivisten der Zivilgesellschaft sind daher gefordert, mit ihrem Engagement andere Mitglieder der Gesellschaft für das zivilgesellschaftliche Engagement zu begeistern. *Mario Plešej* und seine NGO tun das, indem sie ihr Wissen und ihre Erfahrungen in speziellen Formaten an andere NGOs und Initiativen weitergeben und so als „NGO-Inkubator“ für die slowenische Zivilgesellschaft wirken.

Ungarn

Abschließend ein Blick auf jenes Land, das im Mai 1989 wesentlich zur Überwindung der Teilung Europas beitrug. In Ungarn ist die hoffnungsvoll in Gang gekommene Entwicklung der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren durch die nationalkonservative Wende jäh gestoppt worden. Die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und die Behinderung der Arbeit ausländischer Einrichtungen haben auch hierzulande viel Aufmerksamkeit erregt. Wie beurteilen zwei aktive Vertreter/-innen der ungarischen Zivilgesellschaft diese Entwicklungen, welche Chancen sehen sie für die Zivilgesellschaft und die politische Bildung in ihrem Land?

Gabor Polak hat im Anschluss an das Stipendium ein Jahr an der Universität Münster gelehrt und geforscht. Seit 2016 ist er wieder an der Universität seiner Heimatstadt Pesc als Hochschullehrer tätig. Daneben leitet er die NGO *Mertek Media Monitor*, die mit ihren Aktivitäten für die Freiheit der Medien, einen politisch aufgeklärten Journalismus und politische Teilhabe eintritt (<http://mertek.eu/en>).

Anna Orosz verbrachte ihr Stipendium 2015/16 in Bonn. Aktuell engagiert sie sich in der Führung der jungen Partei *Momentum*, die mit ihrem gegen den autokratischen Stil der Regierung Orban gerichteten Kurs auch im Westen bereits einiges Aufsehen erregte.

Die Zivilgesellschaft ist in Ungarn schlecht verankert. Zwar gibt es mehr als 62.000 Non-Profit-Organisationen, von denen rund 54.000 Vereine und Stiftungen als klassische zivilgesellschaftliche Organisationen gelten können (vgl. www.ksh.hu/docs/hun/xftp/stattukor/nonprofit/nonprofit15.pdf). Die Zahl der in zivilgesellschaftlichen Organisationen Tätigen ist aber gering.

In den letzten Jahren hat der Druck der Behörden auf Teile der Zivilgesellschaft zugenommen. Initiativen, Vereine und Stiftungen werden von der Regierung kaum noch als Partner bei Entscheidungen von öffentlichem Interesse akzeptiert. Etablierte Foren des Austausches von Zivilgesellschaft und Regierung wurden aufgehoben. NGOs wurden wiederholt zu Zielscheiben politischer Angriffe, wohl auch als Reaktion auf den Aufschwung des zivilgesellschaftlichen Engagements nach der Etablierung der *Fidesz*-Herrschaft 2010. Im Folgejahr verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das regierungstreue Institutionen bei der Vergabe öffentlicher Mittel bevorteilt. Auch der Regierung nahestehende kirchliche Organisationen profitieren von der Regelung. 2014 folgte ein Angriff gegen NGOs, die von der Förderung durch die oben erwähnten *Norway Grants* profitiert hatten. Versuche, die betroffenen Initiativen

und Organisationen vor Gericht zu belangen, blieben aber ohne Erfolg.

Die bislang letzte Stufe der Eskalation stellte 2017 ein Gesetz dar, das Non-Profit-Organisationen, die Unterstützung aus dem Ausland erhalten, zwingt, sich als „Aus dem Ausland unterstützt“ registrieren zu lassen. Dieses Regelung gilt ab einer Fördersumme von 7,2 Millionen HUF (etwa 23.000 €). Die Stigmatisierung der Zivilgesellschaft stößt allerdings an ihre Grenzen, wo Einrichtungen wie die größten Menschenrechtsorganisationen des Landes zivilen Ungehorsam gegen dieses Gesetz praktizieren. Die staatlicherseits betriebene Delegitimierung der Zivilgesellschaft und insbesondere der von dem in Ungarn geborenen amerikanischen Milliardär *George Soros* unterstützten Einrichtungen könnte sich so als Bumerang erweisen und eine Stärkung der Opposition im politischen und zivilgesellschaftlichen Bereich zur Folge haben. In diese Richtung weisen auch die Großdemonstrationen in Budapest gegen die „Lex CEU“ (Central European University) und das von der EU eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn (vgl. Racz 2017; SPIEGEL online 2017).

Eine direkte Folge des staatlichen Kreuzzugs gegen die Zivilgesellschaft ist der weitgehende Ausschluss oppositioneller Ansichten aus den öffentlich-rechtlichen Medien. Ein wesentlicher Teil der Öffentlichkeitsarbeit zivilgesellschaftlicher NGOs spielt sich heute in den Sozialen Medien ab, die allerdings keine vergleichbare Breitenwirkung wie die staatlich gelenkten Medien haben.

Ein Teil der ungarischen Zivilgesellschaft erwägt angesichts der massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit derzeit die Gründung eines Dachverbands der unabhängigen, nicht vom Staat alimentierten Einrichtungen. Ob dies gelingt, ist fraglich. Zu unterschiedlich sind die Ziele der Organisationen. Eine positive Entwicklung ist allerdings darin zu sehen, dass sich viele zuvor „unpolitische“ zivilgesellschaftliche Organisationen jetzt dezidiert als „politisch“ definieren. Die Trennlinie zwischen Gesellschaft und Politik verliert an Bedeutung.

Parallel zu den Versuchen der legislativen Einflussnahme auf die Zivilgesellschaft gab und gibt es weiterhin Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen. Verantwortlich dafür ist der *Fonds für Nationale Kooperation*, der über die Förderwürdigkeit und die zugeteilten Mittel entscheidet. Zwei Drittel der Mitglieder des Fonds werden durch die Regierung und die Parlamentsmehrheit bestimmt. Die Gelder fließen so an Organisationen, die für die Regierungspartei agitieren oder direkt mit dieser verbunden sind. Ein spezielles Phänomen sind hier die soge-

nannten GONGOs (Government Organized Non-Governmental Organizations), die ausschließlich der Propaganda der Regierung dienen.

Neben der direkten finanziellen Unterstützung der Zivilgesellschaft gibt es auch eine indirekte Form staatlicher Förderung. Diese ist vor allem für unabhängige NGOs von großer Bedeutung. Jede/r Steuerzahler/-in kann ein Prozent seiner Steuerlast für eine zivilgesellschaftliche Organisation spenden. Rund ein Drittel der Steuerzahler/-innen in Ungarn nutzt diese Möglichkeit.



Die Donau ist das verbindende Element zwischen vielen südost- und mitteleuropäischen Staaten. Hier die Donau und der Burgpalast in Budapest. Foto: pixabay.com

Es kann nicht verwundern, dass die politische Bildung unter diesen Vorzeichen einen schweren Stand hat. Das Niveau der politischen Bildung an den staatlich kontrollierten Schulen ist niedrig. Der außerschulischen politischen Bildung fehlt es an den nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen und an staatlicher Förderung. Selbst im Politik-Studium spielt politische Bildung als selbstständiges Fach keine Rolle. Schließlich zielen auch die EU-Förderlinien an den Erfordernissen und finanziellen Möglichkeiten der ungarischen Zivilgesellschaft vorbei.

Wenn es dennoch hoffnungsvolle Zeichen aus der ungarischen Zivilgesellschaft gibt, dann liegt das in der Politisierung der Zivilgesellschaft unter dem Druck des Staates begründet. Paradigmatisch sichtbar wird diese Politisierung an der Gründung von *Momentum* im Frühjahr 2017, einer Partei der jungen und von der nationalkonservativen Umwandlung ihres Landes abgestoßenen Wähler/-innen, in der sich auch die ehemalige Stipendiatin *Anna Orosz* engagiert.

Momentum ist aus der Protestbewegung gegen die Bewerbung Budapests für die Olympischen Spiele 2028 →

hervorgegangen. Als es der Bewegung gelang, ausreichend Stimmen für ein Bürgerreferendum zusammenzubringen, zog die Regierung das Vorhaben zurück. Dieser Erfolg und das Zurückweichen der politischen Machthaber veranlasste die jungen Aktivistinnen und Aktivisten zur Gründung einer Partei, deren Ziel die demokratische Reform des Landes ist. Getragen wird *Momentum* bis heute vorwiegend von jungen, oftmals im Ausland ausgebildeten Menschen, die trotz der bedenklichen Entwicklungen in Ungarn in ihrer Heimat bleiben und an der demokratischen Erneuerung des Landes mitarbeiten wollen.

Abschluss

Die Wünsche der Interviewpartner/-innen für die Zukunft ihres Landes in Europa und für Europa selbst sind vielfältig. Sie wünschen sich für den Prozess des Zusammenwachsens in Europa mehr Entschlossenheit der EU und ihrer Institutionen, auf die Durchsetzung demokratischer Werte in allen europäischen Ländern zu drängen. Sie wünschen sich auch konkrete Hilfe für die jungen Demokratien und ihre Zivilgesellschaften: Wissenstransfer, Projektkooperation und finanzielle Förderung. Und sie hoffen auf die Bereitschaft im Westen, Vorurteile gegenüber den Menschen in Mitteleuropa zu überwinden und deren Erfahrungen und Kenntnisse als Bestandteil eines gemeinsamen europäischen Wissensspeichers anzuerkennen und zu nutzen.

Sehr herzlich danke ich meinen Interviewpartner/-innen *Giorgos Monogioudis*, Griechenland, *Mari Agarmaa*, Estland, *Irina Ilisei*, Rumänien, *Svetlana Kirova*, Bulgarien, *Mario Plešej* Slowenien sowie *Anna Orosz* und *Gabor Polyak*, Ungarn. Sie sind nach dem Stipendium in Deutschland in ihre Heimatländer zurückgekehrt oder stehen kurz davor, wieder dort zu leben. Sie sind engagierte und überzeugte Europäerinnen und Europäer und wollen dazu beitragen, die Demokratie in ihren Ländern zu stärken.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017

Zur Autorin



Christiane Toyka-Seid ist mit ihrer Agentur CTS text-line seit mehr als 20 Jahren in der politischen Bildung tätig. Sie war Koordinatorin des Stipendiatenprogramms „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“, das von 2008–2016 von der bpb gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung durchgeführt wurde. Zuletzt erstellte sie im Herbst 2017 für das Projekt des Bundesausschusses für politische Bildung e. V. (bap) „Empowered by Democracy“ den Bericht zu Maßnahmen und Projekten im Themenbereich Flucht und Migration. toyka-seid@t-online.de

Literatur

- Andersen, Stefania u. a. (2017):** Romania 2017 Sectorul neguvernamental – profil, tendinte, provocari. Bukarest: FDSC
- Anetzberger, Martin (2013):** Bulgarien hat jetzt eine Zivilgesellschaft. In: Süddeutsche Zeitung vom 25.07.2013; www.sueddeutsche.de/politik/proteste-gegen-regierung-bulgarien-hat-jetzt-eine-zivilgesellschaft-1.1730220
- Bruderer, Urs (2017):** Ein Sieg für die rumänische Zivilgesellschaft. SRF vom 05.02.2017; www.srf.ch/news/international/ein-sieg-fuer-die-rumaenische-zivilgesellschaft
- Fehr, Helmut (2004):** Eliten und Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa. In: APuZ B 5–6/2004; www.bpb.de/apuz/28545/eliten-und-zivilgesellschaft-in-ostmitteleuropa
- Lange, Michael A./Matanovic, Ivan (2015):** Überbrückung der Kluft zwischen der Politik und der slowenischen Zivilgesellschaft. Veranstaltungsbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Kroatien, Oktober 2015; www.kas.de/wf/doc/kas_43810-1522-1-30.pdf?160107105820
- Otto, Thomas (2017):** Estland. Die digitale Lokomotive Europas. Deutschlandfunk vom 01.01.2017; www.deutschlandfunk.de/estland-die-digitale-lokomotive-europas.1773.de.html?dram:article_id=390023
- Racz, Tibor (2017):** Protest in Ungarn. Eine selbstbewusste Bevölkerung. In: taz, die tageszeitung vom 14.04.2017; www.taz.de/!5398132
- Schreier, Christian (Hrsg.) (2015):** 25 Years After: Mapping Civil Society in the Visegrad Countries (Maecenata Schriften 11). Berlin: De Gruyter Oldenbourg
- Sieg, Martin / Avram, Andrei (2017):** Umstrittene Aushöhlung der Korruptionsbekämpfung in Rumänien löst Proteste aus. Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Rumänien; www.kas.de/rumaenien/de/publications/47810
- Spiegel Online (2017):** Umstrittenes NGO-Gesetz. EU-Kommission leitet Verfahren gegen Ungarn ein. In: Spiegel Online vom 13.07.2017; www.spiegel.de/politik/ausland/eu-kommission-eroeffnet-verfahren-gegen-ungarn-wegen-ngo-gesetz-a-1157563.html
- Wrobel, Ralf M. (2014):** Estland. In: Heydemann, Günther / Vodička, Karel (Hrsg.): Vom Ostblock zur EU: Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 17–45

Jeunes Indépendants Démocrates – Zivilgesellschaft in Tunesien

Ein Praktikum beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten



Ines Abid beim IFA-Treffen in Stuttgart Foto: IFA

Seit Anfang September 2017 ist Ines Abid als Praktikantin in der AdB-Geschäftsstelle in Berlin tätig. Sie ist im Rahmen des CrossCulture Programms (CCP) des Instituts für Auslandsbeziehungen (IFA) für ca. drei Monate in Deutschland, um die politische Bildung, verschiedene Konzepte, Netzwerke und Projekte kennenzulernen und Erfahrungen für ihr eigenes zivilgesellschaftliches Engagement in Tunesien zu sammeln. Sie berichtet im Folgenden von ihrem Hintergrund und den ersten Erfahrungen:

Im Jahr 2011 hat Tunesien den „Tunesischen Frühling“ erlebt, der schnell zu einem „Arabischen Frühling“ wurde. Als junge Erwachsene, interessiert an den politischen Veränderungen meines Landes, habe ich zusammen mit ein paar Freunden, die mit verschiedenem Hintergrund aus unterschiedlichen Bereichen kommen, 2011 die Organisation „Jeunes Indépendants Démocrates (JID)“ gegründet. Wir waren junge Erwachsene, die der tunesischen Jugend helfen wollten, die Bedeutung der Demokratie besser zu verstehen.

Die Ziele von JID sind die Entwicklung politischer Jugendbildung, die Stärkung des demokratischen Bewusstseins sowie die Entwicklung nationaler und internationaler Netzwerke. JID ist es wichtig, gemeinsam mit den jungen Menschen die Demokratie zu schützen.

Seit der Gründung von JID arbeite ich als Freiwillige in der Organisation mit. Über JID bekam ich die Gelegenheit, an vielen Austauschen zwischen tunesischen und deutschen Aktivisten teilzunehmen. Im Rahmen dieser Austausche habe ich mit dem Arbeitskreis deutscher Bil-

dingsstätten zusammengearbeitet. Gemeinsam organisierten wir das deutsch-tunesische Austauschprogramm „Matters Gender“. Diese Zusammenarbeit war so spannend für mich, dass ich diese Organisation gern durch ein Praktikum näher kennenlernen wollte.

Das CrossCulture Programm (CCP) war für mich dafür eine hervorragende Möglichkeit. CCP ist ein Austauschprogramm, das Praktika für junge Berufstätige und freiwillig Engagierte aus verschiedenen Ländern und aus Deutschland ermöglicht. Durch den Arbeitsaufenthalt im jeweils anderen Kulturkreis werden internationale Erfahrungen gesammelt und interkulturelle Kompetenzen aufgebaut.

Seit Anfang September bin ich nun in Deutschland und im AdB unterwegs. Ich kann lernen, wie ein starkes Netzwerk funktioniert, wie eine Organisation über viele Jahre bestehen kann und immer wieder neue Konzepte, Projekte und Lerntools entwickelt.

Ich habe die Chance, an verschiedenen Veranstaltungen der Fachkommissionen teilzunehmen. Folgende Fragen fand ich dabei besonders spannend:

- In der Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit wurden die Herausforderungen diskutiert, vor denen die politische Bildung mit Blick auf Gender-Gerechtigkeit und Diskriminierungen aller Art steht.
- Das Thema in der Kommission Jugendbildung war: Was heißt politische Bildung heute? Was können wir als Zivilgesellschaft im Bereich der Jugendbildung tun, um ein demokratisches Bewusstsein zu wecken und die Werte der Demokratie zu stärken? Was können wir gegen den Rechtsextremismus und Rechtspopulismus tun?

Diese Themen fand ich sehr interessant, weil wir in Tunesien die gleichen Gefahren durch verschiedene Arten von politischem Extremismus haben. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass politische Bildung und demokratisches Bewusstsein wichtige Wege zum Erhalt der Vielfalt und zur Stärkung der Demokratie sind.

Politische Bildung und Zivilgesellschaft

Politisches Lernen im, für und durch Engagement

Zivilgesellschaft ist eine Arena für vielfältiges Engagement. Zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren sich oft mit einem breiteren Handlungsrepertoire – ein Teil davon kann auch politische Bildung sein. Sie wählen dabei oftmals Zugänge, die nah an den Erfordernissen des jeweiligen Engagementfeldes liegen und verfügen über ein breites Spektrum an Umsetzungsformen, die denen der klassischen Träger politischer Bildung nahe sind. „Klassische“ Träger leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements – und sind nicht selten selbst Teil zivilgesellschaftlicher Strukturen. Gleichwohl ergeben sich aus dieser Ambivalenz von politischer Bildung und zivilgesellschaftlichem Engagement auch Widersprüche.

von Rasmus Grobe

„Zivilgesellschaft“ hier – „politische Bildung“ dort?

Die Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ legt ein weites Verständnis bürgerschaftlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Engagements zu Grunde und zählt dazu politisches und soziales Engagement, Aktivitäten in Vereinen, Verbänden und Kirchen, die Übernahme öffentlicher Funktionen (z. B. Schöffen), Formen der Gegenseitigkeit (z. B. Nachbarschaftshilfen), Selbsthilfe und Engagement in und von Unternehmen (Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility) (vgl. Deutscher Bundestag 2002, S. 65 f.). Allerdings wird „Zivilgesellschaft“ mitunter in der öffentlichen Debatte eine Akteursqualität und zudem eine normative Konnotation zugesprochen: „die gute Zivilgesellschaft“ – diesem Verständnis möchte ich zumindest teilweise widersprechen: Schon die vielzitierte Beschreibung von *Alexis de Tocqueville* (1985, S. 248 ff.) über die „Demokratie in Amerika“, in denen er die freiwilligen Vereinigungen beschreibt, in denen Bürger/-innen sich zusammenschließen, verweist darauf, dass das Wesen von Zivilgesellschaft Vielfalt ist. Im englischsprachigen Diskurs ist der Begriff „Civil Society Organisations“ gebräuchlich, der damit die Organisationen als Akteure eigener Qualität benennt.

In dieser Sphäre von Gesellschaft, die nicht Staat ist, in der aber durchaus politisch gedacht und gehandelt wird, gibt es Widersprüche und Gegensätze. Sie ist somit ein Terrain für politische Auseinandersetzung und Konflikt. „In der Zivilgesellschaft müssen Differenzen und Spannungen ausgehandelt, aber auch ausgehalten werden.“ (Marg et al. 2016, S. 145)

Und im Verständnis von *Antonio Gramsci* ist Zivilgesellschaft auch das Terrain von gesellschaftlicher Hegemonie, also Ausdruck von Machtverhältnissen. Mit einem solchen Verständnis von Zivilgesellschaft als Terrain von politisch-gesellschaftlicher Artikulation und Engagement mit der Möglichkeit von Widersprüchlichkeit und Konflikt ergibt sich eine interessante Perspektive in Bezug auf politische Bildung. Denn diese ist ebenfalls kein „neutraler Beobachter“ – sie ist ebenso heterogen und steht mit Zivilgesellschaft in Beziehung bzw. ist Teil von ihr.¹

¹ In diesem Sinne folgt das politische Bildungsverständnis den Positionen der „Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung.“: <https://sozarb.h-da.de/politische-jugendbildung/frankfurter-erklaerung>; Letzter Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 10.09.2017.

Vielschichtiges Handlungsspektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen

Das zivilgesellschaftliche Handlungsspektrum ist immens breit. Am Beispiel des jüngsten Engagements in der Arbeit mit Geflüchteten kann dies aktuell sehr gut nachvollzogen werden: Hier haben sich innerhalb kürzester Zeit Initiativen neu gegründet oder bestehende Organisationen haben ihr Spektrum den Bedarfen angepasst. Das Spektrum reicht dabei von der Bereitstellung und Organisation von Wohnungen und Unterkünften, über Gesundheitsförderung, psychosoziale Beratung und Traumabewältigung, Rechtsberatung und Amtshilfe, Bildung und Ausbildung, Arbeitsvermittlung, Kinder- und Jugendarbeit, digitale Hilfen, über die Organisation von Freizeitprojekten im Bereich Kunst, Kultur und Sport, Integration und Inklusion bis hin zu Selbstorganisation und Empowerment sowie Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit (vgl. Schiffauer/Eilert/Rudloff 2017).

Dabei ist es selten so, dass zivilgesellschaftliche Organisationen sich auf einen einzigen *modus operandi* beschränken. Hierzu ein Beispiel: Im August 2015 – als überall in Deutschland immer mehr Geflüchtete nach Deutschland kamen, gründeten engagierte Bürger/-innen in der Kleinstadt Verden/Aller eine Facebook-Gruppe unter der Überschrift „Verden hilft“ (www.verden-hilft.de). Der virtuelle Aufruf verlagerte sich schnell in die „Offline“-Welt: „Die Initiative war ursprünglich zur Organisation des ersten Begegnungsfestes unter dem Titel *Herzlich welcome – Vielfalt leben* zusammengekommen, das Geflüchtete und Verdener Mitbürger zusammenführen und Einblicke in verschiedene Kulturen schaffen sollte. Innerhalb weniger Wochen wurde das Fest von etwa 50 Ehrenamtlichen auf die Beine gestellt“ – mit einem bunten Programm und 2.500 Teilnehmenden aus vielen Teilen der Bevölkerung und zahlreichen Aktionen (Verden Hilft 2017). Doch das war nur der Anfang – der Landkreis wandte sich an die Initiative: Man brauchte Hilfe in den Notunterkünften. „In der ersten Zeit waren ständig Mitglieder von *Verden hilft e. V.* in der Sporthalle, halfen bei der Essensausgabe, der Kleiderannahme und betreuten fast täglich die Kinder und Jugendlichen in einem separaten Raum. Zudem konnten wir über unsere Facebook-Seite viele Freiwillige erreichen, die ihre Hilfe anboten.“ (Ebd.) In Unterkünften wurden Spielecken eingerichtet und Vereinsmitglieder unterstützten bei Behördengängen. Eine Kleiderkammer wurde eingerichtet und dafür Kleiderspenden aus der Bevölkerung gesammelt. Eine weitere Willkommensveranstaltung wurde organisiert – und es kam eine wichtige Erweite-

rung des Aktivitätsspektrums hinzu: „Um dem Halbwissen, das vor allem in sozialen Netzwerken verbreitet wird und häufig schlecht recherchiert ist, entgegenzuwirken und Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Flüchtlingssituation im Landkreis zu leisten,“ wurde eine Informationsveranstaltung organisiert und die Öffentlichkeitskampagne „Verden zeigt Gesicht“ organisiert. Hier ließen sich Bürger/-innen fotografieren, die ein Zeichen gegen Fremdenhass setzen wollten – die Bilder wurden öffentlich mit einem Zitat ausgestellt. Durch Mitarbeit im Präventionsrat wirkt der Verein zudem bei der Bearbeitung aktueller Herausforderungen der Integration mit.

Ähnliche Beispiele gibt es überall in Deutschland – das Engagement vieler Menschen in Projekten und Initiativen gegen Rechtspopulismus einerseits und in Projekten für und mit Geflüchteten in den letzten Jahren andererseits wurde zu Recht als „helle Seite der Zivilgesellschaft“ (Marg et al. 2016) gewürdigt und dokumentiert.² Die Beispiele zeigen aber auch ein wichtiges Charakteristikum zivilgesellschaftlichen Engagements: Das Handlungsspektrum mag von mildtätiger Hilfe, über Bereitstellung von Dienstleistungen bis zur Hilfe zur Selbsthilfe (Empowerment) reichen – oft gehört eine Komponente von politischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit dazu, die jenen Aktivitäten ähnelt, wie sie Träger der politischen Bildung organisieren. Einige weitere Beispiele sollen dies noch deutlicher machen.

Bildung in Bewegung: Räume für Diskurse

Das globalisierungskritische Netzwerk *Attac* versteht sich seit seiner Gründung als „Bildungsbewegung mit Aktionscharakter“ – wobei Bildungsarbeit tatsächlich einen bedeutsamen Teil der Aktivitäten ausmacht – deutlich wird dies vor allem auf der lokalen Ebene: Da werden Vorträge und Diskussionsveranstaltungen organisiert, sogar Lesekreise gibt es. Auf überregionaler Ebene organisiert *Attac* seit vielen Jahren eine „Sommerakademie“ mit mehreren hundert Teilnehmenden, davon kommt etwa die Hälfte jeweils erstmals auf eine solche Veranstaltung: eine Woche Podiumsdiskussionen, inhaltliche und methodische Workshops und ein Ort, an dem auch inhaltliche Kontroversen ausgetragen werden, so z. B. die Frage, ob Organisationen wie die Welthandelsorganisation überhaupt reformfähig sind oder eine grundlegende Veränderung des Weltwirtschaftssystems möglich und anstrebenswert sei. →

² Vgl. die Zusammenstellung von 90 beispielhaften Projekten mit und für Geflüchtete bei Schiffauer/Eilert/Rudloff 2017.

Fünfmal haben Organisationen aus dem Umwelt-, Entwicklungs-, und globalisierungskritischen Bereich (Attac, Brot für die Welt, BUND, EED, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, Heinrich-Böll-Stiftung und terre des hommes) den Kongress *Mc.Planet.com* mit 1.500 bis 2.000 Teilnehmenden veranstaltet – mit dem Ziel, umwelt- und globalisierungskritische bzw. entwicklungspolitische Diskurse miteinander zu verzahnen. Auch hier wieder: hochkarätige Panels und z. T. sehr kontroverse Debatten, inhaltliche und methodische Workshops – und am Ende sehr motivierte Teilnehmende aus verschiedensten zivilgesellschaftlichen Kontexten, teilweise auch solche, die vorher gar nicht engagiert waren.

Ein anderes Beispiel für derartige Tagungen sind solche Veranstaltungen, in denen zuvor eher unscharfe politisch-gesellschaftliche Diskurse zusammengeführt wurden – und diese am Ende sogar zur Gründung von zivilgesellschaftlichen Organisationen führten. So geschehen nach der Tagung „Gesteuerte Demokratie“, die die *Bewegungsakademie* 2004 organisierte – im Nachgang gründete sich die mittlerweile bekannte NGO *LobbyControl* (www.lobbycontrol.de), die die Einflussnahme von Lobbyisten auf politische Prozesse thematisiert. Nach ähnlichem Muster gründete sich nach dem von der *Bewegungsakademie* gemeinsam mit vielen Initiativen organisierten Kongress „Solidarische Ökonomie“ 2006 das bundesweite *Netzwerk Solidarische Ökonomie* (www.solidarische-oekonomie.de).

Ist das politische Bildung?

Das globalisierungskritische Netzwerk *Attac* machte in den letzten Jahren nicht nur durch politische Kampagnen- und Bildungsarbeit Schlagzeilen, sondern auch dadurch, dass der Organisation die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde. Begründung: Das, was *Attac* macht, sei nicht politische Bildung – für letzteres war aber der ursprüngliche Freistellungsbescheid ausgestellt. Die folgende – und noch immer nicht abgeschlossene – gerichtliche Auseinandersetzung dokumentiert anschaulich eine Kontroverse, die an anderer Stelle seit vielen Jahren geführt wird: Was ist eigentlich politische Bildung? Und noch viel grundlegender: Was ist eigentlich Politik?

Attac – wie viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen – steht dabei vor einem Dilemma: In der Regel operieren die Organisationen nicht nur in einem Handlungsbereich, sondern mehreren. Ein Teil davon ist Bildungsarbeit, andere vielleicht Öffentlichkeits- oder sogar politische Kampagnenarbeit. Das noch nicht rechtskräf-

tige Urteil des 4. Senats des Finanzgerichts Kassel, mit dem es die Aberkennung der Gemeinnützigkeit aufhob, enthält eine interessante Aussage zur Bandbreite politischer Bildung: „Das Gericht sagt, Bildungsarbeit beinhalte nicht nur die Darstellung des Status quo, sondern auch die Darstellung und Erarbeitung alternativer Modelle. Um wahrgenommen zu werden, können Sachverhalte auch verkürzt, zugespitzt oder mit drastischen Formulierungen dargestellt werden.“ (Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung 2017a). Dieses Urteil wurde seitens des Finanzamts Frankfurt (hintergründig aber vermutlich vom Bundesfinanzministerium) angefochten. Die Begründung liest sich wie eine Zensur nicht nur von politischer Bildung, die von zivilgesellschaftlichen Akteuren organisiert wird, sondern wie eine Absage an jegliches zivilgesellschaftliches Engagement, das zum Ziel hat, Politik und Gesellschaft zu einem Besseren zu verändern. Das Finanzamt hängt sich insbesondere an jener Gerichtsformulierung auf, demnach in der politischen Bildung „nicht nur die Darstellung des Status quo erlaubt (ist), sondern es ist



Politisches Aktionstheater Foto: Till Baumann

vielmehr geboten, gesellschaftspolitische Themen aufzugreifen und auch Alternativen aufzuzeigen.“ Das Ministerium beklagt, dass dadurch „Körperschaften, deren Satzung als gemeinnützigen Zweck ‚Förderung der Bildung‘ [sic!] beinhaltet, sich – gemeinnützigkeitsrechtlich unbedenklich – in einem gesellschaftspolitischen Diskurs zu einem breiten Themenspektrum politisch äußern können“ (ebd., S. 8). In der Beschwerdebegründung wird behauptet: „Die Darstellung von alternativen Lösungsansätzen für gesellschaftspolitische Themen ist klassische Aufgabe der politischen Parteien.“ (Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung 2017b) In dieser Logik wäre Politik allein Parteien vorbehalten, politische Bildung müsste sich auf

eine rein deskriptiv-reflexive Rolle beschränken und zivilgesellschaftliches Engagement sich mit helfenden Aufgaben begnügen, aber auf keinen Fall die Verhältnisse kritisieren. Gegen diese restriktive Auffassung hat sich mittlerweile ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen formiert – die *Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung*. Derzeit gehören fast 80 Vereine und Stiftungen der Allianz an – von *Amnesty International*, über *Brot für die Welt*, der *Humanistischen Union* und *Mehr Demokratie* bis hin zu *Robin Wood*.

Politische Bildung wird auch im Verständnis derer, die in zivilgesellschaftlichen Organisationen Bildungsarbeit betreiben, als ein Terrain verschiedener Formen von Bildungsaktivitäten begriffen, die sich um politische Inhalte gruppieren.

Auch wenn es hier vordergründig um die steuerliche Betrachtung der Gemeinnützigkeit einer zivilgesellschaftlichen Organisation im Spannungsfeld von politischer Bildung und politischer Willensbildung geht: Die Kontroverse, um die es dabei in Bezug auf die politische Bildung bekanntermaßen geht, ist schon alt (Stichwort: Beutelsbacher Konsens).

Politische Bildung im Verständnis dieses Artikels ist nicht ausschließlich zu begreifen als die Gesamtheit der (anerkannten) Träger politischer Bildung und der Professionellen, die sich „Politische Bildner/-innen“ nennen, sondern politische Bildung wird auch im Verständnis derer, die in zivilgesellschaftlichen Organisationen Bildungsarbeit betreiben, als ein Terrain verschiedener Formen von Bildungsaktivitäten begriffen, die sich um politische Inhalte gruppieren – mit entsprechend handelnden Personen und Organisationen. Ganz im Sinne dieser Definition der *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb*: „Politische Bildung wird von Dozentinnen, Lehrern, Sozialpädagoginnen, Verwaltungsmitarbeitern, Medienleuten, Künstlerinnen und vielen anderen gemacht. (...) Sie findet in Tagungsstätten statt, auf der Straße mit Blick in das Smartphone, in der Schule, vor dem Fernseher, im Theater und an zahllosen anderen Orten. Politische Bildung kann informell – unab-

sichtlich, nebenher – geschehen.“ (bpb 2017) Oder absichtlich und geplant.

Viele Aktivitäten politischer Bildung werden dabei auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen angeboten und durchgeführt – und der Übergang zwischen „der“ politischen Bildung und „der“ Zivilgesellschaft ist somit fließend.

Lernen in Bewegung: Nah dran an Themen und Zielgruppen

Wegen der größeren Nähe zu „angesagten“ Themen und Zielgruppen gelingt es zivilgesellschaftlich „selbstorganisierten“ Bildungsangeboten eher, „aktuell“ zu sein – gut zu beobachten war das in der Hochzeit der globalisierungskritischen Bewegung und der Gründung von *Attac Deutschland* Mitte der 2000er Jahre: Am aktuellsten war natürlich *Attac* selbst mit Themensetzungen auf eigenen Veranstaltungen wie der Sommerakademie – weil die in den aktuellen Debatten, politischen Prozessen und Kampagnen Engagierten teilweise selbst an der Vorbereitung der Bildungsveranstaltungen mitwirkten oder die Kommunikationswege entsprechend kurz waren; etwas versetzt kamen bewegungsnahe Akteure wie die *Bewegungsakademie*, die in dieser Zeit kurzfristig mit einer halbjährlichen Programmplanung auf die Nachfrage nach Seminaren wie „1&1 der Globalisierung“ reagierte. Mit teilweise erheblichem Zeitversatz folgten dann Bildungsstätten, die in ihrem nächsten Jahresprogramm dann auch etwas zu den „aktuellen“ globalisierungskritischen Themen anbieten wollten.

Dieses Phänomen der „nachholenden“ Bildungsarbeit ist nicht neu. So beschreibt *Wolfgang Beer* in seinem Buch „Lernen im Widerstand“ die etwas eifersüchtige Reaktion etablierter Bildungseinrichtungen auf die im Rahmen des Widerstands gegen des *AKW Wyhl* gegründete alternative *Volkshochschule Wyhler Wald*: Der Leiter der Volkshochschule aus einer nahegelegenen Stadt „war auf zwei Veranstaltungen von uns mit jeweils 120 Leuten. Zu seinen Veranstaltungen kommen höchsten bis 15–20. Er ist vor Neid erblasst. Er hat dann versucht, sich an uns anzuhängen, Theatergruppen aus dem Elsass einzuladen usw.; vermutlich jedoch nicht, um uns zu unterstützen, sondern um mehr Leute für sich zu erreichen.“ (Beer 1978, S. 140)

Selbstorganisiertes Lernen und Lehren

Das Phänomen, dass Soziale Bewegungen ³ oft große Anstrengungen im Bildungsbereich unternehmen, lässt →

3 Im Verständnis dieses Artikels sind Soziale Bewegungen selbstverständlich Teil der Zivilgesellschaft.

sich an vielen Beispielen besichtigen: So gingen Studentinnen-/Studenten-Proteste (z. B. zuletzt gegen Studiengebühren) oft einher mit der Organisation alternativer Bildungsangebote; die Proteste gegen den Braukohle-Abbau im Rheinland wurden von Klimacamps mit einem reichhal-



Plenum während des Kongresses McPlanet.com

Foto: GuentherHH; CC BY-ND 2.0

tigen Workshop-Programm und einer *degrowth-Summer School* begleitet. Dabei sind die Organisatorinnen und Organisatoren in der Regel keine „Profis“, was aber nicht heißt, dass hier keine didaktische Kompetenz und „professionelle“ Distanz und Reflexion vorhanden ist. So finden sich z. B. in der (ehrenamtlichen) Bildungskoordination von *Attac* auch Engagierte mit pädagogischem Hintergrund. Und gleichzeitig findet gemeinsames didaktisches Lernen statt. So basiert die Planung der *Attac-Sommerakademien* auf der Evaluation und gemeinsamen Reflexion der vorangegangenen Veranstaltung – zugleich wachsen jährlich neue Ehrenamtliche, die zuvor nur „Lernende“ waren, in den Kreis der Organisatorinnen/Organisatoren hinein.

Die Möglichkeit eines gleitenden Übergangs vom Lernenden zum Lehrenden bzw. zum/zur Teamer/-in ist allerdings ein Charakteristikum vieler Angebote für Multiplikatorinnen/Multiplikatoren freier Träger. Viele Jugendverbände bieten ihren Jugendlichen Möglichkeiten, in Leitungsrollen hineinzuwachsen, aber eben auch z. B. Teamer/-in oder Multiplikator/-in im Rahmen von Projekten zu werden, die sich z. B. an andere Jugendliche oder auch Erwachsene richten. So bietet das Projekt „Weltbewusst“ der *BUNDjugend* (www.bundjugend.de/projekt/weltbewusst) Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit „konsumkritische/r Stadtführer/in“ zu werden – ein Angebot, das mittlerweile in mehreren Städten Teams solcher alternativen Stadtführer/-innen hat entstehen lassen.

Lernen durch Engagement

Erst in den letzten Jahren ist informelles Lernen als wesentliche Quelle für Kompetenzerwerb in den Fokus gerückt. Ein besonderer Aspekt davon ist das Lernen durch (politisches) Engagement (vgl. Grobe 2011). *Stefan Hansen* abstrahierte in einer vergleichenden Untersuchung von Engagement in *Vereinen* verschiedene „Lerninhalte“ und bestimmt dabei (1) tätigkeitsbezogenes und allgemeines Fachwissen, (2) Gesellschaftswissen, (3) personenbezogene Eigenschaften und soziale Kompetenzen und (4) Organisationsfähigkeiten als zentrale Lernkategorien (vgl. Hansen 2008, S. 79 ff.).

Wiebken Dux (2007) unternahm bei der Auswertung der Befunde ihrer empirischen explorativen Untersuchung zum Kompetenzzugewinn von Jugendlichen im freiwilligen Engagement eine Einbettung in den Kompetenzdiskurs und entwickelte ein analytisches Raster zur Einordnung verschiedener im Engagement erworbener personen- und sachbezogener Kompetenzen. *Susanne Rodemann* (2009) stellte in einer empirischen Untersuchung zum freiwilligen

Viele Träger der politischen Bildung und Bildungsstätten beziehen sich auf zivilgesellschaftliches Engagement als Bezugsrahmen ihrer Bildungsarbeit.

Engagement bei *Greenpeace* Bezüge zu den Teilkompetenzen der im Diskurs „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ postulierten „Gestaltungskompetenz“ (vgl. de Haan 2008) her und konnte dabei die Aussagen der Jugendlichen zu ihren Engagement-Erfahrungen mit dem Erwerb verschiedener Teilkompetenzen in Verbindung bringen. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Bedeutung von informellem Lernen im (politischen) Engagement hat aber gerade erst begonnen. Gleichzeitig mehren sich die Versuche, dieses Lernen – etwa durch Kompetenzbilanzen – sichtbar zu machen.⁴

4 Z. B. die Kompetenzbilanz aus freiwilligem Engagement; www.dji.de/fileadmin/user_upload/5.../KB_Kompetenzbilanz_281206.pdf

Träger politischer Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement

Nähern wir uns von der anderen Seite: Viele Träger der politischen Bildung und Bildungsstätten beziehen sich auf zivilgesellschaftliches Engagement als Bezugsrahmen ihrer Bildungsarbeit. Die Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ist dabei ein wesentliches Element dieser Arbeit, die sich nicht nur bei den Politischen Stiftungen findet (z. B. Akademie für Management und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, www.fes-mup.de, oder Green Campus der Heinrich-Böll-Stiftung, <http://greencampus.boell.de/de>), sondern spezifisch bezogen auf konkrete Rollen und Tätigkeiten im zivilgesellschaftlichen Engagement auch bei anderen politischen Bildungsträgern. Dabei haben Bildungsträger, die einen thematischen Schwerpunkt haben, in der Regel auch ihre spezifischen zivilgesellschaftlichen Bezugspunkte.

Ein Beispiel ist die *Kurve Wustrow* (www.kurvewustrow.org): Der Bildungsträger mit eigenem Haus im Wendland ist aus der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung und des regionalen Widerstands gegen das geplante Endlager für Atommüll in Gorleben im Wendland entstanden und versteht sich bis heute als aktiver Teil davon – in erster Linie aber als politischer Bildungsträger. Friedens- und Konfliktarbeit – auch im internationalen Kontext – ist einer der großen Schwerpunkte des Vereins. Hier engagiert er sich seit Jahren für und im Zivilen Friedensdienst, qualifiziert aber beispielsweise auch Multiplikatorinnen/Multiplikatoren in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Kontexten für die Moderation von Konflikten. Basis war die praxisnahe Beobachtung, dass viele politische Initiativen an Konflikten leiden oder daran sogar scheitern.

Die *Bewegungsakademie* (www.bewegungsakademie.de) organisiert seit vielen Jahren in Kooperation mit dem *Deutschen Naturschutzring* – dem Dachverband der Tier-, Naturschutz- und Umweltschutzverbände – das Weiterbildungsprogramm „Kurs Zukunftspiloten“ für junge Umweltengagierte (<https://zukunftspiloten.de>). Ehemalige Teilnehmende sitzen mittlerweile an einflussreichen Stellen in Umweltorganisationen, Forschungsinstituten oder auch Parteien, sogar zwei Mitglieder des Deutschen Bundestages sind dabei. Ein ähnliches Programm für Multiplikatoren der globalisierungskritischen Bildungsarbeit – die „Attacademie“ – führt die *Bewegungsakademie* jährlich in Kooperation mit *Attac* durch (www.attac.de/bildungsangebot/attacademie). Dabei geht es jeweils nach einer Auseinandersetzung und Analyse politisch-gesellschaftlicher Verhältnisse um das Entwickeln von politischer Handlungs-

und Vermittlungskompetenz. Methodisch geschieht dies vor allem durch die Arbeit an konkreten Projekten.

Auch aus dem Kreis der Mitglieder des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten* ließe sich eine lange Liste von Aktivitäten im Kontext von Stadtpolitik und Gemeinwesenarbeit erstellen. Beispielsweise in Kassel die Arbeit des Vereins *Die Kopiloten e. V.* (www.diekopiloten.de) mit medienpädagogischen Projekten, konsumkritischen Stadtrundgängen oder Organisation eines Repair-Cafés. Oder das Engagement des Hamburger Vereins *dock europe e. V.* (www.dock-europe.net), der unter anderem das Trainingsprogramm „Let’s organize education!“ für junge Menschen zwischen 17 und 27 Jahren mit Flucht- und/oder Migrationsgeschichte anbietet. Die Ausbildung liefert praktische Werkzeuge für die Jugendbildungsarbeit, sowohl für die Arbeit vor Ort als auch in internationalen Zusammenhängen. Oder die vielfältigen Aktivitäten des Vereins *Soziale Bildung e. V.* in Rostock (www.soziale-bildung.org), nicht nur zur Erinnerung des Pogroms in Lichtenhagen, sondern aktuell mit dem Modellprojekt „We come together“, das zum Ziel hat, in strukturschwachen, ländlichen Regionen nachhaltige und demokratiefördernde Bildungsprozesse umzusetzen. Die Liste ließe sich lange fortsetzen – Träger der politischen Bildung fördern zivilgesellschaftliches Engagement und agieren selbstverständlich als Teil und im Wechselspiel mit ihm. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017**

Zum Autor



Rasmus Grobe ist Diplom-Politologe und Vorstandsmitglied der Bewegungsakademie e. V. in Verden. Dort leitet er u. a. das Weiterbildungsprogramm „Kurs Zukunftspiloten“ für junge Umweltengagierte. Mit einem Teil seiner Zeit forscht er derzeit ferner zu selbstorganisiertem Lernen in der beruflichen Bildung, u. a. mit Digitalen Medien.

grobe@bewegungsakademie.de

→

Literatur

Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung (2017a):

Ungefähre Begründung der Finanzgerichts-Entscheidung zu Attac; www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/ungefaehre-begrueundung-der-finanzgerichts-entscheidung-zu-attac

Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung (2017b):

Über den Unterschied zwischen politischer Bildung und politischer Willensbildung; www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/begrueundung-nichtzulassungsbeschwerde-attac

Beer, Wolfgang (1978): Lernen im Widerstand. Politisches Lernen und politische Sozialisation in Bürgerinitiativen. Hamburg: Verlag Association

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.) (2017):

Wer macht was? In: Dossier politische Bildung; www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193228/wer-macht-was

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft. Berlin (Bundestags-Drucksache, 14/8900)

Düx, Wiebken (2007): „Aber so richtig für das Leben lernt man eher bei der freiwilligen Arbeit.“ Zum Kompetenzgewinn Jugendlicher im freiwilligen Engagement. In: Rauschenbach, Thomas / Düx, Wiebken / Sass, Erich (Hrsg.): Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimensionen der Bildungsdebatte. Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfeforschung. Weinheim: Juventa Verlag, S. 205–240 (2. Auflage)

Grobe, Rasmus (2011): Lernen im politischen Engagement im Übergang vom freiwilligen zum beruflichen Engagement. In: Gritschke, Hannah/Metzner, Christiane/Overwien, Bernd (Hrsg.): Erkennen – Bewerten – (Fair-)Handeln. Kompetenzerwerb im globalen Wandel. Kassel: kassel university press, S. 295–317

Haan, Gerhard de (2008): Gestaltungskompetenz als Kompetenzkonzept für Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: Bormann, Inka / Haan, Gerhard de (Hrsg.): Kompetenzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Operationalisierung, Messung, Rahmenbedingungen, Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23–44

Hansen, Stefan (2008): Lernen durch freiwilliges Engagement. Eine empirische Studie zu Lernprozessen in Vereinen. Heidelberg: Springer VS

Marg, Stine / Trittel, Katharina / Schmitz, Christopher / Koop, Julia / Walter, Franz (2016): NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript Verlag

Rodemann, Susanne (2009): Gestaltungskompetenz durch freiwilliges Engagement bei Greenpeace. In: Brodowski, Michael et al. (Hrsg.): Informelles Lernen und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Beiträge aus Theorie und Praxis. Schriftenreihe „Ökologie und Erziehungswissenschaft“ der Kommission Bildung für eine nachhaltige Entwicklung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE). Opladen: Budrich Verlag, S. 103–112

Schiffauer, Werner / Eilert, Anne / Rudloff, Marlene (2017): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: transcript Verlag

Tocqueville, Alexis de (1985): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart: Reclam

Verden hilft (2017): Geschichte des Vereins; www.verden-hilft.de/ueber-den-verein/historie-und-aktuelles

Die politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit – IJAB wird 50 Jahre

Interview mit Marie-Luise Dreber, Direktorin von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Außerschulische Bildung:

Zunächst: Herzlichen Glückwunsch zum 50. Geburtstag von IJAB! Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Meilensteine in der Geschichte von IJAB und – damit verbunden – in der Entwicklung der Internationalen Jugendarbeit in den letzten 50 Jahren?

Marie-Luise Dreber:

Vielen Dank für die guten Wünsche!

Zur Arbeit von IJAB über 50 Jahre hinweg gehören die vielen Partnerbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland, die wir im Auftrag des Bundesjugendministeriums mit Leben füllen konnten. Daraus sind unzählige internationale Partnerschaften der Zivilgesellschaft entstanden, die im Laufe der Jahre ganz wesentlich zu Versöhnung und Verständigung beigetragen haben.

Die Geschichte von IJAB und der Internationalen Jugendarbeit ist untrennbar mit der Zeitgeschichte verbunden. In den ersten Jahrzehnten gab es die großen Themen Versöhnung und Verständigung – aufgrund der Westintegration der alten Bundesrepublik im Wesentlichen mit unseren westlichen Partnern. Nicht grundlos wurde bereits vor IJAB das Deutsch-Französische Jugendwerk gegründet. Seit den Anfängen von IJAB gehörte Israel zu den wichtigen Partnern. Ab 1969 hatte die Entspannungspolitik Auswirkungen auf den Austausch mit der Sowjetunion und die anderen östlichen Nachbarn. Als die Sowjetunion 1991 zerfiel, haben wir die Nachfolgestaaten – vor allem im Baltikum – dabei unterstützt, demokratische Jugendstrukturen aufzubauen. In der Geschichte von IJAB hat außerdem Europa eine stetig wachsende Rolle gespielt. Das zeigt sich 1988 an der Ansiedlung von „JUGEND für Europa“ als deutsche Nationalagentur für das europäische Jugendprogramm und 1996

an der Ansiedlung von Eurodesk Deutschland als deutscher Zweig des europäischen Jugendberatungs- und Informationsnetzwerks bei IJAB.

In den beiden letzten Jahrzehnten hat sich IJAB grundlegend gewandelt. Von einem Austausch- und Besucherdienst, der bis in die 1990er Jahre vor allem im Rahmen der bilateralen Abkommen und Vereinbarungen der Bundesregierung tätig war, hat sich IJAB zu einer Fachstelle gewandelt, in der Fachkräftequalifizierung, Information und Beratung, die Anerkennung von Internationaler Jugendarbeit oder die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung, die Erschließung neuer Zielgruppen sowie die europäische jugendpolitische Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen. Im Verlauf dieser 50 Jahre haben sich Jugendarbeit und der Stellenwert Internationaler Jugendarbeit verändert. Die Internationale Jugendarbeit wurde als pädagogisches Arbeitsfeld entwickelt und fand folgerichtig 1991 Eingang in das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Wir haben aber auch die Internationalisierung unserer Gesellschaft erlebt, ein wichtiges Merkmal ist Migration. Das war vor der Gründung von IJAB der Zuzug der sogenannten Gastarbeiter, heute sind es die Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen. Aber auch im Kontext der fortschreitenden Globalisierung und des Zusammenwachsens Europas ist Deutschland vielfältiger, europäischer und internationaler geworden. IJAB hat es mit seinen Mitgliedern verstanden, diese Entwicklungen bewusst mitzugestalten und das Arbeitsfeld entsprechend weiterzuentwickeln.

Welchen Stellenwert nimmt dabei für Sie „Forschung und Praxis im Dialog: Internationale Jugendarbeit“ ein, bei dem ja der AdB in der Koordinierungsgruppe vertreten ist? →

Aus der Wirkungsforschung wissen wir zum Beispiel viel über den Zuwachs von individuellen Kompetenzen – Selbstbewusstsein, Kommunikationsfähigkeit, interkulturelle Kompetenz, Team- und Konfliktfähigkeit –, die Internationale Jugendarbeit bewirken kann. Aus der jüngsten europaweiten Studie des Sinus Instituts wissen wir aber auch, wie wenig Europa heute für junge Menschen eine Herzensangelegenheit ist. Wir brauchen also mehr gesellschaftsbezogene Aspekte in der Forschung – und zwar zugespitzt auf Internationale Jugendarbeit. Im Augenblick können wir nur bedingt quantifizieren, wie viele junge Menschen Angebote der Internationalen Jugendarbeit wahrnehmen. Und wir können nur ahnen, wer diejenigen sind, die es nicht tun und warum. Beide Fragestellungen sind gegenwärtig Gegenstand von Forschungsprojekten. Für uns ist es dabei wichtig, dass Jugendforschung zu Internationaler Jugendarbeit nicht abgenabelt von der Praxis stattfindet, sondern dass wir in der Lage sind, wissenschaftliche Erkenntnisse ins Arbeitsfeld zu spiegeln und umgekehrt aus der Praxis Impulse für künftige Forschungsfragen zu geben. Und hierbei ist das Netzwerk „Forschung und Praxis im Dialog: Internationale Jugendarbeit“ ein zentraler Akteur, der genau dies zum Ziel hat und mit dem wir gemeinsam (Forschungs-)Projekte entwickeln und mit Partnern gemeinsam umsetzen.

Die Idee der Europäischen Union ist derzeit gefährdet. Europaweit diskutieren deshalb Träger politischer Bildung den Wert eines menschenrechts- und demokratieorientierten solidarischen Europas und der Weltgemeinschaft. Menschen werden motiviert, sich mit der Zukunft Europas zu beschäftigen und Ideen für ein friedliches, gerechtes Miteinander zu entwickeln. Wie schätzen Sie den Beitrag der Internationalen Jugendarbeit und von IJAB hierzu ein? Welche Unterstützung kann IJAB in diesem Prozess geben?

Dieselben Diskussionen beschäftigen auch die Internationale Jugendarbeit. Für uns stellen die Fliehkräfte, die wir im Augenblick in Europa beobachten, und die Kräfte die von außen auf uns einwirken – beispielsweise aus Russland, China oder den USA –, verbunden mit der Frage, was das für die Zukunft junger Menschen bedeutet, eine der wichtigsten Herausforderungen dar. Auch wir stellen dem Rückfall in Nationalismus, Isolationismus und autoritären Gesellschaftsentwürfen Demokratie und Menschen- und Bürgerrechte gegenüber. Das bedeutet, dass wir der politischen Dimension der Internationalen Jugendarbeit besondere Beachtung schenken.

Bildungsstätten waren dabei schon immer wichtige Partner – auch deshalb, weil politische Bildung immer europäisch und international ausgerichtet war und viele Einrichtungen selbst Träger Internationaler Jugendarbeit sind. Durch die Möglichkeit des Perspektivwechsels in der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern erreichen wir ein größeres gegenseitiges Verständnis – eine wesentliche Grundlage für friedliches Zusammenleben. Und wir diskutieren die Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam mit unseren Partnern und werden gemeinsam aktiv. Hierbei spielen die europäischen Bildungsprogramme und die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle.

Wie weit wir mit unserem gemeinsamen Engagement kommen, wird auch davon abhängen, inwieweit Politik und Gesellschaft Internationale Jugendarbeit als wichtiges Lernfeld für Demokratie, Partizipation, Toleranz, Solidarität und Menschenrechte verstehen und unterstützen. Mit der derzeitigen finanziellen Förderung erreichen die Träger der Internationalen Jugendarbeit nur eine Minderheit der jungen Menschen. Wenn die Aussage, die Angebote der Internationalen Jugendarbeit allen Jugendlichen zugänglich zu machen, ernst gemeint ist, dann wird die Politik sich in Sachen finanzieller Förderung bewegen müssen.

Für den AdB und die „Außerschulische Bildung“ ist der Anteil politischer Bildung in der Internationalen Jugendarbeit von besonderer Bedeutung. Wie kann die politische Bildung in diesem Feld gestärkt werden?

Internationale Jugendarbeit hat immer eine politische Komponente. Innen- und außenpolitische Strukturen und Zusammenhänge bilden sich in internationalen Begegnungen ab. Sie können dort diskutiert werden, und es kann auf der Ebene der Begegnung junger Menschen nach Lösungen gesucht werden, die Politik nicht immer bereithält. Viele Angebote sind ohnehin schon explizit politisch. Beispielsweise im Bereich der Erinnerungsarbeit, im Austausch mit ehemals von Deutschland besetzten Ländern oder in der Arbeit mit jungen Geflüchteten. Die Wirksamkeit von politischer Bildung in der Praxis von Austausch und Begegnung hängt auch davon ab, inwieweit beispielsweise Teamer/-innen einer Jugendbegegnung nicht nur in der Lage sind, den politischen Anteil der Begegnung – der immer gegeben ist – zu erkennen, sondern ihn auch methodisch anzugehen und zum Gegenstand der Begegnung zu machen und ihn mit den Teilnehmer/-innen zu reflektieren. Hierin sehen wir eine wichtige Aufgabe im Rahmen unserer Qualifizierungsangebote. Qualifizierung erscheint mir zudem als ein Be-

reich, in dem das Arbeitsfeld politische Bildung besonders stark ist und wo wir noch enger zusammenarbeiten sollten.

Worin sehen Sie den besonderen Beitrag der Internationalen Jugendarbeit zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe?

Die Internationale Jugendarbeit nimmt eine Vorreiterrolle bei der Internationalisierung der Kinder- und Jugendhilfe ein. Gerade auf kommunaler Ebene ist inzwischen die Erkenntnis gewachsen, dass auch dann, wenn man sich selbst nie für die Welt interessiert hat, die Welt längst im eigenen Zuhause angekommen ist. Selbst im ländlichen Raum haben wir inzwischen einen Migrationsanteil von bis zu 11 % und in den städtischen Ballungsräumen natürlich erheblich mehr. Kommunalverwaltungen und -politik können versuchen, das zu ignorieren, dann schaffen sie genau die Konflikte, die sie vermeiden möchten. Oder sie versuchen die Kommune für eine internationale Wirklichkeit, den Umgang mit Diversität und interkulturellem Lernen zu öffnen – viele versuchen das inzwischen. Das betrifft dann alle Bereiche des öffentlichen Lebens und selbstverständlich auch die Kinder- und Jugendhilfe – die Jugendbildung, die Jugendzentren, die Kindertagesstätten, die Hilfen zur Erziehung, den Übergang von der Schule in Arbeit und Ausbildung. Internationale Jugendarbeit hat hier in doppelter Hinsicht etwas anzubieten: pädagogische Konzepte für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und den europäischen und internationalen Fachkräfteaustausch, damit Mitarbeiter/-innen Know-how aus dem Ausland für die eigene Arbeit nutzen können. Eine solche internationale Ausrichtung hat 2016 auch Eingang gefunden in die Reform des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP), indem die „Stärkung europäischer und internationaler Begegnungen und Erfahrungen“ als übergreifendes Leitziel der Kinder- und Jugendhilfe formuliert wurde (GMBI 2016, Nr. 41, Seite 812).

Wenn wir in die Zukunft schauen: Gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen werden sich regional und global weiter verändern – nicht unbedingt überall zum Besseren. Welches sind die größten Herausforderungen für die nächsten Jahre?

Ein demokratisches, offenes und an Menschen- und Bürgerrechten ausgerichtetes Europa ist kein Selbstläufer. Hieran müssen wir kontinuierlich gemeinsam arbeiten. Ich habe keine Glaskugel, mit der ich in die Zukunft schauen kann, aber bei all den großen Herausforderungen von sozi-

aler Ungerechtigkeit, Digitalisierung, Migration, wachsendem nationalstaatlichen Denken bis hin zu Isolationismus hat es auch Ereignisse gegeben, die Anlass zur Hoffnung geben. Die große Welle der Solidarität mit Geflüchteten in Griechenland und Deutschland, die deutliche Wahlniederlage des Front National in Frankreich, der Widerstand der polnischen Zivilgesellschaft gegen das Aushebeln einer unabhängigen Justiz sind Beispiele dafür.

Wenn wir Globalisierung ernstnehmen, dann können wir nicht nur auf Europa schauen. Dann müssen wir unser Augenmerk auf die Regionen richten, in denen die Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen, der wirtschaftlichen Ausbeutung und des Klimawandels drastisch sichtbar werden. Einen Vorgeschmack, was da noch kommen mag, erleben wir schon heute an den Küsten des Mittelmeers. Konflikte, die wir heute erleben, werden uns in der Zukunft vielleicht als Nichtigkeiten erscheinen. Politische Bildung und Internationale Jugendarbeit tun gut daran, sich gerade jetzt mit Europa, dem globalen Süden und mit globaler Gerechtigkeit auseinanderzusetzen.

Zum Schluss haben Sie die Möglichkeit, sich etwas für IJAB zum Geburtstag zu wünschen!

Dem Wunsch möchte ich zunächst einen Dank voranstellen. Ohne unsere vielen Partner – unsere Mitglieder und alle anderen Institutionen, mit denen wir im In- und Ausland zusammenarbeiten – wäre IJAB als Fachstelle bedeutungslos. Ihnen Schnittstellen zum Austausch zu bieten, ist ein Privileg in unserer täglichen Arbeit. Und ein besonderer Dank geht selbstverständlich auch an das Bundesjugendministerium, das uns vor 50 Jahren auf die Welt geholfen hat. Was nun den Wunsch betrifft: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass junge Menschen als Europäerinnen und Weltbürger aufwachsen können und dass wir sie in den Stand versetzen, eine Welt zu gestalten, die sich durch Frieden, gegenseitigen Respekt, Freiheit, Vielfalt, Gerechtigkeit und Menschenrechte auszeichnet.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017



Marie-Luise Dreber, Direktorin von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.

www.ijab.de

dreber@ijab.de



„The future of citizenship and human rights education in Europe“

Die Schlussdeklaration der Europaratskonferenz empfiehlt konkrete Maßnahmen zu politischer Bildung und Menschenrechtsbildung in Europa

Anlässlich der Veröffentlichung des Reports „State of citizenship and human rights education in Europe“, der eine Bestandsaufnahme zur Umsetzung der Europaratscharta für politische Bildung und Menschenrechtsbildung (2010) vornimmt,¹ kamen vom 20.–22. Juni 2017 etwa 400 Vertreter/-innen aus Politik, formalen Bildungsinstitutionen und NGOs aus der Jugend- und Erwachsenenbildung auf Einladung des Europarats in Straßburg zusammen, um die Ergebnisse zu diskutieren und Handlungsempfehlungen für politische Bildung und Menschenrechtsbildung (EDC/HRE) zu erarbeiten – mit dem Ziel, die Charta als politisches Instrument zu stärken, um Bildungsarbeit für Demokratie und Menschenrechte auf allen Ebenen besser umzusetzen.

Verabschiedet wurde eine gemeinsame Deklaration, die u. a. die Sorgen ausdrückt, dass unter dem Deckmantel politischer Bildung und Menschenrechtsbildung in vielen Ländern mittlerweile populistische und nationalistische Agenden verfolgt werden, die konträr zu grundsätzlichen Werten von Demokratie und Menschenrechten stehen. Analog zu den Handlungsfeldern der Charta empfiehlt die Deklaration *Key Actions* und beschreibt konkrete *Expected Outcomes* für EDC/HRE auf allen politischen und Akteurs-Ebenen. Die empfohlenen *Key Actions* sollte die außerschulische politische Bildung nutzen, um ihre eige-

nen Arbeitskontexte zu überprüfen und kritisch zu hinterfragen. Auch wenn das Arbeitsfeld durchaus auf gute Praxis und Expertise verweisen kann, ist nach wie vor viel zu wenig fundiertes Wissen über außerschulische politische Bildungspraxis und deren Expertise vorhanden. Daher bietet das Dokument einen Ansporn, die eigene Arbeit in den jeweils angesprochenen Kontexten zu kommunizieren und es als Instrument zu nutzen, um politische Anknüpfungspunkte herzustellen.

Einige dieser Empfehlungen, Leitaktionen und Zielhorizonte werden im Folgenden benannt und kurz kommentiert:²

Leitaktionen – Key Actions

(Policy 1) Include EDC/HRE in national, regional and local policy and practices for formal and non-formal education including youth work.

Wir sind in Deutschland in den benannten Feldern zwar vergleichsweise gut aufgestellt, nach wie vor gibt es aber strukturelle Barrieren, die einer systematische Einbeziehung politischer Bildung auf allen Ebenen im Wege stehen.

(Implementation 2) Ensure quality, balanced provision of EDC/HRE in all areas and types of education, with specific attention paid to areas where EDC/HRE is less present

¹ Der alle fünf Jahre zu veröffentlichende Report fußt auf 40 Länderanalysen und über 100 Stellungnahmen aus dem Bereich non-formaler Bildung und Jugendarbeit. Die Bestandsaufnahme ist geprägt von extrem widersprüchlichen Aussagen zu Politiken, Gesetzeslage, Inhalten und Unterstützungsinstrumenten; www.coe.int/en/web/edc/report-on-the-state-of-citizenship-and-human-rights-in-europe (Zugriff auf diesen und alle weiteren Links: 16.10.2017).

² Mehr Information und Anregung ergeben sich aus dem umfangreichen Konferenz-Report (<http://rm.coe.int/learning-to-live-together-conference-final-report/168075956b>). Der Abschlussbericht ist lesenswert, da er die Bedenken, Ideen und Anregungen zu den im Report angesprochenen Punkten differenziert wiedergibt, was vielfache Zugänge für die jeweils eigenen Arbeitskontexte ermöglicht.

such as pre-school education, vocational education and training, and higher education.

(3) *Recognise the value and strengthen the capacity of education professionals and educators in civil society, and empower them through training and support.*

In den Mitgliedsorganisationen des AdB ist eine große Expertise zu politischer Bildung mit Kindern vorhanden. Im AdB-Programm „Politische Jugendbildung“ haben wir mit dem Schwerpunkt „Arbeit und Lebensperspektive“ nahezu ein europäisches Alleinstellungsmerkmal.

Eine systematische Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte im Feld durch Fortbildungen, Wertschätzung (i. S. Zeit, Budget, Ressourcen etc.) ist notwendig und sinnvoll.

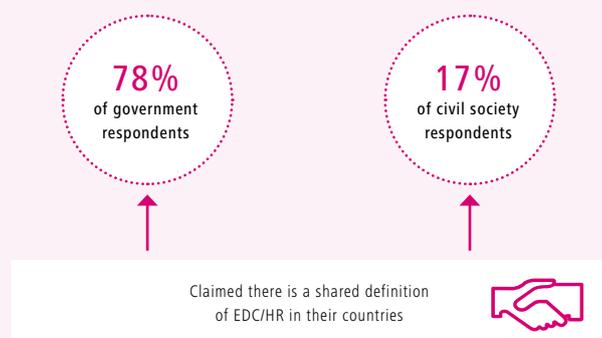


Abbildung: <https://rm.coe.int/factsheets-learning-to-live-together-council-of-europe-report-on-the-s/1680727be3>

(Co-operation 4) *Strengthen the commitment of, and co-operation, co-ordination and shared ownership between public authorities, national human rights institutions and civil society, including through public debate and consultations (...).*

Zwar verfügen wir in Deutschland über ein relativ ausdifferenziertes Instrumentarium partnerschaftlicher Kooperation, jedoch ist nach wie vor ein Commitment und eine verstärkte Kooperation staatlicher Stellen sowie der Organisationen der Menschenrechtsbildung mit den Trägern politischer Bildung vonnöten. Zielführende Instrumente könnten hierzu Einrichtungen wie z. B. der Forscher-Praktiker-Dialog Internationale Jugendarbeit oder die Transferstelle politische Bildung sein, die Kooperationen und Transfer systematisch zu erfassen und zu bearbeiten helfen.

(Access, visibility and relevance 5) *Ensure access to EDC/HRE, paying particular attention to vulnerable and marginalized groups, including young people who are not in education or training.*

(7) *Collect and promote examples of learning practice illustrating the relevance of EDC/HRE to everyday life (...).*

Mehr Sichtbarkeit der politischen Bildung herzustellen, ist nach wie vor wichtig. Zugleich müssen die politischen Bildner/-innen auch ein verstärktes Bewusstsein entwickeln für die immanenten Zugangshemmnisse zu Angeboten und Strukturen politischer Bildung: Wege können z. B. systematische Kooperationen mit Schule und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren sein. Auch geht es darum, mehr Sichtbarkeit für bestehende Kooperationsformen herzustellen.

(Assessment evaluation and research 9) *Make full use of available data and support systematic evaluation of the impact and effectiveness of EDC/HRE programs.*

(10) *Develop partnerships with higher education institutions, research institutes and other relevant organisations to develop and promote research in this area.*

Sicherlich ist es richtig, mehr systematisches Wissen und Analyse zur Arbeit gerade außerschulischer politischer Bildung einzufordern. Zugleich sollte man nicht dem Trugschluss verfallen, dass etwas weniger relevant ist nur weil es schwieriger messbar ist. Außerschulische politische Bildung ist gefragt, in Kooperation mit Wissenschaft über Indikatoren und Kriterien außerschulischer politischen Bildung nachzudenken, die nicht erst beim kompetenzorientierten Lernen ansetzen.

Zielhorizonte – Expected Outcomes

(Policy 2) *„Whole-school“/„whole-institution“ approaches to EDC/HRE emphasizing participatory decision-making and the systematic consultation and involvement of children, youth (...) in developing policies and practices regarding EDC/HRE.*

Es mag banal klingen, aber partizipative Lernprozesse, Lernen auf Augenhöhe und Peer Education sind nach wie vor vielen Bildungsexperten und -politiker/-innen auf europäischer Ebene fremd. Das systematische Einbeziehen von Kindern und Jugendlichen sowie das Wahrnehmen der dahinterliegenden Strukturen und Politiken, sind in der politischen Bildung durchaus ausbaufähig.

(Co-operation 10) *International cooperation programmes on EDC/HRE involving key stakeholders at national level, including youth exchange programmes reflecting EDC/HRE objectives and programmes which, amongst other things, promote the exchange of best practice between youth and other civil society organisations.* →

(12) *Mechanisms for cooperation and co-ordination of EDC/HRE across sectors at national level, including representatives of formal and non-formal education providers and other actors and beneficiaries.*

Die internationale Bildungsarbeit der Träger im AdB und des AdB als solchem wäre sicher ein Referenzfeld internationaler Kooperation, die als beispielhaft gelten kann. Schade nur, dass nach wie vor auf politischer Ebene wenig Kenntnis darüber vorherrscht.

Mit dem Diskurs der Re-politisierung internationaler Jugendarbeit rückt politische Bildung in Deutschland zwar weiter in den Fokus, ist jedoch auch aufgefordert, ihre Arbeit selbst politischer zu begreifen.

Es gibt mittlerweile sehr viele Beispiele guter Kooperation außerschulischer politischer Bildung mit Schule, nichtsdestotrotz es fehlt es bundesweit und länderübergreifend an geeigneten Instrumenten zur Skalierung.



Abbildung: <https://rm.coe.int/factsheets-learning-to-live-together-council-of-europe-report-on-the-s/1680727be3>

(Assessment, evaluation and research 15) *Enhanced quality EDC/HRE notably by connecting EDC/HRE with recognised frameworks of competences, and through common criteria for evaluation across member states and by providers of EDC/HRE through non-formal education.*

(16) *Tools and resources for evaluating the implementation of EDC/HRE programmes and processes in formal and non-formal education including analysis of data on effectiveness (...) and examples of good practice.*

(17) *Quality criteria/indicators for EDC/HRE, in formal and non-formal learning contexts at national level, consistently applied across Europe, as part of wider efforts towards achieving UN Agenda 2030 SDG4.*

(18) *Independent, systematic and inclusive research on EDC/HRE at national and international level.*

Die Debatte zur Sichtbarmachung non-formal erworbener Kompetenzen geht weiter. Wie Anerkennung (und

darüberhinausgehende Validierung) bewerkstelligt werden kann und was davon für politische Bildung überhaupt wünschenswert und gangbar ist, bleibt nach wie vor offen. Als relevant für die politische Bildung in Deutschland erachte ich die in Punkt 17 geforderte Orientierung, Qualitätskriterien und Indikatoren für politische Bildung im Wirkungszusammenhang mit der Erreichung der UN Agenda 2030 SDG 4 zu sehen und zu entwickeln. Das würde eine echte Chance eröffnen, die Validierungsdebatte neu aufzurollen, und geht analog mit der vom AdB 2015 beschlossenen Strategie zur Weiterentwicklung der europäischen und internationalen Arbeit des Verbands: „Die qualitative Vertiefung wagen!“ (www.adb.de/stellungnahmen).

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017

Zum Autor



Georg Pirker, Historiker und Politologe (M. A.) arbeitet seit 2007 als Referent für internationale Bildungsarbeit im AdB. Ebenfalls seit 2007 koordiniert er das europäische Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe.

pirker@adb.de

Politische Bildung in Bewegung II

Anregung zu einer weiterführenden Debatte

In der Ausgabe 1/2017 der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“ hat Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB), Veränderungsprozesse in der Landschaft politischer Bildung skizziert und Handlungsbedarfe für den AdB aufgezeigt. Mit diesem Beitrag soll eine weiterführende Diskussion angeregt werden. von Albert Fußmann

Ina Bielenberg skizziert in ihrem Beitrag unterschiedliche Entwicklungen: Sie beschreibt einen Rückgang der Bildungsstätten und die Schließung traditionsreicher Häuser. Dies betrifft auch Träger, die schon sehr lange zum AdB gehören. Gleichzeitig stellt sie fest, dass viele neue Akteure auftreten, die weniger dem traditionellen „Milieu“ der politischen Bildung angehören, sondern deren Gründungsgeschichte sich im Rahmen neuer zivilgesellschaftlicher Strukturen bewegt. Sie konstatiert in ihrem Beitrag: „Politische Bildung hat Konjunktur“, wie z. B. viele Projektausschreibungen auf Bundes- und Länderebene beweisen. Diese Ausschreibungen gehen aber oftmals an den Möglichkeiten der Bildungsstätten vorbei – oder an ihrer Bereitschaft oder Fähigkeit, ihre Angebote in Richtung der aktuellen Förderlandschaft zu entwickeln.

Im Folgenden soll die Beschreibung dieser Entwicklungen mit Blick auf fünf Themenfelder vertieft werden:

1. Vom Land zur Stadt?

Das Modell der auf dem flachen Lande (ab-)gelegenen Bildungsstätte ist nicht das einzige funktionierende Modell, es ist nicht der einzige Ort, der besondere Lernsettings, Methoden und andere Zeitstrukturen ermöglicht als

der Alltag. Dazu bedarf es heute nicht mehr in erster Linie die Abgeschiedenheit auf dem Lande (die als pädagogisches Konzept vor den „verderblichen Einflüssen der Stadt“ schützen sollte). Weite Anfahrten könnten manche potenziellen Teilnehmenden eher abhalten. Andere „Lernorte“ werden interessant: Orte, die nicht mehr als Immobilie existieren, sondern als raum-zeitlich gestaltetes Element, sozusagen die „Bildungsstätte mobil“ – auch um die Zielgruppen zu erreichen, die von den aktuellen Förderprogrammen nicht ohne Grund angesprochen werden. Die Bildungsstätten der Zukunft müssen keine Inseln in der (pädagogischen) Provinz sein, sondern können aktiver Teil einer Bildungslandschaft in den Regionen, Kommunen und Städten sein – mit Wahrnehmung und Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure. Viele Bildungsstätten gehen bereits diesen Weg und öffnen sich als Akteure nach außen. Auch viele kleine Träger und Vereine bieten politische Bildungsprogramme an, ohne sich dezidiert als Träger politischer Bildung zu verstehen. Mit dieser Bewegung ist auch eine Akzentverschiebung zu sehen: Politische Bildung wird zunehmend auch zur Aufgabe von Trägern sozialer Arbeit und nähert sich inhaltlich dieser an. →

2. Jugendbildung: Vom freiwilligen Angebot zum schulischen Bestandteil

Die außerschulische politische Bildung hat eine besondere Stärke in der Demokratiebildung, die in der Schule nur formal vermittelbar, aber wenig erfahrbar ist. Politischem Interesse im Sinne von: „Das geht mich was an“, Engagement, Beteiligung und Eintreten für eine offene Gesellschaft sind in der Schule methodische und inhaltliche Grenzen gesetzt. Gleichzeitig geht es nicht nur um Beteiligung an sich, sondern um ein Labor für Demokratie, in dem Anerkennung erfahren werden kann. Nur solche Erfahrungen können vor „Demokratiemüdigkeit“ schützen.

Die Interessen der Jugendlichen gehen aber über Fragen der Demokratie hinaus zur Frage, wie die eigene und gesellschaftliche Zukunft gestaltet werden kann – oft im Zusammenhang mit der eigenen Berufsorientierung. Hier geht es um die Fragen: Wie will ich leben? Wo soll mein Platz in der Gesellschaft sein? Wie wird das Zusammenleben der Staaten in Zukunft organisiert sein?

Mittlerweile ist die Schule weit offener für Angebote der politischen Bildung von außerschulischen Akteuren. Diese Chance gilt es zu nutzen und es gilt, kreative Lösungen in der Zusammenarbeit zu finden, um die Gestaltungsprinzipien politischer Bildung, wie z. B. die Freiwilligkeit, zu wahren. Gleichzeitig muss wahrgenommen werden, dass



Institut für Jugendarbeit in Gauting Foto: AdB

über die Schule – bei allen Einschränkungen – ALLE Jugendlichen erreicht werden, und nicht nur diejenigen, denen die Zugänge zu freiwilligen Angeboten eher gegeben sind. Gerade die politische Bildung könnte eine besondere Chance in der Zusammenarbeit von Schule und außerschulischen Akteuren sein.

3. Berufliche Weiterbildung und politische Bildung rücken näher zusammen

Die Hauptaufgabe der beruflichen Weiterbildung ist nicht mehr allein die Vermittlung von konkreten Fähigkeiten und Fertigkeiten, sondern besteht auch darin, die Menschen zu unterstützen, positiv mit Veränderungsanforderungen umzugehen. Lebenslanges Lernen bedeutet nicht die Addition von Kenntnissen, sondern die Vermittlung einer Haltung, die Veränderungen positiv deutet. Diese Veränderungen betreffen oft ja nicht einen konkreten Beruf, sondern auch die Gestaltung von Organisation und Management von betrieblichen oder gesellschaftlichen Einrichtungen. Damit ist berufliche Weiterbildung verknüpft mit der Frage von persönlichen Einstellungen und Haltungen.

4. Medienbildung ist politische Bildung

Während *Angela Merkel* 2013 noch vom Internet als „Neuland“ sprach und dafür von den Medienpädagogen reichlich mit Häme bedacht worden ist, klang es zur Eröffnung der CEBIT im März 2017 in Hannover ganz anders. Dort war die Rede davon, wie das Internet in den kommenden Jahren alles verändert: die Art wie wir wirtschaften, wie wir zusammenleben, wie politische Entscheidungen beeinflusst und gefällt werden. Die Meinungsbildung der Zukunft wird nicht im analogen Kontakt entstehen, sondern wesentlich durch digitale Einflüsse. Es gibt nicht mehr die wenigen Sender und die vielen Empfänger. Im Sinne von Meinungsbildung bedienen sich Parteien und *Pressure Groups* dieser Möglichkeiten ebenso wie Gruppen und Einzelne, die ihre Anliegen umsetzen wollen. Politik ist gleichsam direkt und unmittelbar geworden, aber auch undurchsichtiger. Wichtiges und Belangloses stehen unvermittelt nebeneinander und die „filter bubble“ verleiht scheinbare Sicherheit. Nicht mehr Parteien oder Medienhäuser stehen hinter Information und Meinungsbildung, sondern Hinz und Kunz, Bots und Algorithmen. Noch nie war es so leicht, sich zu informieren, aber noch nie war es so schwer, Informationen zu validieren.

Wer in Zukunft einen mündigen Bürger haben will, benötigt nicht nur Schriften und Seminare, sondern auch die Neuen Medien und Medienkompetenz – nicht umsonst findet sich im aktuellen Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung dazu ein eigenes Kapitel.

5. Von der Kritik zur Akzeptanz zur Aktion

Ganz offensichtlich benötigt eine postmoderne Gesellschaft und ein Einwanderungsland eine andere Konzeption politischer Bildung, als eine Nation im Wiederaufbau

und Verarbeiten seiner eigenen Geschichte. Globalisierung und Überwindung des Nationalstaates erfahren ihren Widerspruch in nationalen oder rechtspopulistischen Abschottungstendenzen. Wie kann die Generation derer, die schon lange hier leben, und die Gruppe der jungen und alten Einwanderer für die Werte einer offenen und toleranten Gesellschaft gewonnen werden? Wie ist das Verhältnis von ökonomischer Globalisierung und globalen Menschenrechten? Die Zeiten sind stürmisch geworden und jeder/jede merkt auf einmal, wie brüchig das politische System ist, das wir lange für selbstverständlich gehalten haben. Zum ersten Mal seit den Hochzeiten des Kalten Krieges scheinen auch hier kriegerische Auseinandersetzungen vorstellbar zu werden und rücken näher an Europa heran. Ist unter diesen Bedingungen der *Beutels-*

Lebenslanges Lernen bedeutet nicht die Addition von Kenntnissen, sondern die Vermittlung einer Haltung, die Veränderungen positiv deutet.

bacher Konsens noch aktuell? Oder gilt es, eindeutiger Farbe zu bekennen, richtig und falsch wieder deutlich zu benennen? Was heißt „klare Kante“? Mit wem ist ein Diskurs möglich? Wer wird ausgeschlossen? Und: Bleibt die Auseinandersetzung mit dem Weltgeschehen auf den Seminarraum beschränkt oder bedarf es anderer Methoden und Aktionsformen?

Welche Aufgaben ergeben sich aus den hier beschriebenen Entwicklungen für den AdB und die politische Bildung insgesamt?

- Bildungsstätten verändern sich. Was heißt es, wenn das Bildungsarrangement wichtiger wird als das Gebäude? Wie verändern sich die methodischen und gestalterischen Grundpfeiler? Gegenüber anderen Bildungsorten wie der Schule oder der sozialen Arbeit muss der Mehrwert der außerschulischen politischen Bildung deutlich gemacht werden. Die neu entstehende Vielfalt von Angeboten und Trägern sollte als Chance gewertet und genutzt werden.
- Es stellt sich die Frage nach Aufnahme von Bildungsträgern in den Verband, die nach eigenem Selbstverständ-

nis nur teilweise die Aufgabe von politischer Bildung erfüllen.

- Das Verhältnis von politischer Bildung und der Entwicklung von Sozialkompetenz bedarf einer Klärung.
- In Zusammenarbeit mit Schule und beruflicher Weiterbildung stellt sich die Frage: Kann politische Bildung Werte bilden?
- Medienbildung und die Entwicklung von Medienkompetenz muss politische Bildung einschließen und politische Bildung muss die Entwicklung von Medienkompetenz im Blick haben.
- Der *Beutelsbacher Konsens* ist in einer bestimmten historischen Situation entstanden und muss neu diskutiert und gefasst werden. Damit zusammenhängend muss geklärt werden, wie das Verhältnis zu Nationalismus, Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus zu definieren ist, wenn diese unsere demokratischen Fundamente angreifen. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017**

Zum Autor



Albert Fußmann, Dipl. Pädagoge, ist Leiter des Instituts für Jugendarbeit in Gauting und seit 2013 Mitglied im Vorstand des AdB.

fussmann@institutgauting.de

Plädoyer für die Einführung einer Koordinationsstelle Demokratiebildung

Freiräume schaffen und politische Aktionen begleiten

Vorgeschlagen wird die Einführung einer Koordinationsstelle Demokratiebildung, um Verbindlichkeiten in Bezug auf das zentrale Schulprinzip politische Bildung herzustellen. Vergleichbar mit der Stelle der Mittelstufen-/Oberstufenleitung übernimmt eine Lehrkraft eine steuernde Funktion und unterstützt Schüler/-innen, Lehrkräfte und Schulleitung in Unterricht, Schulkultur, AGs und Projekten. Im Idealfall arbeiten hierbei eine Lehrkraft und ein/e Schüler/-in gemeinsam und auf Augenhöhe. In einem Tandem helfen sie, Erfahrungsräume für soziale und politische Teilhabe in der Schule zu schaffen.

von Steve Kenner

Analysekompetenz, Konfliktfähigkeit und Urteilsbildung als Grundlagen politischen Handelns sind unbestritten und in der fachdidaktischen Forschung hinlänglich diskutiert. Ziel politischer Bildung ist Mündigkeit, die Fähigkeit, selbstbestimmt und kritisch-reflektiert bestehende Verhältnisse zu analysieren, zu hinterfragen und bei Bedarf aktiv Veränderungen herbeiführen zu können. Es ist ein hochgestecktes Ziel und fest verankert in den Schulgesetzen der Länder. Demokratiebildung bedeutet mehr als nur ein Unterrichtsfach, aber auch mehr als außerunterrichtliche Projekte. Sie stellt die Grundlage eines friedlichen, freiheitlichen, solidarischen Zusammenlebens dar und muss sich daher zu einem Selbstverständnis auf dem Weg zur Mündigkeit junger Menschen entwickeln. Um das Erreichen zu können, muss politische Bildung auch in der Schule strukturell einen höheren Stellenwert einnehmen und es bedarf eines Bindeglieds zwischen schulischer und außerschulischer Bildung. Neben dem Bemühen um eine Aufwertung gesellschaftswissenschaftlicher Fächer im Allgemeinen und des Schulfaches „Politische Bildung“ im Besonderen gilt es, weitere Strategien zur Stärkung von Demokratiebildung in der Praxis zu entwickeln.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass es innerhalb der Didaktik der politischen Bildung und anderen Disziplinen bereits unterschiedliche Herangehensweisen zur Auseinandersetzung mit dieser Herausforderung gibt. Hervorzuheben sind unter anderem der Ansatz *Politische Bildung als Schulprinzip*, den Peter Henkenborg in einem gleichnamigen Aufsatz beschreibt (vgl. Henkenborg 2014), wie auch der von Peter Fauser und Wolfgang Beutel (2007) entwickelte Ansatz der *Demokratiepädagogik*. Außerdem wurden in den letzten Jahren weitere Konzepte entwickelt, die in unterschiedlichster Form Einzug in schulische und außerschulische Bildungsprozesse erhalten haben, wie z. B. das *Globale Lernen* und das *Interkulturelle Lernen*.

Wozu eine Koordinationsstelle Demokratiebildung?

Wenn Mündigkeit als Ziel von Demokratiebildung postuliert wird, so muss darüber diskutiert werden, welche Rolle Handlungskompetenz auf dem Weg zur Mündigkeit junger Menschen einnimmt. Für eine handlungsorientierte Demokratiebildung schlage ich drei Säulen vor (vgl. Kenner 2018), die auf dem Fundament eines breiten Fachwissens und den grundlegenden Kompetenzen politi-

scher Bildung – Analysekompetenz, Konfliktfähigkeit und Urteilsbildung – aufbauen.

Die *erste Säule* beschreibt Wissen über politische Entscheidungsprozesse und Handlungsstrategien. Sie hilft den Lernenden, sich in der Demokratie als Herrschaftsform zu orientieren. Dies kann politische Bildung als Unterrichtsfach leisten. Der Vorschlag einer *Koordinationsstelle Demokratiebildung* soll daher keinesfalls eine Entwertung des Unterrichtsfaches zur Folge haben. Die Notwendigkeit einer fachdidaktisch begründeten Auseinandersetzung mit Politik im Rahmen eines Unterrichtsfaches halte ich für dringend geboten. Tendenzen der Entwertung des Unterrichtsfaches, die in den letzten Jahren immer wieder beobachtet werden können (siehe u. a. die Debatten in Sachsen, Berlin und Baden-Württemberg), gilt es zu verhindern.

Die *zweite Säule* handlungsorientierter Demokratiebildung ermöglicht eine Perspektiverweiterung und den Blick über den Tellerrand fachdidaktischer Arbeit im Unterricht: die demokratische Schule. Die Schule öffnet sich als demokratischer Lernort im Nahbereich der Kinder und Jugendlichen, um Demokratie und Entscheidungsprozesse transparent und erfahrbar zu machen. Hierbei ist die nachhaltige Implementierung demokratischer Verfahren in den schulischen Alltag von besonderer Bedeutung. Exemplarisch sind hier die Einführung von Schülerparlamenten und dem Klassenrat zu nennen.

Die *dritte Säule* stellt eine Ermöglichung von Selbstwirksamkeit durch selbstbestimmtes politisches Handeln in den Fokus. Schule und außerschulische Bildungsträger können als Ermöglichungsraum von Selbstwirksamkeitserfahrungen fungieren, wobei dabei stets Freiwilligkeit und das Recht auf Nicht-Partizipation als Grundvoraussetzung gesetzt sein müssen. Selbstbestimmte und selbstorganisierte Teilhabe kann sich in unterschiedlichster Form darstellen. Beispielhaft seien hier von Schülerinnen und Schülern in Selbstverwaltung realisierte Arbeitsgemeinschaften, aber auch Projekt- und Protestveranstaltungen zu nennen.

Alle drei Säulen zusammen ermöglichen es, soziale und politische Teilhabeprozesse zu verstehen und innerhalb der Schule als Schutzraum Erfahrungen im Sinne einer jungen und emanzipatorischen Zivilgesellschaft zu sammeln. Damit Schule tatsächlich als Schutzraum wirken kann, müssen die Kinder und Jugendlichen pädagogisch und fachlich begleitet werden. Dies kann sich die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* zur Aufgabe machen.

Was ist eine Koordinationsstelle Demokratiebildung?

Um handlungsorientierte Demokratiebildung als Schulprinzip zu implementieren, muss sich der Stellenwert dieser bildungspolitischen Aufgabe entsprechend seiner Berücksichtigung in den Schulgesetzen auch in den strukturellen Gegebenheiten der Schule widerspiegeln. Die Einrichtung einer *Koordinationsstelle Demokratiebildung*, in Form eines Tandems aus Lehrkraft und Schüler/-in, die in einem demokratischen Prozess legitimiert wurden, kann ein erster Schritt zur strukturellen Aufwertung politischer Bildung sein. Diese Erneuerung würde sich einpassen in die strukturellen Gegebenheiten der Institution Schule, denn Verantwortlichkeiten sind in der Schule bereits jetzt verteilt. Beispiele dafür sind die Koordination der Mittelstufe, der Oberstufe, der Qualitätssicherung, Fort- und Weiterbildung, Berufsorientierung, Sprachförderung etc. Für das grundlegende Ziel politischer Bildung – politische Mündigkeit – gibt es allerdings bis heute keine Stelle dieser Art.

Die von mir vorgeschlagene Stelle sollte möglichst kein Beförderungssamt sein, um nicht ökonomische Interessen in den Vordergrund zu rücken. Darüber hinaus sollte die für die Koordination vorgesehene Lehrkraft nicht von der Schulleitung festgelegt werden, sondern muss sich freiwillig für diese Arbeit bereiterklären. Außerdem wäre es durchaus denkbar, diese Lehrkraft durch eine

Die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses und der Frankfurter Erklärung bieten eine differenzierte Grundlage für die Arbeit der Koordinationsstelle Demokratiebildung.

Wahl legitimieren zu lassen. Die Schulgemeinschaft muss der *Koordinationsstelle Demokratiebildung* höchstmögliches Vertrauen entgegenbringen können. Das Tandem aus Lehrkraft und Schüler/Schülerin sollte daher von einem Gremium gewählt werden, das paritätisch besetzt ist (bspw. die Schulkonferenz). Der höhere Arbeitsaufwand könnte durch Abminderungsstunden und für die Schülerin bzw. den Schüler durch eine besondere Form der Anerkennung kompensiert werden. Wichtig ist, dass die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* möglichst mit einem eigenen Budget und eigener Infrastruktur (Arbeitsraum, Materialien etc.) ausgestattet ist, um auch kurzfristig bei →

der Realisierung von Projekten unterstützend wirken zu können. Außerdem wären geeignete Qualifizierungsmaßnahmen von besonderer Bedeutung. Neben einer fachlichen Schulung unter Berücksichtigung psychologischer, pädagogischer und politikdidaktischer Aspekte bedürfte es eines Coachings- und Fortbildungskonzeptes, das diese Akteurinnen und Akteure auf zwei wesentliche Herausforderungen einer solchen Stelle vorbereitet:

1. *Perspektivenwechsel*: Die Rolle einer Lernbegleitung, wie sie durch die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* erfolgen soll, erfordert von der Lehrkraft einen Perspektivenwechsel. Die Lehrkraft wird Kinder und Jugendliche in dieser Funktion in anderen Kontexten erleben. Sie muss den Kindern und Jugendlichen glaubhaft vermitteln, dass Aussagen, Positionen und Handlungen im Kontext außerunterrichtlicher Aktivitäten keinen Einfluss auf Bewertungen im Unterricht nehmen. Die Lehrkraft übernimmt keine Autorität qua Amt und kann sich als Koordinatorin bzw. Koordinator auch keine Sanktionsmaßnahmen zu nutze machen. Zuwendung, Achtung und Respekt sowie Vertrauen und Zutrauen gelten in der Pädagogik längst als selbstverständliche Grundlagen gelingender Bildungsarbeit. Im Zuge des politischen Lernens sind diese Elemente eines angstfreien Lernraumes allerdings von besonderer Bedeutung. Auch für die Schülerin/den Schüler in diesem



Die Verortung der Koordinationsstelle Demokratiebildung

Abbildung: Steve Kenner

Tandem bedeutet die Mitwirkung in der Koordinationsstelle ein Perspektivenwechsel. Sie übernehmen Verantwortung, definieren dabei neue Rollenbilder innerhalb der Schule und arbeiten mit der Lehrkraft auf Augenhöhe. Sie verfolgen ein gemeinsames Ziel. Das Verhältnis zwischen Lehrkraft und Schüler/-in, für gewöhnlich geprägt von Autorität und einem Abhängigkeitsverhältnis, muss hier auf-

gebrochen werden, um eine konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen. Dieser Herausforderung muss das Tandem sich stellen, denn die kooperative Arbeit im Team ermöglicht, dass sich Lehrkräfte sowie Kinder und Jugendliche angemessen in dieser Stelle vertreten fühlen.

2. *Grundsätze*: In besonderer Weise muss der *Koordinationsstelle Demokratiebildung* ihre Bedeutung im Lernprozess der Schüler/-innen aber auch in der demokratischen Schulentwicklung im Allgemeinen bewusst sein. Dabei müssen die Grundsätze Überwältigungsverbot und Kontroversitätsgebot des aus der politischen Bildung entstammenden *Beutelsbacher Konsenses* als Leitplanken dienen. Der dritte Leitsatz – Befähigung zur Wahrung der eigenen Interessen – steht dabei ebenso im Fokus. *Andreas Eis, Bettina Lösch, Achim Schröder* und *Gerd Steffens* haben diesen Konsens um wesentliche Aspekte erweitert und dies in der *Frankfurter Erklärung* zusammengetragen. Auch sie betonen den Wert individuellen und kollektiven Handelns für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung (vgl. Eis/Lösch/Schröder/Steffens 2015).

Die Prinzipien des *Beutelsbacher Konsenses* und der *Frankfurter Erklärung* bieten eine differenzierte Grundlage für die Arbeit der *Koordinationsstelle Demokratiebildung*.

Aufgaben der Koordinationsstelle Demokratiebildung

Im Folgenden möchte ich eine Ideenskizze für das mögliche Aufgabenprofil der geforderten *Koordinationsstelle Demokratiebildung* beschreiben.

Impulsgeber/-in: Die Bereitschaft zu sozialem Engagement und politischer Teilhabe ist kein Selbstverständnis, ganz sicher auch kein Muss. Das Recht auf Nicht-Teilhabe außerhalb der unterrichtlichen Verpflichtung muss es für Kinder und Jugendliche immer geben. Auf der anderen Seite muss es aber auch einen Freiraum für Partizipation in unterschiedlichen Formen geben. Die Koordinationsstelle würde sich daher als Ermöglicherin verstehen. Sie kann ein vielfältiges Angebot politischer Beteiligungsprozesse zusammenstellen. Dabei wäre eine enge Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsträgern genauso wichtig wie eine Infrastruktur in der Schule. Die Kooperation mit außerschulischen Bildungsträgern könnte sich dabei an der Struktur des derzeit am *Haus am Maiberg* realisierten Modellprojekts „Partizipation als Ziel Politischer Bildung“ (vgl. Wohnig 2018) orientieren. Hier gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Institution Schule, in der Freiraum für politische Aktionen der Schüler/-innen geschaffen wird, und Aktionsseminaren in der Bildungsstätte, in denen Planung von Projekten genauso thematisiert wird wie die Re-

flexion der gesammelten Erfahrungen. In der Schule kann der Ermöglichungsraum auch darin bestehen, Infrastruktur für selbstverwaltete Arbeitsgemeinschaften zu schaffen und diese in ihrer Arbeit zu begleiten. Das wird bereits an vielen Schulen erfolgreich erprobt.

Förderung demokratischer Schulentwicklung: Die Demokratisierung von Schule ist ein kontrovers diskutiertes und ohne Zweifel komplexes Feld. Einer *Koordinationsstelle Demokratiebildung* würde daher nicht im Verständnis hierarchisch organisierter Schulstruktur die Aufgabe zukommen, jenen Prozess zu organisieren, sondern vielmehr Ansprechpartnerin für einen Bottom-up-Prozess zu sein und dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Erprobte Verfahren wie der Klassenrat auch an weiterführenden Schulen können ein erster Schritt sein, bei dessen Einführung die Koordinationsstelle nach vorhergehender Schulung unterstützend tätig werden kann.

Ansprechpartner/-in für fachdidaktische Fragen: Politische Fragen beschäftigen Schüler/-innen nicht nur im Politikunterricht. Immer wieder geraten Lehrkräfte dabei an

Die Einrichtung einer Koordinationsstelle Demokratiebildung, in Form eines Tandems aus Lehrkraft und Schüler/-in, die in einem demokratischen Prozess legitimierten wurden, kann ein erster Schritt zur strukturellen Aufwertung politischer Bildung sein.

ihre Grenzen, wenn beispielsweise im Biologieunterricht die Frage aufkommt, wieso Kohlekraftwerke nicht einfach gesetzlich verboten werden oder im Kunstunterricht über den schmalen Grad zwischen Freiheit der Kunst und Persönlichkeitsverletzung gesprochen wird. Die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* kann Ansprechpartner/-in für konzeptionelle Unterrichtsplanung sein, insbesondere in Bezug auf fächerverbindende und fächerübergreifende Ansätze.

Klassenräte, eine mündige Schülervertretung mit eigenem Budget, Arbeitsgemeinschaften gegen Rassismus, Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie, Flüchtlingskonferenzen, Unterschriftenaktionen gegen die neue Handyregelung an der Schule – diese beispielhaft benann-

ten Formen gelebter Demokratie ermöglichen vielfältige Lernanlässe, die in der Schule häufig eher unterdrückt als gefördert werden. Unbestritten kann eine Öffnung der Schule für politische Teilhabe auch zu Kontroversen führen, aber warum sollte ausgerechnet die Schule ein Ort sein, an dem gesellschaftliche Kontroversen nur – wenn überhaupt – künstlich, fiktiv und imaginär durch abstrakte Unterrichtskonzepte erfahrbar werden?

Die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* kann die Grundlage sein für einen Wandel von einer weitgehend passiven schulischen politischen Bildung hin zu politischer Bildung, die Handlungsfelder für all jene schafft, die Missstände in der Gesellschaft nicht nur erkennen, benennen und einordnen, sondern auch aktiv Antisemitismus, Homophobie, Rassismus und weiteren gesellschaftspolitischen Herausforderungen begegnen wollen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017

Zum Autor



Steve Kenner ist Lehrer für die Fächer Politische Bildung und Spanisch und derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover tätig. Er befasst sich unter anderem mit sozialen (Jugend)Bewegungen und demokratischer Schulkultur.

steve.kenner@idd.uni-hannover.de

Literatur

Eis, Andreas / Lösch, Bettina / Schröder, Achim / Steffens, Gerd (2015): Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung; www.uni-oldenburg.de/fileadmin/user_upload/sowi/ag/politische_bildung/Frankfurter_Erklärung_aktualisiert27.07.15.pdf (Zugriff: 09.10.2017)

Fausser, Peter / Beutel, Wolfgang (2007): Demokratiepädagogik: Lernen für die Zivilgesellschaft. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Henkenborg, Peter (2014): Politische Bildung als Schulprinzip. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 212–221

Kenner, Steve (2018): Handlungskompetenz: die größte Herausforderung der Demokratiebildung? In: Ders./Lange, Dirk (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 244–254

Wohnig, Alexander (2018): Demokratiebildung durch politische Aktionen in der Kooperation von Schulen und außerschulischer politischer Bildung. In: Kenner, Steve/Lange, Dirk (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 269–283

Karten – Computer – Katastrophen

Zivilgesellschaftliches Handeln in der Jugendbildung reflektieren

Durch ausgewählte Methoden kann das Emotionale im Sprechen und Handeln „der“ Zivilgesellschaft sichtbar, zugänglich und ansprechbar gemacht werden. Daher werden hier drei Methoden skizziert, die aus Sicht des Autors und der Autorin helfen, gesellschaftliche Brüche aufzudecken, die eigene Verstrickung zu bedenken und letztlich ein größeres Maß an reflektierter Handlungsfähigkeit auch auf emotionaler Ebene zu gewinnen. von Christian Kirschner und Dana Meyer

Politische Organisationen können sich auf Dauer nicht aus sich selbst heraus erneuern. Sie müssen, wollen sie beständig sein, Teilhabe und partielle Mitwirkung ermöglichen. Das geschieht in Deutschland wohl am ehesten in dem Feld, das wir gemeinhin Zivilgesellschaft nennen. Die Zivilgesellschaft wird oft als Ort einer „heilen Welt“ gedacht, in denen es nicht so viel Diskriminierung und Ausschluss gibt und/oder sogar dagegen angekämpft wird. Die „Mitglieder“ der Zivilgesellschaft engagieren sich mit Herz und Hand für das Gute. Nicht nur mit der letzten Bundestagswahl und den Querelen mit der AfD hat sich aber gezeigt, dass diese Zivilgesellschaft nicht auf einem (Werte-)Konsens aufbaut, sondern ein gesellschaftliches Feld ist, das von unterschiedlichen Interessen und Akteuren hart umkämpft ist und in das alle Beteiligten sehr unterschiedliche Dinge hineinprojizieren.

Für uns sind Akteur*innen der Zivilgesellschaft keine klar umrissene Gruppe. Vielmehr gehen wir davon aus, dass Menschen durch ihr eigenes Handeln erst die Grenze dessen definieren, was Teil einer Zivilgesellschaft sein soll: Zivilgesellschaft ist ein Begriff, der legitimes von nicht-legitimem Handeln unterscheiden lässt, der ein heimatlos gewordenen Bedürfnis nach Solidarität befriedigt und Ein-

und Ausschlüsse hervorbringt. Damit gibt es, je nach politischer Perspektive, sehr unterschiedliche Interpretationen, Zuschnitte und Geltungsbereiche von Zivilgesellschaft.

Zivilgesellschaft, zivilgesellschaftliches Engagement und das Sprechen darüber ist emotional aufgeladen. Zu Recht, geht es doch um nicht weniger als das moralisch „gut“ und „richtig“ Handeln. Gleichzeitig ist sie von Brüchen, Ungereimtheiten, Widersprüchen und letztlich radikalen Ausschlüssen markiert.

Außerschulische politische Bildung ist da keine Ausnahme, vielmehr stecken wir als Bildungsarbeiter*innen in genau diesen Auseinandersetzungen. So fällt es uns gar nicht so leicht, adäquate Methoden zu finden, die dieses komplexe Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaft, Engagement, Urteile über richtig und falsch, Ausschlüsse und unübersichtliche Gemengelage der Akteur*innen überblicken zu können.

Die Teilnehmenden unserer Veranstaltungen, aber auch wir als Veranstalter*innen verfügen über ein großes Repertoire an Gefühlen und Empfindungen, insbesondere wenn wir an die jüngsten politischen Ereignisse denken, die zivilgesellschaftliches Handeln umso mehr zu fordern und die Grenzen des Legitimen zu verschieben scheinen. Wir ver-

suchen in unserer Bildungsarbeit an jenen Empfindungen anzuknüpfen – nicht weil wir das Politische emotional aufladen und so in die Populismusfalle treten, sondern weil wir kritisch bei uns selbst anfangen wollen.

S*intro: Wer hat geschummelt?

Das Kartenspiel *S*intro* ist zusammen mit dem Würfelspiel *jaldo* Teil einer Spielebox zu den Themen Gerechtigkeit, Gleichheit und Partizipation. Die Box ist ein Ergebnis des zweieinhalbjährigen EU-Projekts „EDC for ALL – Qualifying and Mainstreaming Education for Democratic Citizenship (EDC) within Europe“, an dem unter anderem der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* beteiligt war. *S*intro* ist ein rundenbasiertes Kartenspiel, das in Vierergruppen gespielt und ohne Sprechen auskommt. Alle Spieler*innen versuchen, durch geschicktes Tauschen und Abwerfen von Karten bestimmte Karten zu sammeln. Niemand weiß, welche Karten die anderen sammeln. Gewonnen hat die Person, die als erstes sagt, dass sie ihre Straße an Karten zusammen hat. Dabei wird sie niemals ihre Karten den anderen Spieler*innen als Beweis zeigen müssen oder dürfen. Allen Spieler*innen bleibt nur das Vertrauen, dass der/die Gewinner*in wirklich ihre Straße zusammenbekommen hat. Insgesamt werden sechs Runden gespielt, wobei sich alle zwei Runden die Regeln ändern, nach denen die Karten getauscht und abgeworfen werden dürfen. In den ersten beiden Runden wird gleichzeitig jeweils eine Karte nach links weitergegeben. Das Spiel erhitzt zweifelsohne die Gemüter. Es dauert nicht lange, bis einige Spieler*innen sich – trotz des Redeverbots – mit Nachdruck über andere Spieler*innen empören. Sehr schnell werden Stimmen laut, dass einige schummeln und betrügen würden. Die Beschuldigten verhalten sich meistens ruhig, beteuern ihre Unschuld und Regeltreue. Die Beschwerden sind (meistens) vollkommen unberechtigt, weil die Spieler*innen zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen, wer welche Karten sammelt und welche Karten überhaupt im Spiel sind. So müssen einige viel weniger Karten sammeln als andere. Diese Karten sind noch dazu am häufigsten im Spiel vorhanden, während etwa die von allen anderen benötigte Karte 10 nur einmal verfügbar ist. Durch das fehlende Wissen, wer welche Karten benötigt und inwiefern jene/r Spieler*in, der/die behauptet, seine/ihre Karten zusammenbekommen zu haben, tatsächlich die richtigen Karten auf der Hand hat, entsteht Unmut.

Der entscheidende Schritt nach dem Spiel ist die gemeinsame Auswertung. Hier kann entlang der unmittelbaren Spielerfahrung eine Diskussion über Gleichheit, Chan-

cen und Gerechtigkeit geführt werden. So lässt sich sehr gut eruieren, inwiefern strukturelle Bedingungen (Spielregeln) die Teilhabe der Spieler*innen am Spielgeschehen und ihre Gewinnchancen festlegen. Zunächst fragen wir, wer geschummelt hat und wenn ja, wie oft. Im Regelfall melden sich nur vereinzelte Teilnehmende, die höchstens in einer Runde ob einer fehlenden Karte behauptet haben, sie hätten ihre Straße zusammen. Gerade jene mit günstigen Straßen schummeln meistens nicht. Sie haben es nicht nötig. Ganz im Gegenteil sind es jene, die es schwer haben zu gewinnen, die sich eher des Schummelns bedienen. Aus Frustration und Zorn geht es ihnen dann oft um das Gefühl, auch mitspielen zu können.

Wir setzen das Spiel sehr häufig in Seminaren und Workshops zum Einstieg ein. Gerade für das Sprechen über Zivilgesellschaft, Privilegien und strukturelle Ausschlüsse ist es hervorragend geeignet. Es wird deutlich, dass Ausschlüsse oft verdeckt stattfinden und die einzelnen auf die Spielregeln zunächst wenig Einfluss haben, aber trotzdem maßgeblich von ihnen reguliert, d. h. begünstigt oder begrenzt

Der entscheidende Schritt nach dem Spiel ist die gemeinsame Auswertung. Hier kann entlang der unmittelbaren Spielerfahrung eine Diskussion über Gleichheit, Chancen und Gerechtigkeit geführt werden.

werden. Gerade das Redeverbot im Spiel verschärft die Situation, verunmöglicht es doch ein Aushandeln und möglicherweise auch ein Verändern der Spielregeln. So lässt sich diskutieren, was passiert wäre, wenn die Spielregeln offengelegt worden wären und inwiefern ein kollektives Überarbeiten möglich gewesen wäre. In einer solchen Diskussion muss auch bedacht werden – analog zu gegenwärtigen Auseinandersetzungen in und um Zivilgesellschaft und den zunehmend salonfähig werdenden rassistischen Konzepten –, dass es zu einer Verschärfung des Ausschlusses und einer Zuspitzung der Ungerechtigkeiten im Spiel führen kann, wenn Regeln zur Disposition stehen. Die Spielerfahrung kann unterschiedliche Zugänge, heterogene Ein- und Ausschlüsse sowie strukturelle Bedingungen von Teilhabe an und in (Zivil-)Gesellschaft sichtbar machen. →

Tonny: Sehen und Gesehen werden

Wir haben das Spiel *Tonny* anlässlich des Barcamps politische Bildung 2017 entwickelt und es befindet sich noch in der Erprobungsphase. Es ermöglicht die Auseinandersetzung mit der digitalen Zivilgesellschaft, ihren spezifischen Mechanismen und dem Verhältnis von „klassischer“ Überwachung und Sozialen Medien. Die Teilnehmenden spielen in drei Gruppen. Kernaufgabe der Spieler*innen der ersten Gruppe ist es, für eine Agentur einen Bot zu programmieren, der die neusten Nachrichten beurteilen und einordnen kann.

Der Bot *Tonny* wurde von bekannten *Verification Officers* („Faktenprüfer*innen“) angelernt und verfügt bereits über umfassende Fähigkeiten im Bereich „Faktencheck“. Die Aufgabe der Spieler*innen ist es, *Tonny* mit dem Wissen über das moralisch und ethisch Gebotene auszustatten, damit der Bot nicht nur die Wahrheit erkennen sondern auch „richtig“ handeln kann. Dazu müssen sie fiktive Situationen beurteilen, sich auf eine Handlungsweise einigen und *Tonny* mit den nötigen Informationen ausstatten. Während ihres Diskutierens werden die Spieler*innen mithilfe von Kameras und Mikrofonen überwacht. Eine zweite Gruppe sitzt in einem anderen Raum und verfolgt das Geschehen auf Bildschirmen. Währenddessen kommentieren sie mit ihren mobilen Endgeräten auf einer Art Offline-Twitterplattform das Geschehen. Die Kommentare werden auf mehreren Monitoren außerhalb der beiden Räume angezeigt, aber auch in einem dritten Raum der dritten Gruppe präsentiert, die Rückschlüsse auf das Geschehen im ersten Raum zu ziehen versucht. Nach einer gewissen Zeit tauschen die Gruppen ihre Räume, sodass alle einmal in die Position der Programmierer*innen, der Kommentierenden und der vermeintlich unbeteiligten Dritten gelangen können. Allen Spieler*innen ist von Anfang an bekannt, wann wer wie welche Dinge zu sehen bekommt.

Tonny ist ein *Double Blind Game*: Seine Spielmechanik basiert auf dem Umstand, dass die Spieler*innen „doppelt blind“ sind. Einerseits werden einige Spieler*innen beobachtet, ohne zu wissen, was die Beobachtenden sagen und/oder schreiben; andererseits wissen die Beobachtenden nicht, was ihre Kommentare für Effekte erzielen. Einerseits ist allen klar, dass die dritte Gruppe den Kommentaren ihre vollkommene Aufmerksamkeit schenken wird, andererseits gibt es weitere Monitore, auf denen auch am Spiel völlig unbeteiligte Personen Einblicke in das Geschehen erhalten könnten. Während des Spiels entfaltet sich eine eigene Dynamik: Während in der ersten Runde das Beurteilen des richtigen Handelns bei der Program-

mierung *Tonnys* und das Kommentieren im Beobachtungsraum noch sehr zurückhaltend geschieht, steigert sich die Intensität der Interaktionen von Runde zu Runde. Diejenigen, die zuvor noch beobachtet wurden, sind nun die Beobachtenden. Sie können nachvollziehen, was über sie geschrieben wurde und nun selbst das Ruder in die Hand nehmen. In der dritten Runde schließlich werden diejenigen beobachtet, die in der ersten Runde kommentieren konnten. Die Spieler*innen werden bisweilen polemisch in ihren Begründungen und liefern den Beobachtenden eine „gute Show“.

Analog zu anderen Methoden ist auch hier die Auswertung nach dem Spiel von besonderer Bedeutung. Die Teilnehmenden sprechen über ihre Empfindungen und die Dynamik des Spiels. Dabei sind vor allem die Vermutung über die Geschehnisse und Urteile in den anderen Räumen zentral. Die Auswertung legt den Fokus auf Fragen der Inszenierung des eigenen Handelns, des intendierten Überspitzens von Urteilen zu Gunsten entsprechender Reaktionen anderer Spieler*innen in anderen Räumen und den Interdependenzen von analogem Tun im vis-à-vis und den Effekten respektive Verzerrungen im Raum Sozialer Medien. Das Überwachtwerden mit Kameras spielt für die Teilnehmenden meistens keine große Rolle. Viel wichtiger sind die nur eingeschränkt sichtbaren sozialen Interaktionen, das gegenseitige Beurteilen im digitalen Raum. Mit dieser Methode lassen sich sehr gut die Mechanismen der digitalisierten Gesellschaft reflektieren. Insbesondere der Aspekt der Performance in der digitalen Welt als Teil der Artikulation der eigenen Zugehörigkeit zu den „Guten“ (und dem damit verbunden Ausschluss anderer) lässt sich sichtbar machen.

Das Spiel gibt keine Antwort auf die Fragen nach dem „richtigen“ Handeln, es zielt nicht einmal auf eine Diskussion darüber ab. Die Programmierung von *Tonny* dient als Vehikel, um Zugang zur spezifischen Bedeutung und den emotionalen Verstrickungen unseres Handelns durch und mit Sozialen Medien zu erhalten. Wir sehen mit *Tonny* die Chance, einen kritischen Blick auf die digitale Zivilgesellschaft zu werfen, um über „Klicktivismus“, Hashtagkreationen und die eigene Rolle beim Teilen und Weiterverbreiten von Botschaften im Netz nachzudenken.

Mission Escape Gravity: Frauen und Kinder zuerst?

In unserer Bildungsarbeit treffen wir immer wieder auf engagierte und gesellschaftspolitisch aktive junge Menschen. Von hohem Idealismus und moralischen Vorstellungen davon geprägt, was „richtig“ und „falsch“ sei, stre-

ben sie nach einer Verbesserung sozialer Verhältnisse. In dieser aktivistischen Haltung schwingt jedoch nicht selten die Annahme mit, vor „politischen“ Fehlern gefeit zu sein. Man stehe – im Vergleich zu anderen Menschen, die sich aufgrund der eigenen moralischen Parameter unreflektiert, unkritisch oder politisch unkorrekt verhalten – auf der vermeintlichen „richtigen“ Seite und kann sich aufgrund des erworbenen Wissens und der sozialisierten Norm- und Wertvorstellungen von eigener Beteiligung an ungerechten Strukturen, Diskriminierung und Exklusion freisprechen.



Bildungsstätte Alte Schule Anspach basa e. V. Foto: basa e. V.

Mission Escape Gravity ist ein Mini-LARP. Mini-LARPs (LARP = Live Action Roleplay) sind in der Regel ein- bis vierstündige Rollenspiele und bieten für die Teilnehmenden vorgefertigte Rollen in einem von der Spielleitung bestimmten Setting. Ziel der Mini-LARPs ist es, in kurzer Zeit und mit wenig organisatorischem Aufwand ein intensives Spielerlebnis zu erreichen, indem eine gemeinsame Geschichte gespielt und erlebt wird. Dadurch wird ein Erfahrungsraum eröffnet, der konkret besprochen werden kann, und dessen Reflexion einen Transfer zur eigenen Lebenswelt ermöglicht.

Mission Escape Gravity ist ein Spiel, mit dem wir dichotome Zuteilungen und die eigene Positionierung reflektieren möchten. Dazu generieren wir ein fiktives Szenario, das die eigene Involviertheit in Diskriminierungen beleuchtet, insbesondere in Hinblick auf die eigenen stereotypen Vorstellungen und kategorialen Zuschreibungen. Wir wollen mit dem Spiel anregen, „vor der eigenen Haustür zu kehren“.

Die Teilnehmenden schlüpfen in die Rolle von Expert*innen auf dem Gebiet des globalen Katastrophenschutzes. Sie bekommen Rollenbeschreibungen mit verschiedenen beruflichen Qualifikationen, Fähigkeiten und

Eigenschaften. Darüber hinaus wird der Charakter von den Spieler*innen gestaltet. Nach theaterpädagogischen und thematischen Vorbereitungsübungen begeben sich die Spieler*innen in das dystopische Zukunftsszenario. Hier arbeiten sie im Rahmen eines supranationalen Kongresses als Expert*innengremium an einem optimalen Evakuierungsplan für den Fall einer globalen Katastrophe – und das unter dem Schleier des Nichtwissens, etwa der Form oder des Zeitpunktes der Katastrophe.

Im weiteren Verlauf werden die Spieler*innen mit der Situation konfrontiert, dass ein Komet auf die Erde rast. Sie als Expert*innen sollen im Spiel nun entscheiden, wie mit dieser Notlage umzugehen ist. Ist ihr bis dahin erarbeiteter Plan noch anwendbar? Ändern sich die Entscheidungsparameter der Evakuierung, sobald der Ernstfall eintritt?

In ihrer Rolle diskutieren die Spieler*innen, wer ihnen wichtig erscheint und wer nicht. Die Erfahrung zeigt, dass beim Eintreffen der fiktiven Katastrophe auf Kategorisierungen und stereotype Zuschreibungen zurückgegriffen wird und diese als Referenzfolie von Selektionen dienen.

Nach dem Spiel setzt die Auswertung und Reflexion hier an: Wir fragen, wie sie zu Entscheidungen gekommen oder auch nicht gekommen sind. In einem gemeinsamen Prozess wird die Entstehung, Bedeutung und Wirkung von Vorurteilen erarbeitet. Anschließend verlassen wir das

Die Auseinandersetzung mit Zivilgesellschaft, egal ob im digitalen oder analogen Raum, ist genuiner Bestandteil politischer Bildung.

Spielsetting und transferieren die Erkenntnisse in die reale Lebenswelt und beschäftigen uns mit den eigenen „Bildern im Kopf“. Das unangenehme und schmerzliche Eingeständnis, sich selbst nicht von solchen Vorstellungen und Handlungen freisprechen zu können, kann – und das ist eine große Chance dieser Methode – entlang der Spielcharaktere und Spielerlebnisse besprochen werden. So kann ein*e Teilnehmer*in die eigene Unsicherheit etwa durch das Sprechen über die eigene Rolle verbalisieren, ohne sich als Person bloßgestellt zu fühlen.

Die Methode bietet die Möglichkeit, sich der eigenen Stereotype bewusst zu werden und sich dieser kritisch reflexiv zu nähern. Der Vorteil des eher unkonventionellen →

– ja gar dramatischen – Zugangs besteht darin, dass wir die Tabuisierung des Sprechens über die eigenen Vorstellungen und Verstrickungen aufheben. Das gelingt uns durch einen lebensweltlichen, an jugendliche Interessen anknüpfenden Zugang, der sich an gegenwärtig populären, dystopischen Film-, Serien- und Gamingformaten orientiert.

Im Kontext zivilgesellschaftlichen Handelns können so eigene Haltungen, Positionierungen und Privilegien reflektiert werden, um gestärkter und reflektierter gesellschaftspolitisch aktiv zu sein.

Und nun?

Die Auseinandersetzung mit Zivilgesellschaft, egal ob im digitalen oder analogen Raum, ist genuiner Bestandteil politischer Bildung. Wir möchten mit unseren Methoden versuchen, die Grenzziehungen und Brüche in der (Zivil-) Gesellschaft ansprechbar zu machen. Die vorgestellten Methoden beschreiben Versuche, das eigene Verhältnis zur Zivilgesellschaft und ihren Strukturen wie Mechanismen sichtbar zu machen, indem jeder bei sich selbst anfängt. Wir versuchen, uns den Brüchen über emotionale Empfindungen zu nähern und so (politische) Handlungsoptionen zu entwickeln. Das klingt sehr optimistisch, aber bei allem Pessimismus des Verstandes braucht die politische Bildung Methoden, die mit positivem Willen und emotionaler Offenheit die Dinge angehen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017

Zum Autor / zur Autorin



Christian Kirschner ist Referent für politische Bildung bei basa e. V. Er arbeitete bereits in zahlreichen Einrichtungen und Verbänden der außerschulischen politischen Bildungsarbeit. Seine gegenwärtigen Schwerpunkte: Digitalisierung, informationelle Selbstbestimmung, Ungleichwertigkeitsideologien, Medienarbeit und Didaktik der politischen Bildung. Er legt großen Wert auf interdisziplinäre Netzwerkarbeit und entwickelt stetig neue Methoden für das außerschulische Feld.

christian.kirschner@basa.de



Dana Meyer ist Referentin für politische Bildung bei basa e. V. Seit rund 10 Jahren ist sie in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig. Dabei spezialisierte sie sich vor allem auf die Sensibilisierung für Ungleichwertigkeitsideologien, Partizipation und Nachhaltigkeit. Darüber hinaus beschäftigt sie sich mit der Entwicklung und Förderung lebensweltorientierter Bildung.

dana.meyer@basa.de

Die in diesem Beitrag verwandte geschlechtersensible, inklusive Schreibweise weicht auf Wunsch der Autorin und des Autors von den in dieser Zeitschrift üblichen Regeln ab.

Zwischen Gaga und Hass

Warum sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ein Thema der politischen Bildung sein muss

Konträr zu der in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegenen Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen (LSBTIQ*) formulieren rechtspopulistische Parteien ihre geschlechter- und gesellschaftspolitischen Forderungen. Das heterosexuelle Paar mit Kindern, geschlechtlich unzweideutig und mit traditioneller Arbeitsteilung, steht nicht nur im Zentrum ihrer Politik, sondern fungiert auch als Folie, über die „die Anderen“ konstruiert und marginalisiert werden. Diese Praxis ist keine neue, aber eine wieder drängende Herausforderung für die Bildungsarbeit der Akademie Waldschlösschen. von Kim Alexandra Trau

Januar 2017: „Neuer Gaga-Vorschlag der Grünen: Uni-sex-Toiletten! Wir finden: Ab ins Klo mit wirren Genderwahn-Vorschlägen!“ – einen Post mit diesen Worten veröffentlichte nicht etwa die AfD in den Sozialen Medien, sondern die bayerische CSU (vgl. Blech 2017). Wie als Antwort darauf, jedoch schon lange geplant, fanden wenige Wochen später zwei Wochenend-Veranstaltungen in der *Akademie Waldschlösschen* statt, die sich mit dem erstarkenden Rechtspopulismus auseinandersetzten: „Wie gaga ist das denn? Die ‚Neue Rechte‘ und ihre Einflüsse auf unser Leben“ sowie „Wie können wir dem Hass entgegenreten? Zum selbstbewussten Umgang mit homo- und trans*feindlichen Angriffen“. Während erstere eine Veranstaltung der politischen Jugendbildung war, stand letztere allen Altersgruppen offen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit beiden Veranstaltungen wird diesem Text als roter Faden dienen. Er soll zur Kontextualisierung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in rechtspopulistischen Diskursen beitragen und versteht sich als ein Plädoyer für eine politische Bildung, die LSBTIQ*-Themen in den Blick nimmt.

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in rechtspopulistischen Diskursen

Ein Phänomen des Rechtspopulismus ist die Diskreditierung geschlechterwissenschaftlicher Forschung, die nicht von Beginn an und eifrig den Geschlechterdualismus affirmiert. Jede Kritik daran oder gar jeder Hinweis auf andere Geschlechtermodelle wird als unwissenschaftlich und ideologisch abgetan. Diese Entwicklung wurde auch von den *Gender Studies* rezipiert und führte zu diversen Repliken (vgl. z. B. Hark/Villa 2015). Eine Vertreterin dieser Gender-Diffamierung ist *Birgit Kelle*, die u. a. die „Demo für alle“ gegen einen neuen gender-sensiblen Bildungsplan in Baden-Württemberg mitorganisierte und 2015 das Buch „GenderGaga. Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will“ herausbrachte, was wiederum der Veranstaltung zu ihrem Namen verhalf und ein wichtiger Impetus für deren Konzipierung war.

Die Veranstaltung „Wie gaga ist das denn?“ begann inhaltlich mit einem Impulsreferat, das der Frage nachging, wer die *Neuen Rechten* seien. Vor der anschließenden Diskussion wurde noch ein Videoclip gezeigt, auf dem Mitglieder der neonazistischen Partei „Die Rechte“ zu sehen sind, wie sie auf einem Parkplatz und im umliegenden →

Gelände Personen auf ihre vermeintliche Homosexualität ansprechen und sie mit Verweis auf die Straftat der Erregung öffentlichen Ärgernisses einzuschüchtern versuchen (vgl. Stern 2015). Für die Teilnehmer*innen bot dieser Videoclip die Gelegenheit, die Brisanz des Rechtspopulismus und -radikalismus zu begreifen und auf ihre Lebensumstände zu übertragen. An den beiden folgenden Tag wurden dann in Kleingruppen diverse Texte und Videoclips zu den Oberthemen „Frühsexualisierung“, „AfD“ und „Die Rechte“ analysiert, erarbeitet und im Plenum vorgestellt. Eine Ausnahme von den ansonsten journalistischen Artikeln war die zweiseitige „Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung“ der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt (2016). Deren Aussagen illustrieren die aktuellen rechtspopulistischen Diskurse zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und sollen daher kurz behandelt werden. Der Titel ist bereits irreführend, da sich die Erklärung weniger mit einer sogenannten „Frühsexualisierung von Kindern“ beschäftigt, sondern eigentlich mit der Sexualisierung von Familie im Sinne eines biopolitisch nationalistischen Projekts. Die Familie ist demnach die „Keimzelle der Gesellschaft“, die Volk, Staat, Nation und das Leben erhält, und der Ort, an dem Kinder im Sinne der Lebens- und Wertvorstellungen ihrer Eltern „natürliche Vorstellungen“ von „Familienleben und Geschlechterrollen“ entwickeln. Da die Kindheit eine „Zeit der Unschuld“ sei, habe jedes Kind das Recht, vor Frühsexualisierung geschützt zu werden. Außerdem sei im Schulunterricht die Botschaft zu vermitteln, „nicht Triebbefriedigung, sondern eine intakte Familie (sei) ein primäres Lebensziel ...“. „(A)ndere Formen des Zusammenlebens und Sexualverhaltens“ dürften nicht „gleichwertig neben Ehe und Familie“ gestellt werden und Kinder nicht von gleichgeschlechtlichen Paaren adoptiert werden, um „eine normale und stabile Geschlechtsidentität“ zu ermöglichen. Die „traditionelle Familie“ solle Vorbild bleiben und gehöre zum „Kern der deutschen Leitkultur“ (AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt 2016).

Die Debatte um Frühsexualisierung, Gender und „Homo-Ehe“ wird – so scheint es hier – zu einem Mittel der Selbstvergewisserung eines rechtspopulistischen Bewusstseins, da sich darüber ein „nativistisches, biopolitisch-exklusives Volkskonstrukt“ (Sauer 2017, S. 15) schaffen lässt. Nach *Birgit Sauer* eignet sich für rechtspopulistisch antagonistische Zuspitzungen Geschlecht wiederum als ein Muster, da es die Gesellschaft in zwei klar voneinander abgetrennte und hierarchisch zueinander stehende Gruppen teilt, in denen es „natürlicherweise“ ein jeweils „anderes“ gibt. Soziale Ungleichheit bzw. die „prinzipielle

Ungleichheit von Menschen“ lässt sich so als notwendig und „natürlich“ präsentieren (ebd., S. 14 f.). Hierbei wird auch eine „Politik der Veränderung, des Otherring“ wirkmächtig, in der die Angst vor den „Anderen“ – z. B. Muslim*innen, Migrant*innen, Geflüchteten, Roma, LSBTIQ*, Feminist*innen und Gleichstellungsakteur*innen – dazu beiträgt, diese abzuwerten und als „nicht-zugehörig“ auszugrenzen (ebd., S. 15).

Insgesamt dient, so *Juliane Lang*, die Kritik am „Genderismus“, worunter alles fällt, was von traditionellen Familien- und Geschlechterbildern abweicht, nicht nur der Bestimmung eines gemeinsamen Feindbildes, sondern sie hat auch eine „Scharnierfunktion zwischen extremer, konservativer und religiöser Rechter mit Verbindungen bis weit in den bürgerlichen Mainstream“. Rechtsextremes und völkisches Gedankengut hält über Anti-Genderismus (wieder) Einzug in gesellschaftliche Debatten, wo es zuvor noch undenkbar oder zumindest unaussprechlich gewesen war (vgl. Lang 2017, S. 114 f.).

Politische Bildung in der Akademie Waldschlösschen

Diesen Faden nahm auch der Ankündigungstext der zweiten Veranstaltung „Wie können wir dem Hass entgegenzutreten?“ auf, als vom „alten Hass“ die Rede war, der wieder „hinter der Fassade von Liberalisierung und Toleranz“ hervortritt. Der aktuelle Rechtspopulismus ist schließlich nicht weit von der „alten“ Intoleranz, Ausgrenzung, Abscheu und Tabuisierung – insbesondere während der AIDS-Krise – entfernt. Es ist tatsächlich außerordentlich bemerkenswert, wie sich das gesellschaftliche Klima für



Foto: Akademie Waldschlösschen

LSBTIQ* in Deutschland alleine in den letzten zehn Jahren verändert hat. Noch Anfang der 2000er Jahre sprach sich gerade einmal die Hälfte der Befragten einer repräsentativen

tiven Studie für die Öffnung der Ehe aus (vgl. Europäische Kommission 2006, S. 42), inzwischen liegen die Zustimmungsraten bei über 80 % (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017, S. 3). Dieses Bild täuscht allerdings, schaut man sich einzelne Bereiche, z. B. die Jugendarbeit und Jugendbildung an: In einer Befragung von knapp 800 Münchener Sozialarbeiter*innen bewerteten 2009 90 % das soziale Klima an Schulen als unfreundlich gegenüber schwulen und lesbischen Jugendlichen (vgl. Direktorium der Landeshauptstadt München 2009, S. 13). Diese Zahlen stützen die Ergebnisse einer aktuellen Studie, nach der 55 % der befragten LSBTQ*-Jugendlichen an Bildungs- und Arbeitsorten „beschimpft, beleidigt und lächerlich gemacht“ wurden (Krell/Oldemeier 2017, S. 109) und 45 % berichteten, sie seien diskriminiert worden, weil sie „nicht ‚typisch weiblich‘ oder ‚typisch männlich‘ wirke(n)“ (ebd., S. 122). Hier werden Kontinuitäten sichtbar, die nie wirklich aufgebrochen worden sind und sie erklären, warum Bildungspläne zu rechtspopulistischen Kampf- und Bekennnisplätzen geworden sind: Hier entscheidet sich, ob sich ein vielfaltsbejahender oder eine vielfaltsverneinender Gesellschaftsentwurf in das Bewusstsein der nachkommenden Generationen durch entsprechende (politische) Bildung einschreibt oder eben nicht.

Die *Akademie Waldschlösschen* verstand sich von ihrer Gründung Anfang der 1980er Jahre an auch immer als ein Ort der politischen Bildung, an dem die gesellschaftliche Situation reflektiert, zu „selbstbewusste(m) Handeln in Richtung Veränderung/Emanzipation“ beigetragen, Initiativen aus der Bewegung aufgenommen und Menschen zu politischem und gesellschaftlichem Engagement und zur Selbstorganisation ermutigt wurden (Marbach 2013, S. 48 f.). Andererseits waren es nicht nur die klammen Kasernen des Landes Niedersachsen, die in den 1990er Jahren den Weg zur staatlich anerkannten Heimvolkshochschule zu einem steinigen gemacht haben. Zuletzt im November 2014 sah sich die Akademie genötigt, Beschwerde beim *Deutschen Presserat* einzulegen, nachdem die FAZ-Autorin *Antje Schmelcher* das *Waldschlösschen* und ein Mitglied seines Beirats in den Zusammenhang mit Kindesmissbrauch gebracht hatte (vgl. Klein 2014).

Der Bezug zur neuen „alten Zeit“ prägte denn auch die zweite Veranstaltung deutlich stärker, da sich die beiden Referent*innen nicht nur mit den aktuellen Reaktionen der LSBTIQ*-Organisationen auf Rechtspopulismus beschäftigten, sondern auch mit den Diskursverschiebungen, die es deswegen in den letzten ein, zwei Jahrzehnten gegeben hat. So wurde in zwei Vorträgen und über das Durchfüh-

ren bzw. Durchsprechen sexualpädagogischer Methoden aus dem von rechter Seite in die Kritik gedrängten Methodenbuch „Sexualpädagogik der Vielfalt“ (vgl. Tuider et al. 2012) u. a. intensiv über die postulierte Fokusverschiebung von sexueller Vielfalt/Aufklärung hin zu einer entsexualisierten Antidiskriminierungsarbeit diskutiert. Im weiteren Verlauf der Jugendveranstaltung wiederum waren die Teilnehmenden aufgefordert, sich kreativ mit den Einflüssen des Rechtspopulismus auf ihr Leben und Möglichkeiten einer widerständigen Praxis zu beschäftigen. Die Ergebnisse

Der aktuelle Rechtspopulismus ist schließlich nicht weit von der „alten“ Intoleranz, Ausgrenzung, Abscheu und Tabuisierung – insbesondere während der AIDS-Krise – entfernt.

reichten von Plakaten über Gedichte und Zeichnungen bis zu Briefen an sich selbst. Am letzten Tag ging es schließlich um den konkreten Umgang mit rechten Parolen im Alltag, im Arbeitsleben und in der Ausbildung und um Möglichkeiten und Grenzen gemeinschaftlichen bzw. individuellen Engagements.

Ausblick

Das *Waldschlösschen* hat es sich in seiner bald 40-jährigen Geschichte nie bequem gemacht und hätte es auch gar nicht gekonnt, denn ohne sein provokatives, kreatives und emanzipatives Anderssein wäre es schon lange obsolet. Es sind jedoch auch die gesellschaftlichen Umstände gewesen, die das *Waldschlösschen* immer wieder herausgefordert und es gezwungen haben, sich zu profilieren und weiterzuentwickeln. In den Bereichen Inklusion, Geflüchtete, Alter und Jugend gibt es noch viele Tabus, die besprochen und Hürden, die überwunden werden müssen. Aber – sicherlich am allerwichtigsten – es gibt Menschen, die Gemeinschaft, Austausch und Bestärkung suchen und im *Waldschlösschen* für sich finden.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017

→

Zur Autorin



Kim Alexandra Trau, Historikerin M. A., ist Jugendbildungsreferentin in der Akademie Waldschlösschen und Mitglied der Projektgruppe „Arbeitswelt und Lebensperspektive“ im AdB-Programm „Politische Jugendbildung“. Sie beschäftigt sich mit Diskriminierungserfahrungen von jungen LSBTIQ* in Ausbildung, Betrieb und Alltag, entwickelt Vernetzungs- und Empowerment-Veranstaltungen sowie Strategien zur Weiterentwicklung von Jugendarbeit in LSBTIQ*-Organisationen. 2014–2016 war sie als Teach First Fellow zur Stärkung der Bildungsgerechtigkeit an einer baden-württembergischen Werkrealschule tätig.

kim.trau@waldschloesschen.org

Die in diesem Beitrag verwandte geschlechtersensible, inklusive Schreibweise weicht auf Wunsch der Autorin von den in dieser Zeitschrift üblichen Regeln ab.

Literatur

AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt (2016): Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung; www.afdfraktion-lsa.de/wp-content/uploads/2016/11/Fruehsexualisierung.pdf (Zugriff: 25.09.2017)

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017): Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage; www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Handout_Themenjahrumfrage_2017.html (Zugriff: 29.09.2017)

Blech, Norbert (2017): Einstieg in rechtes Wahljahr. CSU: „Genderwahn-Vorschläge ins Klo!“; www.queer.de/detail.php?article_id=27935 (Zugriff: 25.09.2017)

Direktorium der Landeshauptstadt München (2009): „Da bleibt noch viel zu tun ...“ Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Situation von lesbischen, schwulen und transgender Kindern, Jugendlichen und Eltern in München; www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:3beac935-7d1b-40ee-afe5-a5d1fd3bffb5/jughilfe_broschuere.pdf (Zugriff: 29.09.2017)

Europäische Kommission (2006): Eurobarometer 66. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union; ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb66/eb66_highlights_de.pdf (Zugriff: 29.09.2017)

Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript Verlag

Kelle, Birgit (2015): GenderGaga. Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will. Asslar: Adeo Verlag

Klein, Dennis (2014): Angriff auf Professor Rüdiger Lautmann. FAZ weitet homophobe Kampagne aus; www.queer.de/detail.php?article_id=22757 (Zugriff: 25.09.2017)

Krell, Claudia / Oldemeier, Kerstin (2017): Coming-out – und dann ...?! Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Opladen: Verlag Barbara Budrich

Lang, Juliane (2017): „Wider den Genderismus!“ Extrem rechte Geschlechterpolitiken. In: Milbradt, Björn et al. (Hrsg.): Ruck nach Rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 107–118

Marbach, Rainer (2013): Das Freie Tagungshaus Waldschlösschen 1980–1999. Vom alternativen Projekt zur staatlich anerkannten Heimvolkshochschule. In: Pretzel, Andreas/Weiß, Volker (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Integration. Schwule Politik und Schwulenzugbewegung in den 1980er und 1990er Jahren. Hamburg: Männer-schwarm Verlag, S. 34–65

Sauer, Birgit (2017): Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. In: PVS Politische Vierteljahresschrift 58 (1/2), S. 3–22

Stern (2015): Rechte Selbstjustiz. Dortmunder Neonazis gehen auf Schwulenjagd, 18.08.2017; www.stern.de/6387706.html (Zugriff: 25.09.2017)

Tuider, Elisabeth / Müller, Mario / Timmermanns, Stefan / Bruns-Bachmann, Petra/Kopperman, Carola (2012): Sexualpädagogik der Vielfalt. Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Prävention für Schule und Jugendarbeit. Weinheim und Basel: Beltz Juventa

Rezensionen

Meron Mendel / Astrid Messerschmidt (Hrsg.): **Fragiler Konsens** Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft



Frankfurt am Main / New York 2017
Campus, 309 Seiten

VON DORON KIESEL In einer Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, Konsequenzen aus der eigenen Vergangenheit zu ziehen und eine politische Kultur zu etablieren, die auf demokratischen und liberalen Grundlagen basiert, löst das Wiedererstarken antisemitischer Einstellungen einen erheblichen Grund zur Sorge aus. Antisemitische Denk- und Handlungsmuster wenden sich in der Regel nicht alleine gegen eine spezifische Minderheit, sondern gegen die demokratischen Strukturen unserer Gesellschaft. Sie lassen sich sowohl in der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch in Teilen der migrantischen Communities finden.

Daher ist der von Meron Mendel und Astrid Messerschmidt herausgegebene Band „Fragiler Konsens“ Ausdruck eines kritischen Blicks auf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung eines Landes, das trotz seines Wohlstands und seiner Stabilität Sollbruchstellen erkennen lässt. Hierzu zählen nachhaltige Defizite in der politischen Bildung, fehlende historische Kenntnisse der jüngsten deutschen Vergangenheit und eine sich absenkende Tabuschwelle gegenüber antisemitischen Ressentiments, die nicht selten in eine einfältige Kritik an der Politik des Staates Israel gekleidet werden.

Der Sammelband stellt in einer vorbildlichen Weise die aktuellen Debatten zu diesem Themenkomplex in der Bundesrepublik dar und spiegelt die Reichweite der Problem-

komplexe präzise wider.

In einer mehrjährigen Tagungsreihe, die unter dem Namen „Blickwinkel. Antisemitismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft“ fungiert, wurden unter der Leitung der Berliner Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, der Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank, dem Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Frankfurter Fritz Bauer Institut Konferenzen durchgeführt, die sich mit Phänomenen des Antisemitismus, des Rassismus und der Islamfeindlichkeit in der Migrationsgesellschaft befassen. Es wurden innovative bildungsstrategische Ansätze entwickelt, die die gesellschaftliche, wissenschaftliche und pädagogische Auseinandersetzung mit Vorurteilen und mit ausgrenzenden Denk- und Deutungsmustern fördern.

Die Autoren und Autorinnen teilen die Einsicht, dass antisemitische ideologische Muster bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen und auch von denjenigen Gruppen vertreten werden, die selbst von rassistischen Zuschreibungen betroffen sind. Dieses scheinbar paradoxe Verhalten ist häufig auch bei muslimischen Jugendlichen und Erwachsenen anzutreffen.

Antisemitismuskritische Bildung will sowohl spezifische Ausdrucksformen von Judenfeindschaft, ihre Funktion und ihre Denkfiguren identifizieren, als auch die Wirkungsweise tradierter antisemitischer und populistischer Weltanschauungen analysieren. Zielsetzung einer solchen methodischen Herangehensweise ist die Verknüpfung von theoretischen Zusammenhängen, die im Kontext der Antisemitismusforschung diskutiert werden, mit einer hierauf Bezug nehmenden pädagogischen Praxis, die eine kritische Hinterfragung bisheriger migrationspädagogischer Grundannahmen als notwendig erachtet.

Die Bandbreite der Beiträge ist beeindruckend und kann an dieser Stelle nur angedeutet werden: So wird die Erfahrung im pädagogischen Feld thematisiert, die sich auf die Grenzen der Vermittlung antisemitismuskritischer Positionen bezieht. Die fehlende Empathie, die Geschichtsleugnung oder die Abwehrhaltung jugendlicher Gesprächspartner gegenüber einer kritischen Reflexion eigener jüdenfeindlicher Denkmuster bestätigt die Erkenntnis, dass ein ausschließlich auf historischen Fakten basierender Unterricht die Adressaten affektiv nicht tangiert, da das →

Faktenwissen sich nicht mit ihren eigenen biographischen Erfahrungen in Verbindung bringen lässt.

Antisemitismuskritische Bildung hat nur dann eine Chance, relevante Einstellungsveränderungen zu bewirken, wenn sowohl die mit der Thematik befassten Pädagogen und Pädagoginnen als auch ihre Zielgruppen die eigenen biographischen Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus reflektieren. Erst in einem solchen Prozess können Erinnerungsbewehrung und Distanzierungswünsche artikuliert und bearbeitet werden.

Der Beitrag, der sich mit dem Zusammenhang von postkolonialen Theorien, Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzt, verweist auf die Engführung einer Argumentation, die die aktuellen Formen des Antisemitismus aus ihren Analysen ausblendet. Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass eine Denunziation westlicher Forderungen nach universalistischen Prinzipien wie Emanzipation und Aufklärung als kolonial die inhärenten Gründe des sozialen und ökonomischen Niedergangs der arabischen Welt kaschiert. Die Verfasser dieses Textes bemängeln die fehlende Verständigung zwischen postkolonialer Theoriebildung und Antisemitismusforschung, die dazu führt, dass Antisemitismus keine Erwähnung in den postkolonialen Studien findet.

Die Tour d'Horizont durch die antisemitismuskritische Bildungslandschaft in der Migrationsgesellschaft, die mit dieser Veröffentlichung vorliegt, vermag nicht nur zu einem sensiblen Umgang mit der Thematik beizutragen, sondern auch einen Paradigmenwechsel in der interdisziplinär und intersektional aufgestellten Bildungsarbeit zu bewirken, der den fragilen Konsens zu stützen vermag.

Falk Scheidig: Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis

Eine empirische Studie zu wissenschaftsbasierter Lehrtätigkeit



Bad Heilbrunn 2016
Verlag Julius Klinkhardt, 255 Seiten

VON KLAUS-PETER HUFER In der letzten Zeit hat sich einiges getan, um das in der Vergangenheit eher vernachlässigte Feld der politischen Erwachsenenbildung auszuleuchten. Aber es fehlte noch die gründliche Beschäftigung mit denjenigen, die „vor Ort“ die Vorträge halten, die Kurse und Seminare leiten und das Gesicht der Erwachsenenbildung prägen. Was bedeutet ihre Arbeit für die Profession? Kann man angesichts der Tatsache, dass das Feld insgesamt unübersichtlich und die Zahl der Anbieter politischer Erwachsenenbildung unklar ist, wirklich von einer Profession der dort Arbeitenden sprechen?

Das will Falk Scheidig herausfinden. Er hat schon in der Vergangenheit mit mehreren Beiträgen zum Berufsbild politischer Erwachsenenbildner/-innen auf sich aufmerksam gemacht. Seine Studie ist die an einigen Punkten überarbeitete Fassung seiner von der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg angenommenen Dissertation.

Das Interesse des Autors ist es, „Wissen über die wissenschaftliche Fundierung der Praxis politischer Erwachsenenbildung zu generieren“ (S. 26). Dabei schaut er vor allem genau auf das Verhältnis von Theorie und Praxis in diesem Feld, also von Wissen und Handeln. Entstanden ist so eine äußerst materialreiche, genau analysierte und luzide begründete Arbeit. Scheidig hat die für seine Untersuchung relevante Literatur rezipiert, insgesamt enthält das Verzeichnis über 1.000 Titel. Allein das ist schon eine ergiebige Bibliographie der politischen Erwachsenenbildung.

Schon in der „Einleitung“ stellt Scheidig auf zwölf Seiten differenziert klar, was unter politischer Erwachsenenbildung, ihrer Professionalität und ihrer Funktion zu verstehen ist. Dabei – und im Folgenden – „beschränkt“ sich der Verfasser auf die institutionalisierte, organisierte politische Erwachsenenbildung. Dieses Feld ist „facettenreich“ (S. 21), was die wissenschaftliche Darstellung erschwert. Zusammen mit bildungspolitischen Entwicklungen, nicht allzu üppiger Nachfrage der Teilnehmenden und den „Marginalisierungstendenzen“ auf dem Bildungsmarkt (S. 22) ist es für Scheidig zu „rechtfertigen, den gegenwärtigen Zustand politischer Erwachsenenbildung kritisch zu beurteilen“ (S. 25).

Danach wird auf wenigen Seiten Forschungsstand und -desiderat der politischen Erwachsenenbildung profund und absolut kenntnisreich vorgestellt. Auf weiteren 100 Seiten, wird äußerst differenziert über Semantik und Kriterien von Profession, Professionalisierung und Professionalität der Erwachsenenbildung aufgeklärt, das Verhältnis von Theorie und Praxis pädagogischen Handelns und die wissenschaftliche Infrastruktur politischer Erwachsenenbildung in den Blick genommen. In seinem „Zwischenfazit“ kommt Scheidig zu dem Schluss, dass „es wenig gerechtfertigt (erscheint), (...) dem Segment der politischen Erwachsenenbildung den Status einer Profession zuzubilligen“ (S. 146). „Wenig vereinbar mit dem Status einer Profession“ ist zudem die Beschäftigungssituation der zahlreichen Kurs- und Seminarleiter/-innen, die „befristet, auf Honorar- oder Projektbasis und oft in Teilzeit“ angestellt sind (ebd.). Auch ansonsten ist das Manko groß, z. B. im Verhältnis von Theorie und Praxis und im Mangel an wissenschaftlichen Ressourcen politischer Erwachsenenbildung.

Allein diese fleißige, akribische und beeindruckende Literaturarbeit würde eine höchst anerkennenswerte Veröffentlichung rechtfertigen. Doch Scheidig liefert noch eine empirische Überprüfung seines Forschungsinteresses, nämlich ob bei den Kursleiterinnen und -leitern „die Sensibilität für das Erfordernis der wissenschaftlichen Fundierung von Bildungspraxis vorhanden ist“ (S. 154 f.), ob dafür Wissenschaft – und wenn ja, welche – relevant ist. Der Autor hat sich für qualitative Interviews entschieden und zwölf Kursleiter/-innen befragt. Dabei habe ich eine – die einzige – kritische Anmerkung, nämlich die meiner Meinung nach überkorrekte Anonymitätswahrung. So erhält man nur sehr allgemeine Informationen zu den befragten Personen. Deren Auskünfte auf 24 Haupt- und 44 Nebenfragen (S. 251 ff.) fallen mitunter drastisch und er-

nüchternd aus. Gerade da wären genauere Hinweise auf Berufsbiographien und institutionelle Zugehörigkeiten sicherlich von Aussagewert.

Die Lektüre dieses Kapitels offenbart, dass einige Befragte jegliche Professionalität und wissenschaftliche Theorie ablehnen, und zwar dezidiert und apodiktisch formuliert, dass sie methodische und didaktische Fragen nicht interessieren und in atemberaubender Weise ihre Veranstaltungen inhaltlich sehr subjektiv planen. Wenn das auch nicht bei allen Befragten so ist, wird der Leseindruck doch durch etliche derart frappierende Äußerungen geprägt. Man kann an dieser Stelle nur hoffen, dass die zwölf Interviewten – trotz aller methodischen Umsicht Scheidigs – nicht repräsentativ für Kursleiter/-innen der politischen Erwachsenenbildung sind.

Am Ende seiner Arbeit fasst Scheidig den Ertrag zusammen: Es gibt „berechtigten Anlass zu(r) Skepsis“ (S. 203), ob die Praxis politischer Erwachsenenbildung theoretisch fundiert ist. „Es dominiert vielmehr die subjektive Sicht auf die Lehrtätigkeit“ (S. 207). Es sollten „segmentspezifische Mindeststandards“ entwickelt, implementiert und etabliert werden (S. 209). Die „prädestinierten Bezugswissenschaften, gemeint sind Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft und Politikdidaktik“ (S. 209), sollten ihr Verhältnis zur politischen Erwachsenenbildung klären. Das Praxisfeld ist angehalten, „die eigenen Wissenschaftsbezüge zu reflektieren“ (S. 209).

Wer das Feld mit all seiner heterogenen, widersprüchlichen Verfasstheit und oft auch von gegenseitiger Ignoranz und Arroganz geprägten Atmosphäre kennt, der weiß, dass das ein weiter und dornenreicher Weg ist. Aber es führt kein anderer Weg zu einer endlich verdienten wissenschaftlichen (und dann auch bildungspolitischen) Anerkennung des Faches. Es ist das Verdienst dieser fulminanten Arbeit von Falk Scheidig, dies ohne Wenn und Aber deutlich zu machen.

Fritz Reheis: Politische Bildung

Eine kritische Einführung



Wiesbaden 2016 (2. Auflage)
Springer VS, 183 Seiten

VON INES POHLKAMP Fritz Reheis, seit 2014 Professor im Lehrstuhl politische Theorie an der Universität Bamberg, ist Philosoph, in der Soziologie promoviert und in den Erziehungswissenschaften habilitiert. Eines seiner zentralen Anliegen ist die Entschleunigung von Bildungsprozessen, die eine kritische politische Bildung möglich macht.

Sein Buch ist eine „kritische Einführung“. Kritik ist nach Fritz Reheis sein theoretischer Bezug auf Hegel, die Frankfurter Schule, Negt, Marx, Honneth und Streeck. Reheis' „kritischer Anspruch“ bestehe aus der „Parteiergreifung für die Demokratie“, die sich nicht einer Marktlogik unterordnen soll (S. 3). Der Autor will Praktiker/-innen z. B. aus NGOs, Studium, Bürgerinitiativen und Schulen anregen, ihre Praxis kritisch zu reflektieren, er will neue Impulse geben und Einsteiger/-innen auf die Praxis vorbereiten. Deshalb befasse ich mich in dieser Rezension mit der Frage: Ist Reheis' Einführung geeignet, an politischer Bildung interessierten Menschen einen Einblick und einen Einstieg in die kritische Reflexion der politischen Bildung zu geben?

Das Buch gliedert sich in sieben aufeinander aufbauende Kapitel. Nach einer Einleitung (Kapitel 1) wird zunächst eine Hinführung zur politischen Bildung als Gegenstand von Wissenschaft und Praxis angeboten (Kapitel 2), wonach aufbauend Ziele der politischen Bildung dargestellt werden (Kapitel 3). Im vierten Kapitel werden die institutionellen und persönlichen Voraussetzungen für eine politische Bildung beleuchtet, um daran anschließend den im Buch als Kerngedanken dargestellten Aspekt der „Mündigkeit als Prozess“ zu thematisieren (Kapitel 5). Als zentrale Themenfelder und Herausforderungen nennt Reheis „Gesellschaft und Ungleichheit“, „Wirtschaft und Staat“, „Europa und Welt“, „Friede und Umwelt“ und „Politische Grundstörungen“ (Kapitel 6). Das siebte Kapitel beinhaltet

ein kurzes Schlusswort. Der Aufbau ist klar strukturiert und nur wenig wiederholend.

Reheis nutzt in der gesamten Diskussion einen weiten Politikbegriff, der es ihm ermöglicht, alle Prozesse in der Gesellschaft als politisch zu verstehen: „Politik ist (...) alles, was mit dem Politischen, also dem verbindlichen Allgemeinen bzw. dem allgemein Verbindlichen innerhalb eines Gemeinwesens zusammenhängt.“ (S. 9) Analog dazu nutzt er einen weiten Bildungsbegriff. Dieser umfasst aus den Teildisziplinen Pädagogik, Psychologie und Politikwissenschaft Modelle wie Erziehung, Sozialisation oder Lernen, Prozesse der Aneignung, des Geprägt-Werdens. Dabei kann „politische Bildung (...) niemals losgelöst von den historischen Konstellationen und politischen Auseinandersetzungen existieren“ (S. 11). Nach Reheis ist das Spannungsverhältnis zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit für die politische Bildung zentral: „Nur so kann das doppelte Bewusstsein dafür, dass sich Vieles ändern, Vieles aber auch bewahrt werden muss, lebendig gehalten werden.“ (S. 13)

Für Reheis ist das Primat der Demokratie über den Markt und die Reflexion der Logik wirtschaftlicher Prinzipien entscheidend, wobei die Suche nach menschenwürdigen Formen der Gestaltung von Staat und Wirtschaft innerhalb dieses wohl definierten Rahmens prinzipiell offen sein muss. Diese Offenheit muss sich der Frage stellen, welche Werte und Prinzipien erneuert und welche erhalten bleiben müssen. Diese Form der Aufklärung erfordert nach Reheis die „Integration von Denken, Fühlen und Handeln“ (S. 39). Er reflektiert die Bedeutung von Institutionen im Bildungsprozess und betont beispielsweise, politische Bildung könne nicht früh genug beginnen. Es sei wichtig, dass Kinder bereits im Kindergarten Partizipationschancen erhalten und Verantwortung übernehmen können. Die Affekte der Bildungssubjekte bestimmen wesentlich, inwiefern welche Bildung möglich ist: „Die Sensibilität (der Fachkräfte in der politischen Bildung) für diese Ausgangsvoraussetzungen ist für den Erfolg des Bildungsprozesses von entscheidender Bedeutung.“ (S. 68)

Gemäß den Ideen der Bildung nach Ausschwitz ist die „Mündigkeit als Prozess“ ein Kernelement in der politischen Bildung von Fritz Reheis. Er nennt als Voraussetzung für diesen Prozess die Gestaltung des Bildungsprozesses als partizipativer Akt, in dem sich die Methoden und die Herangehensweisen vielfältig zeigen können.

Nun wird es Zeit, eine Antwort auf die oben genannte Frage zu geben: Eignet sich dieses Buch, interessierten Menschen einen Einblick und einen Einstieg in die kritische Reflexion der politischen Bildung zu geben? Meine Ant-

wort fällt ambivalent aus: Als Lektüre für eine erste kritische Perspektive auf die politische Bildung ist dieses Werk mit der Benennung zentraler Begriffe und Diskussionsanregungen eine notwendige Grundlektüre. Leider glaube ich, dass das Buch durchaus die Leidenschaft an der politischen Bildung im ersten Moment mindern kann. Ferner sind inhaltliche Mängel sicherlich nicht zu übersehen. Allein das Thema Geschlecht ist bestenfalls rudimentär recherchiert (S. 56–58). Zudem erhalten die Leser/-innen eine Sichtweise auf politische Bildung, die sich (ausschließlich) an den kritischen, klassischen Lehren und Hinweisen orientiert. Feministische, queere, postkoloniale, poststrukturalistische Perspektiven sind im gesamten Werk nicht zu finden. Zwar ist der dargestellte Bezug hilfreich und von hoher Bedeutung, aber ich vermisste die Offenheit für andere Sichtweisen, und ganz konkret: das Frische, das Augenzwinkernde, das Lachende, den Humor.

Rahel Baumgartner / Hakan Gürses (Hrsg.): Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich



Schwalbach/Ts. 2015
Wochenschau Verlag, 284 Seiten

VON PAUL CIUPKE Man ahnt natürlich, dass die Diskurse und Organisationsformen der politischen Erwachsenenbildung in Österreich nicht grundverschieden von denen in Deutschland sind, aber was weiß man Genaueres über die österreichischen Verhältnisse? Wer mehr erfahren möchte, kann nun zu einem informativen Sammelband greifen, in dem zwanzig Einzelbeiträge vereinigt sind. Die Autorinnen und Autoren kommen überwiegend aus der Praxis, eine Parallele zur Bundesrepublik, wo zumeist auch die Praktiker ihre eigenen Theoretiker sein müssen angesichts kaum

vorhandener Professuren für außerschulische politische Bildung. Das muss aber einer gewissenhaften und informierten Auseinandersetzung mit dem Feld keinen Abbruch tun. Die Herausgeberin Rahel Baumgartner und der Herausgeber Hakan Gürses sind Geschäftsführerin und wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung (ÖGPB). Deren wechselhafte Geschichte und Arbeit stellen in ihren Einzelbeiträgen Gerhard Baumgartner und Rahel Baumgartner vor.

Wie in Deutschland ist auch in Österreich die Geschichte der politischen Bildung eng mit der der allgemeinen Erwachsenenbildung verbunden. Auch dort gab es Volksbildungsvereine, Volkshochschulen, Volkshome, Arbeiterunterrichtskurse und Arbeiterbildungseinrichtungen, die Urania und ähnliches mehr. Dennoch scheint es in Österreich nicht zu einem weitreichend institutionell und thematisch ausdifferenzierten Feld der außerschulischen politischen Bildung gekommen zu sein wie in einigen Bundesländern in Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde vor allem die Bildungsarbeit der Parteiakademien gefördert, aktuell mit 10 Mio. € im Jahr. Die Österreichische Gesellschaft für politische Bildung hingegen kann jährlich spärliche 240.000 € an Fördermitteln ausgeben. Allerdings sind die Bundesländer Wien und Kärnten keine Vereinsmitglieder und beteiligen sich auch nicht an der Finanzierung. Zu den weiteren Aufgaben der ÖGPB gehören Fortbildungsveranstaltungen und die wissenschaftliche und pädagogische Weiterentwicklung der Ansätze politischer Erwachsenenbildung. Zwischenzeitlich geriet der 1978 ins Leben gerufene Verein in die Krise und es wurde 1991 das Österreichische Institut für politische Bildung, das von der ÖGPB getragen wurde, aufgelöst, unter anderem weil offenbar das parteipolitische Proporzdenken die Arbeit bürokratisierte und behinderte. Schließlich wurden Verein und Aufgabenfelder neu strukturiert. Die Projektarbeit und Förderungswege der ÖGPB werden im Einzelnen von Barbara Schöllenger erläutert. Die Höchstförderungssumme für einzelne innovative Projekte liegt bei bescheidenen 4.500 €.

Reinhard Patak beschreibt in seinem Beitrag die Landschaft der Erwachsenenbildungsverbände und weitere Akteure politischer Bildung im Jahr 2015. Auffällig ist, dass es Landeszentralen und eine Bundeszentrale nicht gibt. Politische Bildung ist in der Regel ein kleines Arbeitsgebiet der Erwachsenenbildungseinrichtungen, die sich ähnlich wie bei uns den Volkshochschulen sowie konfessionell, beruflich, ländlich oder anderweitig ausgerichteten Verbänden zuordnen lassen. Daneben erwähnt Patak – zum Teil →

exemplarisch – NGOs, Selbstorganisationen und die Parteiakademien. Das Anbieterfeld wirkt vielfältig, aber auch unübersichtlich. Die außerschulische Jugendbildung wird von Patrik Danter vorgestellt. Auch er tut sich schwer mit einer schlüssigen Übersicht, weil es viele Überschneidungen von Verbänden, Tätigkeitsfeldern und Professionsverständnissen gibt – ein Problem, das auch in Deutschland gegeben ist.

Die Berichte über Ansätze und Themen zeigen ebenfalls viele Gemeinsamkeiten auf. Auch in Österreich geht es derzeit um interkulturelle Bildung, globales Lernen, Minderheiten, Zeitgeschichte, Social Media und ähnliches mehr. Hakan Gürses reflektiert in seinem grundsätzlichen Beitrag über das Politische in der politischen Bildung. Ob man aber seiner These zustimmen kann, dass „vor lauter Didaktik und Bildungstheorie“ nur noch selten gefragt wird, was Politik sei, bezweifle ich aber sehr. Gürses beklagt eine „Demokratieüberhöhung“, die auch zu einer Aushöhlung des Politischen führe und einen – so von ihm bezeichneten – Neo-Bonapartismus begünstige. Dagegen setzt er auf soziale Bewegungen, die er „Agora-Bewegungen“ nennt. Das Politische ist in dieser Sichtweise das noch Unabgeglichene. Als Gastautor aus Deutschland erörtert Klaus-Peter Hufer die aktuellen Kompetenzkonjunkturen. Originell wirken Beiträge, die an Paolo Freire erinnern, den Beitrag der Gemeinwesenarbeit bzw. der Community Education untersuchen oder politische Bildung in sozialen Bewegungen aus anarchistischer Perspektive betrachten.

Eigentlich ist es erstaunlich, dass wir jetzt erst einen solchen Überblick über die österreichische politische Erwachsenenbildung erhalten haben. Wünschenswert wären mehr Kooperationen und andere gemeinsame Aktivitäten von deutschen und österreichischen Akteuren.

Wolfgang Benz (Hrsg.): *Fremdenfeinde und Wutbürger*

Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?



Berlin 2016
Metropol Verlag, 300 Seiten

Rolf Gloël / Kathrin Gützlaff / Jack Weber: *Gegen Rechts argumentieren lernen*



Hamburg 2017 (Aktualisierte
Neuausgabe)
VSA Verlag, 188 Seiten

VON FRANZ ANGER Um den Aufstieg der völkischen Alternative für Deutschland (AfD) aufzuhalten, gibt es in der politischen Bildung zwei grundverschiedene Strategien. Während – grob gesagt – staatstragende Akteure der hiesigen Marktwirtschaftsdemokratie aufs Ausgrenzen setzen, wollen (system)kritische Akteure die AfD durch Argumente stoppen.

Der Faschismusforscher Wolfgang Benz hat 2016 das Buch „Fremdenfeinde und Wutbürger“ herausgegeben, in dem sich allerlei Sozialwissenschaftler mit der AfD als Variante des „Rechtspopulismus“ befassen. Bereits bei der Lektüre des Einleitungsaufsatzes erfährt man, dass die AfD als

antidemokratische Partei ausgegrenzt werden soll. Benz rügt die „Abwesenheit jeder konstruktiven Idee“ und stigmatisiert die „Hassparolen“ der alternativen Partei als „kriminell“, um zu einer arg holprigen Verdammung zu gelangen: „Volksverhetzung, Beleidigung, Rassismus ist nicht Politik“ (S. 19).

Unter dem Titel „Wandel und Wut“ plädiert Peter Widmann in seinem Beitrag zunächst dafür, „die Zumutungen der Globalisierung“, die einem Teil der Bevölkerung das Leben erschwere, als Nährboden der AfD-Mobilisierungserfolge wahrzunehmen (S. 41 f.). Sodann präsentiert der Autor sein Heilmittel gegen den Aufstieg der „neonationalistischen Rechtspopulisten“, indem er sich für deren Demaskierung im Parlament ausspricht. Da sie im Parlament gezwungen seien, inhaltlich mitzuarbeiten, werde sich zeigen, dass „die Zumutungen der Globalisierung und der weltweiten Interdependenz“ nicht zu bannen seien, indem sie ignoriert werden. Dass die AfD „Isolationismus“ predige, sei keine „Alternative zur aktiven Mitgestaltung globaler Prozesse“ in den internationalen Institutionen (S. 43 f.). Mittels seines engagierten Plädoyers fürs konstruktive Mitmachen trägt der marktwirtschaftskonforme Sozialwissenschaftler Widmann dazu bei, eine unliebsame Alternative nationaler Politik auszugrenzen.

Clemens Escher, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Bundestag, nennt seinen robusten Beitrag „Die AfD als Anti-Bundesrepublik-Partei“ (S. 181 ff.). Der couragierte Historiker attestiert der AfD eine „vulgäre Grundhaltung“, mit der „kein Staat zu machen“ sei (S. 190). Denn die Partei sei „am Konflikt als solchem“, nicht aber „an seiner parlamentarischen Lösung“ interessiert (S. 182). Während sich „die Bundesrepublik“ (sic!) bemühe, „die Ängste vor sozialen Überwältigungen abzubauen“, versuche die „antibundesrepublikanische“ AfD, die „Furcht zu schüren“ (S. 190). Da die Modernisierungskritik der AfD nichts als „antibundesrepublikanischer Geifer“ sei, gehöre zumindest der „extremistische“ Teil der Partei „unter Observanz des Verfassungsschutzes“ (S. 191). Als „Strategie und Haltung“ gegen die AfD empfiehlt Escher, der Wissenschaftler im Dienste des Staatsapparates, mithin eine verbindliche „formelle und ideelle Wehrhaftigkeit“ des staatlichen Herrschaftspersonals, die offenbar keiner gescheiterten Argumente bedarf (190 f.).

Aufs gescheite Argumentieren setzen hingegen die Hochschullehrer Rolf Gloël, Kathrin Gützlaff und Jack Weber, deren Schrift „Gegen Rechts argumentieren lernen“ nun als überarbeitete und aktualisierte Neuausgabe vorliegt. Ihre aufklärerische Gegenposition zum Umgang mit

der AfD und ähnlichen Phänomenen, den die etablierte Politik und der pädagogische Mainstream pflegen, wird im Klappentext auf den Punkt gebracht: „Es gilt, Menschen, denen völkische und ausländerfeindliche Urteile einleuchten, brauchbare und stichhaltige Argumente gegen Rassismus und Nationalismus nahezubringen.“

Das Buch stellt in den Kapiteln 2 bis 4 ein konkretes Argumentationskonzept vor, das die Bereiche Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit als Grundelemente der rechten Ideologie umfasst. Dabei sind die Kapitel so konzipiert, dass sie jeweils für sich stehen und entsprechend für politische Bildungsmaßnahmen verwendet werden können. Nutzerfreundlich ist das Buch, da die Texte mit vielerlei Materialien wie Infoboxen, Karikaturen etc. versehen sind. In die Neuauflage wurden die Entwicklungen seit den Protesten gegen Angela Merkels utilitaristische Flüchtlingspolitik einbezogen. Insbesondere werden nationalistische und rassistische Stellungnahmen von Politikern der AfD herangezogen, um darzulegen, wie rechte Positionen heutzutage geartet sind und inwiefern sie sich von der etablierten Politik unterscheiden beziehungsweise mit ihr übereinstimmen.

Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen etablierten und rechten Parteien werden beispielsweise hinsichtlich der „Ausländerpolitik“ herausgearbeitet (S. 121 ff.). Gemeinsam sei den beiden Formen bürgerlicher Politik der Nationalismus, dem die staatlich hergestellte Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern als naturgegeben erscheint. Auf dieser Basis seien die AfD und andere Rechtsparteien prinzipiell gegen die Anwesenheit von Ausländern, weil sie ein Schaden für das deutsche Volk und seine völkische Identität sei. Im Unterschied zu den Rechten, deren Ideologie der völkische Nationalismus ist, praktizieren die staatstragenden Demokraten den utilitaristischen Nationalismus, indem sie die Anwesenheit von Ausländern gestatten, falls jene in politischer oder ökonomischer Hinsicht als nützlich für die deutsche Nation befunden werden. Dass beide Formen des Nationalismus vor allem für die lohnabhängigen Staatsbürger schädlich seien, entfalten die Autoren im zweiten Kapitel mittels ihrer „Argumente gegen Nationalismus“ (S. 56 ff.).

Weil also die etablierten Parteien mit Hilfe staatstragender Ideologieproduzenten darum wetteifern, der AfD dadurch die Wähler wieder abzugeben, dass sie die Konkurrenz von Rechtsaußen „einerseits aus dem ‚Konsens der Demokraten‘ exkommunizieren, andererseits nationalistische Positionen für sich reklamieren und entsprechende Themen zu ‚besetzen‘ trachten“, geht es Gloël und sei- →

nen Mitautoren darum, Gegenargumente zu explizieren, die für die politische Bildungsarbeit tauglich sind. Mittels inhaltlicher Argumentation soll dem rechten Gedankengut der Garaus gemacht werden, sodass die AfD – und nicht nur sie – gestoppt wird, weil ihr die Anhänger ausgehen.

Konrad Ott: *Zuwanderung und Moral*



Stuttgart 2016
Reclam, 94 Seiten

VON ULRICH STEUTEN Wie kein anderes Thema bestimmt die politische Positionierung zu einer anscheinend kaum mehr zu bewältigenden Zuwanderung von Flüchtlingen seit 2015 den öffentlichen Diskurs. Die Ansichten und Meinungen zu den Fragen, welche und wie viele Flüchtlinge, für welche Dauer, an welchen Orten, mit welchem Recht und welchen Versorgungsstandards bleiben dürfen, werden öffentlich hoch kontrovers und nicht selten extrem affektiv ausgetragen.

In einer derartigen Situation, die der Kieler Philosophieprofessor Konrad Ott als eine „geschichtlich gesehen beispiellose“ (S. 7) bezeichnet, sind angesichts erregt und polemisch vorgetragener Äußerungen besonnene und grundsätzliche Überlegungen mehr als angeraten. Otts knappe und konzise Auseinandersetzung über die hinter den vorgebrachten Meinungen stehenden „konkurrierenden Moralauffassungen“ bietet hier eine gute Orientierungshilfe, sich über Fragen zu Flüchtlings- und Migrationsethik grundsätzlich Klarheit zu verschaffen. Seine Überlegungen zu einer moralisch angemessenen Haltung in Anbetracht der aktuellen Zuwanderungssituation verfolgt Ott anhand der von Max Weber konzipierten idealtypischen Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik.

Wichtig ist Ott zunächst die Unterscheidung zwischen Migration und Flucht. Erstere ist für ihn dadurch motiviert, dass Menschen sich zwanglos dafür entscheiden, durch Auswanderung ihre Lebenssituation zu verbessern. Flüchtlingen dagegen bleibt in der Regel nicht die Alternative zwischen Bleiben oder Gehen, sie sehen sich aus existenziellen Gründen zur Flucht gezwungen. Sie zu schützen, nimmt die aufnehmenden Staaten daher laut Ott auch „stärker in die Pflicht“ (S. 14). An der Frage, in welchem Ausmaß und für welche Dauer diese moralische Pflicht gelten soll, entzündet sich die Auseinandersetzung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethikern. Ott fächert diese Kontroverse in vielfältiger Weise auf. Schritt für Schritt präsentiert er denkbare Argumente für und gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und diskutiert die sich daraus potenziell ergebenden Folgen. Als Ausgangspunkt wählt er den oft gesinnungsethisch formulierten Geltungsanspruch „Der Staat S hat die moralische Pflicht O, Flüchtlinge zu beherbergen h.“ (S. 18). Aus diesem ergeben sich bei weit gefasster Auslegung zusätzliche moralische Verpflichtungen. Konsequentermaßen gesinnungsethisch argumentiert lässt sich laut Ott am Ende „die Forderung nach offenen Grenzen als Langfristziel“ (S. 44) ableiten. Dieser open borders-Argumentation widerspricht freilich das verantwortungsethische Denken, das grundsätzlich nicht ohne Gesinnung, aber deutlich pragmatischer und stärker an den Folgen des Handelns für die aufnehmenden Länder orientiert ist. Hier werden die politischen, sozialen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Zuwanderung im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung ermittelt. Ott bringt das Fazit einer verantwortungsethischen Position letztlich auf die Formel: „Es geht darum, wirksame Abreize (sic!) gegen Migration in den Grenzen der Menschenwürde zu setzen und Fluchtgründe im Rahmen des Völkerrechts zu reduzieren.“ (S. 74)

Eine Entscheidung für eine moralisch angemessene Positionierung will Ott aber auch nach den bisher vorgenommenen Abwägungen noch nicht treffen: „Zehn heikle Punkte“ sind ihm zuvor für eine „Schärfere Konturierung“ (S. 78 ff.) hinsichtlich der Regulierungspraxis von Zuwanderung und Asylbegehren wichtig. Zu diesen rechnet Ott unter anderem die Diskussion über sichere Herkunftsländer, das Ausmaß und die Ehrlichkeit der compliance von Asylbegehrenden, die Gewährung oder Verweigerung von Familiennachzug, die Problematik der Einführung des Einbürgerungsrechts (ius solis).

Angesichts der von Ott mehrfach angesprochenen Komplexität des Themas enden seine Ausführungen –

kaum verwunderlich – mit einer „Zwischenbilanz“ und einem „Ausblick“. Hier attestiert er den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Gesinnungsethik (Benhabib, Carens) momentan die überzeugendere Argumentation. Obwohl er eine Einigung in diesem „clash of morals“ (S. 87) für unwahrscheinlich hält, empfiehlt er den Verfechtern der konfligierenden Moralauffassungen die Fortsetzung der Reflektion und Diskussion über den strittigen Punkt, also das „ethisch(e) ungeklärte(n) Verhältnis zwischen unvollkommenen Hilfspflichten und der Gewährung von Individualrechten“ (S. 88). Diskussionswürdig und -bedürftig bleibt für Ott die Frage, ob das Prinzip der Überführung von Hilfspflichten in Rechte – wie aktuell im Fall von immenser Zuwanderung – unbegrenzt Geltung beanspruchen kann. Die verantwortungsethische Position habe sich in dieser Frage vor „Hartherzigkeit“ genauso zu hüten, wie die gesinnungsethische vor „Willfährigkeit“ (S. 90). Für dringend notwendig und praktisch umsetzbar hält er allerdings die Erarbeitung von klaren politischen Positionierungen. Dazu muss Zuwanderungspolitik seines Erachtens zum Thema einer Grundsatzdebatte der Bürgerschaft und letztlich auch zu einem Wahlkampfthema werden. Regierungsverantwortung bedarf der eindeutigen, demokratisch ermittelten Vorgabe, ob Entscheidungen zur Zuwanderung auf der Basis verantwortungsethischer oder gesinnungsethischer Prinzipien zu treffen sind.

Ott gelingt es auf 94 Seiten, die ebenso aktuellen wie hochkomplexen Fragen, die Entscheidungsnotwendigkeiten und deren potenzielle Auswirkungen zum Thema Zuwanderung nach Deutschland differenziert und gut nachvollziehbar zu explizieren. Damit wird er dem Anspruch der kleinen Reclam-Reihe „[Was bedeutet das alles?]“ mehr als gerecht. Der schmale Band ist uneingeschränkt allen zu empfehlen, die sich über eine verantwortungsvolle Haltung des Umgangs mit sehr vielen Flüchtlingen unterschiedlicher geographischer, kultureller und religiöser Herkunft in Deutschland mehr als nur oberflächlich Gedanken machen (wollen). Lesern, die sich weitergehend auf wissenschaftliche Kontroversen zum Thema einlassen wollen, bietet Ott zudem durch Hinweise auf renommierte Autorinnen und Autoren (Habermas, Benhabib, Walzer, Žižek) Zugang zu moralphilosophischen Vertiefungen.

Oliver Fohrmann: Im Spiegel des Geldes Bildung und Identität in Zeiten der Ökonomisierung



Bielefeld 2016
transcript Verlag, 180 Seiten

VON DETMAR DOERING Die Grundidee hinter Oliver Fohrmanns Buch „Im Spiegel des Geldes“ enthält einen wahren Kern. Der lautet, salopp gesagt: Nicht überall, wo Humboldt draufsteht, ist Humboldt drin. Das Humboldt’sche Bildungsideal führe, so der Autor, heute ein Dasein als „Untoter“ und meint damit, Humboldt begegne „uns heute als Wiedergänger in einer ökonomisierten Form“ (S. 18).

Dafür kann man viele Beispiele finden. Die Rhetorik der „Persönlichkeitsbildung“ findet sich im Übermaß in der beruflichen Bildung und bei Managementkursen. Und auch die klassischen Bildungseinrichtungen sind nicht ganz diesem Trend entronnen. Ja, man kann Menschen wahr machen, dass „Selbstoptimierung“ in der Wirtschaft, die in der Verinnerlichung von Betriebszielen besteht, so etwas wie Selbstbildung sei. Die sollte jedoch die „proportionierlichste Bildung aller Kräfte“ des Menschseins zum Ziel haben. Die ökonomistische Verengung von Bildung kann viel Schaden anrichten – im Übrigen gerade auch in der Wirtschaft.

Man kann die Kritik daran auch übertreiben. Indem man etwa das Problem überhöht und ideologisiert. Das ergibt dann eine Weltsicht, die zu den monokausalen Welt-erklärungen neigt wie die, die man kritisiert. Produziert unser Bildungssystem wirklich nur die vom Autor anscheinend ungeliebten „Jungmanager“ (S. 164) oder ärgert er sich nur besonders über sie? Man sollte die Welt sehen wie sie ist.

Und zielt nicht das, was sich als die anti-ökonomistische Gegenbewegung versteht, oft nicht auch auf eine enge selbstreferenzielle Sicht auf Wahrnehmungssphären ab? Man denke an manches Produkt der zurzeit im →

Wachstum begriffenen „Gender Studies“ an unseren Universitäten. Das Humboldt'sche Bildungsideal erschöpfte sich nicht in „Berufstauglichkeit“, da hat Fohrmann recht. Aber es sieht sich als multidimensionale Sichtweise auch nicht als völlig losgelöst davon. Die Entfernung akademischer Eliten von der ökonomischen Lebensrealität stellt sich ja gerade heutzutage als ein nicht zu überschätzendes Gefahrenmoment dar, das politisch ausgenutzt wird. Und dieses Problem kann man nicht so einfach erklären, wie es der Autor tut.

Oder: Ist das Kleinteilige des Universitätsbetriebs wirklich neoliberale Marktökonomik oder vielleicht nicht doch staatlich-bürokratischer Regulierungswahn im trendigen Gewande? Werden unsere Curricula wirklich nur noch von besessenen „Neoliberalen“ erstellt? Deuten nicht Umfragen zu politischen Einstellungen von Lehrenden nicht in andere Richtungen?

Und damit sind wir bei dem Hauptproblem des Buches: Die Behandlung des ideologischen Hauptgegners „Ökonomie“. Die originelle Idee, dass der ursprünglich theologische Gehalt der Pädagogik sich nun von Gott auf Geld verlagert habe, wird in einem Maße überstrapaziert, dass dabei das realistische Augenmaß verlorenggeht. Eigentlich müsste schon alleine die Flut der Bücher, die sich über die Ökonomisierung beschwerten, zeigen, dass es mit dem ökonomischen Monotheismus doch noch nicht so weit her ist, und dass auch andere Faktoren für Fehlentwicklungen mitverantwortlich sein könnten. Nicht der „Neoliberalismus“ ist zeitgeistig, sondern die Schelte, die sich an ihm abarbeitet.

Das gilt auch für die Kritik am Zustand der Wirtschaftslehre. Hier gebe es ein wesensmäßig vorgegebenes Gleichgewichts- und Effizienzdenken. Wenngleich reduktionistische Modelltheorien als einer von vielen Faktoren für die Finanzkrise 2007 zurecht ins Gespräch gekommen sind, scheint der Autor fast sämtliche Entwicklungen des Faches der letzten Jahre übersehen zu haben – etwa die neue Rolle der Wirtschaftsgeschichte, die (vom Autor als Desiderat dargestellte) Verflechtung mit der Soziologie, die Einbeziehung von psychologischer Verhaltenstheorie und die Institutionenökonomik sind Beispiele für zunehmende Interdisziplinarität und Horizonterweiterung in einem Fach, das sich als ausgesprochen reformbereit erweist.

Auch die viel gescholtene Gleichgewichtstheorie ist – gerade bei marktliberalen Ökonomen – schon lange unter Beschuss. Dass dies dem Autor entgangen ist, nährt den Verdacht, dass er sich damit nur sehr indirekt auseinandergesetzt hat, nämlich nur über die Lektüren, die sein

Weltbild vertreten. (Neo-)Liberale Ökonomen werden in der Regel nur aus den Werken ihrer Kritiker zitiert (was im Übrigen auch für Humboldt gilt!). Ihre Originalwerke fehlen in Fußnoten und Quellenverzeichnis – und das, obwohl sie ja das Hauptthema sind. Ob der Autor schon einmal Hayeks Geldtheorie umfänglich im Original gelesen hat?

Nun ja, das Buch ist wohl mehr Streitschrift als Wissenschaft. So bleibt am Ende ein pointierter – recht unterhaltend geschriebener – Hinweis auf den möglichen Missbrauch des Humboldt'schen Ideals und auf ein Teilproblem unserer Bildungswelt. Die ideologisierte Behandlung des Themas regt zum Nachdenken an, sollte aber um eine differenziertere Auswahl von Literatur ergänzt werden.

Armin Bernhard / Harald Bierbaum / Eva Borst / Simon Kunert / Matthias Rießland / Manuel Rühle (Hrsg.): Krieg und Frieden

Reihe Kritische Pädagogik
Eingriffe und Perspektiven



Baltmannsweiler 2016
Schneider Verlag Hohengehren
GmbH, 202 Seiten

VON RAINER GRIES Im Editorial betonen die Herausgeber, dass zu den gegenwärtigen Bedrohungsszenarien nicht nur verschärfte internationale Krisen und Konfliktlagen, sondern auch innergesellschaftliche Konfliktpotenziale gehören, die durch die gewaltförmige Struktur unserer Welt- und Gesellschaftsordnung hervorgebracht würden. Sie wie auch ein großer Teil der Autoren beziehen sich auf „Friedenserziehung“ und „Friedenspädagogik“ der 1970er und Anfang der 1980er Jahre und auf zentrale Ansätze der Friedensforschung wie „strukturelle Ge-

walt“ (Galtung) oder Formen „organisierter Friedlosigkeit“ (Senghaas).

Angesichts der Krisen und der kriegerischen Auseinandersetzungen in unseren Nachbarländern und -regionen, der innenpolitischen Konflikte und sozialen Spaltungstendenzen in vielen europäischen Ländern sowie der Entstehung von neuen Feindbildern erscheint ein Rückgriff auf Analysen und Erklärungsansätze der Friedensforschung hilfreich – besonders mit Blick auf die Verwendung in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung.

Es ist daher konsequent, wenn die Herausgeber/-innen einer beobachteten Entpolitisierung und der Konzentration auf einen engen, negativen Friedensbegriff – der Abwesenheit von Krieg – mit dem vorliegenden Heft eine intensive, kritisch-politische Auseinandersetzung der Erziehungswissenschaften mit dem Friedensthema anstoßen möchten. Es ist konsequent, die Beschäftigung mit dem globalen Thema „Krieg und Frieden“ wieder auf die Agenda der Erziehungswissenschaft zu setzen und Impulse für eine eingreifende pädagogische Friedensarbeit zu geben, die sich den dramatischen Erscheinungen von Unfrieden, Friedlosigkeit und Krieg von ihren ursächlichen Entstehungsbedingungen her stellt.

Entsprechend ist der umfassende Themenbogen der Publikation angelegt: Die acht Autoren und eine Autorin thematisieren, wie Pädagoginnen und Pädagogen mit Formen von Friedlosigkeit, den Ursachen und Arten von Bedrohungen umgehen können. Werner Ruf bietet – veranschaulicht durch Beispiele – einen sehr informativen Einstieg in die weltweit herrschenden Verhältnisse und behandelt das Verhältnis von politischer Ökonomie und kollektiver Friedlosigkeit. Besonders aktuell – sowohl mit Blick auf die Debatte über den Islam, Russland oder die Türkei – ist der Beitrag von Klaus-Jürgen Bruder aus der Sicht eines Psychologen über Feindbilder, ihre Bedeutung und die Bedingungen ihrer Entstehung.

Angesichts der zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr sind auch die Beiträge zur Kooperation von Schulen mit der Bundeswehr von großer Aktualität. Hier werden nicht nur die historischen Entwicklungen nachgezeichnet, sondern auch das Anliegen des Beutelsbacher Konsenses thematisiert, das Überwältigungsverbot und das Kontroversitätsgebot als Qualitätskriterien für pädagogisches Handeln.

Die thematisch breite Anlage des Bandes bietet den Leserinnen und Lesern, ob sie in der schulischen oder außerschulischen Bildungsarbeit tätig sind oder sich für Zusammenhänge von Frieden, Friedlosigkeit und Krieg in-

teressieren, nicht nur eine Fülle von Informationen, sondern auch Anregungen.

Für Praktiker/-innen der politischen Bildung hätten Umsetzungsbeispiele anhand konkreter Themen und Fälle eine hilfreiche Ergänzung sein können: Wie könnte im Schulunterricht eine Debatte über den Auftrag und die Arbeit der Bundeswehr aussehen? Wie thematisieren wir Feindbilder in einem aktuellen Konflikt? Wer sind die „Guten“ und die „Bösen“ im Konflikt in und um die Ukraine? Und welche Rolle spielen die Medien? Wie konfrontieren wir das Hochhalten von Idealen und Werten mit den Alltagserfahrungen und dem Alltagsdenken der „Leute“, um sie zur kritischen Reflexion anzuregen – zum Beispiel mit Blick auf die Flüchtlinge, die Weg nach Deutschland gefunden haben?

AdB Aktuell

Wo brennt's? Haustechniker bändigen den Feuerdrachen

Fortbildung für die Haustechniker in den AdB-Mitgliedseinrichtungen



Die Teilnehmenden an der Fortbildung für Haustechniker

Foto: AdB

In der diesjährigen Fortbildung für Haustechniker, zu der vom 19. bis 21. September 2017 15 Haustechniker aus dem ganzen Bundesgebiet im Bildungshaus Zeppelin – Heimvolkshochschule Goslar e.V. zusammenkamen, ging es schwerpunktmäßig um Brandschutzvorsorge und Arbeitssicherheit im Alltag der Bildungsstätten.

Einen Input zu Brandschutz und Arbeitssicherheit erhielten die Teilnehmenden von einem Experten der Firma UKAL Arbeitssicherheit. Da der Referent viele Bildungseinrichtungen betreut, konnte er sehr zielgerichtet und lösungsorientiert beraten und Hilfestellungen geben.

Die Diskussionen zeigten, dass die Herangehensweisen an das Thema Brandschutz mindestens so vielfältig sind, wie die bundesländerspezifischen Verordnungen dazu. In manchen Einrichtungen gibt es eine umfassende Sicherheitsanlage mit direkter Anbindung an die Feuerwehr, in der nächsten jedoch ist man froh, dass Rauchmelder in allen Räumen angebracht sind. Eines haben aber alle Einrichtungen gemein: Sie bemühen sich mit Hochdruck darum, ihre Brandmeldeeinrichtung auf den neusten Standard

umzurüsten. Daher war das Thema der Tagung für alle hochinteressant.

Es hat sich bei der Bearbeitung der Bereiche Brandschutz und Arbeitssicherheit wieder einmal gezeigt, dass sich das Berufsbild des Haustechnikers stark verändert hat und die Anforderungen an die Personen enorm gestiegen sind. Diesen Veränderungen müssen jedoch nicht nur die Personen, sondern viel mehr auch die Hausleitungen der Bildungsstätten Rechnung tragen. Wo Bereiche der Pädagogik in den letzten Jahren teilweise stark gewachsen sind, sind die Bereiche der Haustechnik nicht entsprechend mitgewachsen, eher sogar reduziert worden. Diese Entwicklung, in Verbindung mit den gestiegenen Anforderungen, macht es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern manchmal sehr schwer, Schritt zu halten. Der persönliche Austausch zu diesen gestiegenen Herausforderungen ist sehr wichtig. Er sollte zu Veränderungen in der täglichen Arbeit führen.

Neben den teilweise emotionalen Diskussionen über diese Herausforderungen, konnte die Tagung auch dazu genutzt werden, das Energieforschungszentrum Goslar zu besuchen. Dort bekamen die Anwesenden einen Einblick in zukünftige Energiegewinnungs- und Speichersysteme. Der Besuch regte die Ideen an, wie man in Bildungsstätten mit alternativen Methoden Energie erzeugen und für den Eigengebrauch nutzbar machen kann. Leider ist die Umsetzung dieser Ideen von den Investitionsmöglichkeiten und finanziellen Rahmenbedingungen der Bildungsstätten abhängig.

Zwei intensive Tage gingen wieder einmal zu schnell vorbei. Die Teilnehmenden konnten jedoch viele wichtige Impulse für ihre tägliche Arbeit mitnehmen und waren sich sicher, ihre Arbeit weiter optimieren zu können.

Für Vielfalt und Toleranz unterwegs in der Eifel

Vierte Methodenwerkstatt im Modellprojekt „anders statt artig“



Teilnehmende an der Methodenwerkstatt #4 mit den beiden Referenten Foto: AdB

Vom 9. bis 10. September 2017 veranstaltete das Modellprojekt „anders statt artig – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“ die Methodenwerkstatt #4 im K13 Gästehaus auf dem historischen Gelände „Vogelsang Internationaler Platz“ im Nationalpark Eifel. Ein Wochenende lang ging es um die Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Diskriminierung und Rassismus. Ziel war es, kurze Videos zu erstellen, die sich diesen Denkmustern und Handlungen entgegenstellen und für Toleranz und Vielfalt bei der THW-Jugend NRW, aber auch darüber hinaus, werben.

Die Freiwilligen aus zwei Ortsverbänden lernten zunächst durch verschiedene Übungen und Methoden die Eigenschaften und Mechanismen von Vorurteilen, Diskriminierung und Rassismus kennen. Neben dem Erkennen und Hinterfragen dieser Wahrnehmungsmechanismen gehört es auch dazu, sich klar zu positionieren und sich bspw. rassistischen Äußerungen entschieden entgegenzustellen. Daher entwickelten die Teilnehmenden der Methodenwerkstatt #4 gemeinsam mit den Teamern Mohamed Ali Saidi und Benjamin Lambeck drei Videos, in denen sie ihrem Verbandsmotto „Tolerant – Hilfsbereit – Weltoffen“ Leben einhauchen und durch Beispiele zeigen, für welche Werte und Handlungen ihr Jugendverband steht. Hierbei konnten die Teilnehmenden ganz praktisch ihre filmischen Fähigkeiten ausprobieren und sich an den Formaten Stop-Motion-, Stand- und Explainity-Video versuchen.

Die Methodenwerkstatt #4 fand an einem historisch-politisch bedeutsamen Ort statt: auf der ehemaligen NS-

Ordensburg „Vogelsang Internationaler Platz“. Bei einer Geländeführung konnten die Teilnehmenden die Geschichte des Ortes anhand von Fotoaufnahmen und der Besichtigung einzelner Gebäude „hautnah“ erleben. Zur Zeit des Nationalsozialismus wurden hier über 400 sogenannte Ordensjunker als Führungselite unter Adolf Hitler ausgebildet. Die Indoktrination der Schüler und die dahinter stehende Rassenideologie wurden hier über Jahre gelehrt, den Schülern vorgelebt bzw. immer wieder durch Statuen des sogenannten „Herrenmenschen“ vor Augen geführt. Die Ortsbegehung wurde am zweiten Tag in der Seminargruppe noch lange diskutiert, zeigt sie doch, wohin Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus führen können bzw. in der Vergangenheit geführt haben.

Die erstellten Videos sind auf dem YouTube-Kanal der THW-Jugend (www.youtube.com/user/THWJugend-Deutschland) zu finden und können als Ideen für weitere Videos der Jugendgruppen der THW-Jugend dienen.

In den kommenden Monaten werden die bereits in der Methodenwerkstatt #3 im Juli 2017 entwickelten Planspiele mit verschiedenen Gruppen innerhalb und außerhalb der THW-Jugend getestet und bei Bedarf angepasst.

Im Anschluss an die letzte Methodenwerkstatt zum Thema „Interkulturelle Spiele“ entsteht ein Taschenhandbuch, welches eine Auswahl an bewährten Übungen und Methoden für die Jugendverbandsarbeit bereithält. Ab März 2018 wird der fertige Methodenkoffer im Rahmen verschiedener Schulungen für Multiplikatorinnen/Multiplikatoren vorgestellt und sowohl Jugendbetreuerinnen und -betreuer der THW-Jugend NRW als auch politischen Bildnerinnen und Bildnern zugänglich gemacht.

Das Modellprojekt „anders statt artig – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“ wird vom AdB in Kooperation mit der Landesjugend des Technischen Hilfswerks in Nordrhein-Westfalen (THW-Jugend NRW www.thw-jugend.de/cms) von Juli 2016 bis Juli 2018 durchgeführt. Es wird durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert.

Politische Erwachsenenbildung in Europa

AdB-Fachkommission Erwachsenenbildung tagt in Mariaspring



Kommissionsmitglieder im Museum Friedland Foto: AdB

Mit zwei sehr aktuellen Themen politischer Erwachsenenbildung hat sich die AdB-Fachkommission in seiner Sitzung vom 18. bis 20. September 2017 in Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V. auseinandergesetzt: mit der Entwicklung der europäischen Erwachsenenbildung, den damit verbundenen aktuellen Herausforderungen und (Förder-)Möglichkeiten sowie mit dem Thema Digitalisierung und Medienkompetenz in der politischen Erwachsenenbildung.

Für den ersten Themenschwerpunkt konnte Hans Georg Rosenstein von der Nationalen Koordinierungsstelle für die Europäische Agenda Erwachsenenbildung, angesiedelt beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gewonnen werden. Er gab den Kommissionsmitgliedern einen sehr ausführlichen Einblick in den aktuellen Stand der Europäischen Agenda für Erwachsenenbildung. Zur Umsetzung der Agenda wurde 2012 die Nationale Koordinierungsstelle (NKS) bei der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim BIBB eingerichtet. Hauptanliegen der NKS ist es, so der Referent, „die Bildungslandschaft in Deutschland über die Ziele und Inhalte der Agenda zu informieren und zu einer Vernetzung von europäischen und nationalen Prozessen beizutragen.“ Zielgruppen sind Experten und Stakeholder aus Politik, Wissenschaft und Praxis. Aus diesem Grund war es für den Referenten sehr wichtig, auch mit den Vertreterinnen und Vertretern der politischen Erwachsenenbildung im AdB zu diskutieren, sie zu informieren und deren Sichtweisen und Anliegen kennenzulernen.

Aktuelle Schwerpunkte der Agenda (seit 2015) wurden vor allem vor dem Hintergrund der Beschäftigungsfähigkeit und Relevanz für den Arbeitsmarkt benannt: das gute Zusammenspiel zwischen der Erwachsenenbildungspolitik und anderen Politikfeldern, die Verbesserung der Kooperation, der Ausbau der Erwachsenenbildung, die Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten sowie die Qualitätssicherung.

Herausforderungen sind dabei u. a. die Entwicklung gemeinsamer europäischer Werte und deren Vermittlung (Nicht-Diskriminierung, aktive Beteiligung, interkulturelle Kompetenz), die Verbesserung des kritischen Denkens und der Medienkompetenz, die Förderung der Bildungschancen benachteiligter Jugendlicher und die Förderung des interkulturellen Dialogs in allen Formen des Lehrens und Lernens.

Hans Georg Rosenstein forderte die Mitglieder der Kommission und damit den AdB auf, sich an der Diskussion zur Neuausrichtung des Nachfolgeprogramms zu beteiligen, sich mit einer eigenen Stellungnahme an BMBF, KMK und/oder EU-Kommission zu wenden, um die politische Erwachsenenbildung in Europa zu stärken.

Der zweite Themenschwerpunkt „Digitalisierung und Medienkompetenz in der politischen Erwachsenenbildung“ wurde durch kompetente Mitglieder der Kommission gestaltet: Simon Moritz, Franken-Akademie Schloß Schney e. V., stellte digitale Instrumente und Methoden für die politische Erwachsenenbildung vor und probierte verschiedene Tools mit den Teilnehmenden aus. Boris Brokmeier, Geschäftsführer von Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V., machte den Mehrwert von Tools wie Etherpad zum kollaborativen Arbeiten in der politischen Erwachsenenbildung deutlich. Daran schloss sich eine lebhafte Diskussion an über das Thema Digitalisierung, über die notwendige Kompetenzentwicklung, über Zugangsbarrieren und die Notwendigkeit, Förderinstrumente an neue Bedingungen und Formate anzupassen.

Abgerundet wurde die Sitzung der Kommission durch eine Exkursion in das Museum Friedland und das dortige Grenzdurchgangslager. Angela Steinhardt, Mitarbeiterin im Museum, gab den Anwesenden eine ausführliche Führung durch die beeindruckende Ausstellung.

Challenged! Antidiskriminierungsarbeit und Empowerment von Mädchen und Frauen

Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit tagt in Hattingen



Mitglieder der Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit Foto: Gertrud Gandenberger

Begegnungsarbeit in politisch unsicheren Zeiten! In einer Zeit, in der es in Europa immer schwerer fällt, einen politischen Konsensus über Grundlagen von Menschenrechtsbildung und Demokratiebildung aufrechtzuerhalten, stehen Fragen von Gender-Gerechtigkeit wie auch Diskriminierungen aller Art auf dem Prüfstand und verlangen eine verstärkte Fokussierung auch in der internationalen Begegnungsarbeit. Daher setzte die Kommission vom 6. bis 8. September 2017 in der Jugendbildungsstätte Freizeitwerk Welper e. V. hier ihren Schwerpunkt.

Mit dem Anspruch, durch politische Bildung Geschlechtergerechtigkeit zu ermöglichen, steht in Gesellschaften, welche Vielfalt bejahen, die Arbeit politischer Bildung nicht nur im internationalen sondern auch im nationalen Kontext vor unvermuteten Herausforderungen.

Zusammen mit der Journalistin Maxi Braun arbeiteten die Kommissionsmitglieder zunächst an Fragestellungen zu Mehrfachdiskriminierungen und Intersektionalität und beschäftigten sich dann vertieft mit Sexismus und Rassismus. Im Kontext internationaler Bildungsarbeit mit Jugendlichen ist es hilfreich, wenn auf vergleichbare individuelle Situationen und Erfahrungen zurückgegriffen werden kann. Angesichts unterschiedlicher nationaler Rechtsgrundlagen und auf oftmals an individueller Diskriminierung orientierter Rechtsprechung, ist es aber oft nicht ganz einfach, bspw. Diskriminierung und sexistische Hate Speech in einem länderübergreifenden Kontext zu bearbeiten.

Marie Wilpers von der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein stellte im Anschluss das Konzept des Auftaktworkshops zur Herstellung eines „Safer Space“ bei Inter-

nationalen Seminaren im Haus vor. Hierbei geht es um eine Reflexion der eigenen gesellschaftlichen Positionierung, um eigene Vorurteile, um eine Sensibilisierung für verschiedene kulturelle Backgrounds, um das „I am not my country“- und das No-means-No-Konzept sowie die Erklärung eines üblichen „Women and Trans* Evenings“. In der anschließenden Diskussion wurden Fragen zu Zielgruppen aufgegriffen, aber auch zum Begegnungscharakter des Seminars – verbunden mit der Idee, das Konzept auf andere Maßnahmen im AdB zu übertragen.

Das Programm „Be Awake“ der Jugendbildungsstätte Freizeitwerk Welper e. V. ist ein Seminarangebot für ehrenamtlich tätige Menschen, das auf den Awareness-Konzepten kritisch und konstruktiv aufbaut, sich mit Antidiskriminierungsarbeit auseinandersetzt, Mechanismen von Gewalt und Unterdrückung hinterfragt, Diversität und Partizipation thematisiert und in die Methodik von Deeskalation und Mediation einführt. Gemeinsam mit Mohammed Ali Saidi nutzten die Mitglieder die Gelegenheit Methoden auszuprobieren und erörterten Konzepte zur Sensibilisierung und Fragen zum Empowermentcharakter bestimmter Methoden. Deutlich wurde, dass das Anliegen von Antidiskriminierungsarbeit, Vielfalt und Empowerment von Mädchen und Frauen in der Internationalen Bildungsarbeit wie auch im nationalen Kontext brandaktuell ist und sich – gerade angesichts des Vormarsches antidemokratischer und antipluralistischer Kräfte in den europäischen Gesellschaften – zu einer Kernaufgabe internationaler politischer Bildungsarbeit entwickelt, in der es gilt, sich der eigenen Rolle und Verantwortung als politisch bildender Mensch zu vergewissern und „aware“ zu sein.

Mit Robert Schmidt von der Akademie Biggese beschäftigten sich die Mitglieder mithilfe des TZI-Konzepts (Themenzentrierte Interaktion) mit der pädagogischen Grundkompetenz „Awareness“, der Haltung und Verantwortung der Seminarleitenden. Hierbei ging es v. a. darum wie man als verantwortliche/r Trainer/-in das Seminar und den gesellschaftspolitischen Kontext des Bildungssettings als GLOBE zu verstehen und nutzen lernt, gerade um auf Störungen reagieren zu können und adäquate Interventionen zu leisten, dies insbesondere wenn die positive Grundannahme von Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit als Wesensmerkmal einer demokratischen Gesellschaft im Teilnehmendenkreis nicht geteilt wird.

Wirtschaftlichkeit in Bildungseinrichtungen

Kommission Verwaltung und Finanzen trifft sich zur Fachtagung



Foto: Katrin Heyer

Die Kommission Verwaltung und Finanzen des AdB traf sich vom 26. bis 27. September 2017 in der Akademie Frankenwarte – Gesellschaft für Politische Bildung e.V. in Würzburg. Auf der Tagesordnung standen der gegenseitige Austausch, Informationen aus dem AdB und den Mitgliedseinrichtungen sowie aktuelle fach- und förderpolitische Entwicklungen. Spontan wurden zudem der Ausgang der Bundestagswahl und seine Bedeutung für die Einrichtungen der politischen Bildung auf die Agenda gesetzt.

Die Anwesenden waren sich einig, dass der Einzug einer rechtspopulistischen Partei in das Parlament von den Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung aufgegriffen werden sollte. Als besonders notwendig wurden die Schulung von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, die politische Bildung von Kommunalpolitikerinnen und -politikern sowie die Sammlung von guten Ideen und Methoden genannt. In diesem Zusammenhang wurde auch auf das aktuelle Jahresthema des AdB verwiesen: der Veranstaltungskalender sowie auf die Link- und Literatursammlung wurden als gute und hilfreiche Hinweise zur Unterstützung der politischen Bildungsarbeit in den Einrichtungen gelobt.

Thematischer Schwerpunkt der sich an die Kommissionssitzung anschließenden Fachtagung war die Frage der Wirtschaftlichkeit im Hinblick auf Personalentwicklung,

Personalberechnung und Personalsteuerung. Es ging um die Frage, wie es möglich ist, die Kosten für Personal – der größten und wichtigsten Ressource einer Einrichtung – in einem ausgewogenen Verhältnis zu den Zielen und Möglichkeiten der Einrichtung zu halten. Die Organisationsberaterin Petra Henning gab dazu wichtige Hinweise. Um den Personaleinsatz richtig zu steuern, so die Referentin, müsse zunächst die Frage nach den Zielen gestellt werden: Geht es um eine Reduktion von Kosten, um die Steigerung der Qualität oder um die Optimierung des zur Verfügung stehenden Zeitkontingents? In diesem „magischen Dreieck“ von Zeit, Kosten und Qualität bewegt sich jede Personalbedarfsermittlung.

Die Referentin stellte ein Modell vor, um Zeiteinheiten für bestimmte Tätigkeiten zu berechnen. Als Grundlage der Erfassung könnten Methoden wie Selbstaufschreibung, Schätzung, Moment- oder Zeitaufnahmen dienen. Grundsätzlich sei es wichtig, die Überlastung von Mitarbeitenden zu vermeiden und nicht, fehlerhafte Arbeiten zu optimieren, sondern Zeit für die richtigen Aufgaben aufzuwenden. „Alles bekommt so viel Raum wie man ihm gibt!“ lautete ein Fazit der Referentin.

Ergänzt wurden die Ausführungen von Petra Henning durch die Kommissionsmitglieder Ina Nottebohm, Ina Roßmeisl und Sven Fischer, die aus ihren jeweiligen Einrichtungen berichteten, wie dort in den Bereichen pädagogisches Personal, Hauswirtschaft und Verwaltung Arbeiten und Abläufe unter Einbeziehung aller Mitarbeitenden verbessert und optimiert werden konnten. Diese kollegiale Beratung stellte sich aufgrund ihrer Praxisnähe bereits mehrfach als besonders hilfreich und gewinnbringend heraus. Die Kommission Verwaltung und Finanzen ist immer wieder in der Lage, die dazu notwendige vertrauensvolle Atmosphäre zu schaffen.

Die nächste Kommissionssitzung wird im März 2018 stattfinden, als Themen sollen dann Rechtsfragen sowie die Formulierung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen auf der Tagesordnung stehen.

Für politische Bildung mit Pfiff und wenig Aufwand wirksam werben

AdB-Fortbildung für die Öffentlichkeitsarbeit in den Mitgliedseinrichtungen



Teilnehmende während der Fortbildung Foto: AdB

Kennen Sie das? – Sie sehen einen Infotisch und daneben stehen zwei Menschen, die Sie erwartungsvoll ansehen. Was tun Sie? – Wahrscheinlich machen Sie einen großen Bogen, um nicht in deren Fänge zu geraten. Falls Sie aber der/die Eigentümer/-in des Infotisches sind, was könnte dann eine Lösung sein, um die Menschen doch noch zu erreichen? – Sie räumen den Tisch weg und legen eine Bodenzeitung auf den Gehweg. Die Zahl derer, die neugierig stehenbleiben, wird sich schlagartig erhöhen.

Diese und viele weitere Tipps, kleine pfiffige und kostengünstige Methoden, rechtliche Hinweise und einen großen Schatz an Erfahrungen präsentierte der Kommunikationsexperte Wolfgang Nafroth, Gründer und Inhaber der Nafroth pr + kommunikationsberatung den Teilnehmenden der Fortbildung „Für politische Bildung mit Pfiff und wenig Aufwand wirksam werben“, die am 27. und 28. September in Bonn stattfand.

Achtzehn Referentinnen und Referenten, die in den AdB-Mitgliedseinrichtungen für Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind, kamen in das Gustav-Stresemann-Institut (GSI) in Bonn. Sie bekamen einen bunten Strauß an überraschenden Ideen mit auf den Weg, wie man mit geringem zeitlichen und finanziellen Aufwand für die politische Bildung, für Veranstaltungen oder die Einrichtung werben kann.

Wie schafft man es, dass die Menschen über ein Angebot, ein Thema reden? Deutlich wurde, dass Emotionalität

eine große Rolle spielt, dass und wie Irritationen helfen, Aufmerksamkeit zu wecken und dass es wichtig ist, die Menschen mit Fragen zum Denken und mit Aktionen ins Gespräch zu bringen. In der Öffentlichkeitsarbeit sollte das Kultur- und Reflexverhalten der Menschen genutzt werden, um Neugierde zu wecken und die Menschen zu aktivieren.

Der Referent griff die Themen Print (Flyer, Plakate), Ausstellungen, Infotische und die Gestaltung des Foyers in Bildungsstätten auf. Er beschrieb verschiedene Aktionen auf der Straße, um die Menschen miteinander und über das Thema, das Angebot ins Gespräch zu bringen und Bilder zu produzieren. Die Botschaft, so Wolfgang Nafroth, muss der Inhalt sein, nicht die Einrichtung; eine provokante Frage sollte im Mittelpunkt stehen, nicht das eigene Logo. Mit Fragen werden die Menschen zum Denken angeregt.

Wichtig ist dabei eine gestufte, strategische Kommunikation, d. h. allgemein starten, alle mitnehmen, Gedanken konkreter werden lassen, Probleme aufzeigen, Lösungen ins Gespräch bringen.

Diese Fortbildung war die dritte einer Reihe, die für das Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit im AdB angeboten wird. Die Kolleginnen und Kollegen erhalten damit die Möglichkeit, sich zu vernetzen, sich kollegial zu beraten, neues Wissen zu erwerben, neue Ideen zu entwickeln. Da die Fortbildungen in den AdB-Mitgliedseinrichtungen stattfinden, gibt das den Teilnehmenden auch die Möglichkeit, die unterschiedlichen Bildungsstätten und die dortige Öffentlichkeitsarbeit kennenzulernen. Diese Mal stellten Michael Münz und Anne Schulz aus dem GSI Bonn ihre Öffentlichkeitsarbeit und eine gelungene Facebook-Kampagne vor.

Ein weiteres Ziel des Netzwerkes ist es auch, Ideen und Aktionen zu entwickeln und vielleicht gemeinsam umzusetzen. In diese Richtung weist auch der Rat des Referenten: eine gemeinsam entwickelte Idee auf Tournee zu schicken und in verschiedenen Zusammenhängen einzusetzen.

Die vierte Fortbildung im Herbst 2018 wird sich dem großen Thema „Recht und Öffentlichkeitsarbeit“ widmen.

Zwischen Realität und Utopie

Die Kommission Jugendbildung nimmt aktuelle Geschehnisse aktiv auf



LidiceHaus Bremen Foto: ServiceBureau Jugendinformation

Die Kommission Jugendbildung traf sich zu ihrer Herbstsitzung vom 10. bis 11. Oktober 2017 im LidiceHaus in Bremen. Im Mittelpunkt der Tagung standen zwei Themen, die die Arbeit der Jugendbilderinnen und -bildner aktuell sehr beschäftigen: Rechtsextremismus und Familie sowie die Re-Politisierung der politischen Bildung.

Die Kommission nimmt wahr, dass sich die gesellschaftlichen Diskurse stark verändert haben: Was früher unsagbar war wird heute auch von Politiker/-innen der etablierten Parteien propagiert. Was früher noch Extreme waren sind heute Normalitäten.

Lisa Hempel, Leiterin der bundesweiten Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“, angesiedelt im LidiceHaus, berichtete in einem beeindruckenden Vortrag, wie sich diese Verschiebungen auswirken und wie sie mit ihrer Arbeit diesen entgegenwirken möchte. Sie ging im Besonderen auf die Rolle von Frauen im Rechtsextremismus ein. In rechtsextremen Kreisen wird ein Frauen- und Familienbild propagiert, das sich stark an Familienratgebern der NS-Zeit orientiert. Frauen, die ihren „Leib rein halten“ müssen, die zur Unterstützung des starken Geschlechts und zum Gebären von Kindern da sind, zeichnen dieses Bild aus und führen die Debatten über einen emanzipierten Feminismus ad absurdum. Damit eng zusammenhän-

gend, führen rechtsextreme Ideologen eine Debatte, die die Genderwissenschaften infrage stellt und als Gefahr für die Stärke der Geschlechter „Mann/Frau“ stilisiert.

Das Problem, so Lisa Hempel, liege auch darin, dass Frauen meist nicht als Täterinnen wahrgenommen bzw. ernst genommen werden. Dadurch werden Haltungen, die rechtsextreme Frauen propagieren, schnell gesellschaftsfähig.

Die Arbeit der Fachstelle im LidiceHaus setzt an diesen Punkten aktiv an und sensibilisiert mit Vorträgen und Seminaren, die sich besonders an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren richten, für diese Themen und versucht, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Dieser Vortrag war gut in die Debatte eingebettet, die in der Kommission bereits seit einer Weile geführt wird und bei dieser Herbstsitzung in der Entwicklung eines Positionspapiers mündete. Ziel des Papiers ist es, eine Debatte im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten darüber anzustoßen bzw. weiterzuführen, wo Grenzen der politischen Bildung sind, wie eine Positionierung gegenüber rechten Parteien und Organisationen aussehen kann, aber auch, wie sich politische Bildung gegenüber anderen Professionen besser profilieren kann. Für die klare Positionierung gegen Rechts, so der allgemeine Tenor, wird sich die Kommission an den Grundrechten und am Referenzrahmen der Menschenrechtsbildung orientieren.

Eine Profilierung gegenüber anderen Professionen sieht die Kommission als notwendig an, da dies die politischen Bildner/-innen zwingt, ihr eigenes Profil unter die Lupe zu nehmen und zu schärfen und damit gleichzeitig auch eine bessere interdisziplinäre Zusammenarbeit mit den angrenzenden Feldern der Arbeit zu schaffen.

Die sehr vielversprechenden und fruchtbaren zwei Tage gingen viel zu schnell vorbei, um die angestoßenen Diskussionen zu Ende zu führen. Ziel ist es jedoch, bis zu den Frühjahrssitzungen aller AdB-Fachkommissionen eine Diskussionsgrundlage für den Verband zu erstellen.

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Bereits im März 2017 feierte der *Schloß Trebnitz Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.* seinen 25-jährigen Geburtstag. Zahlreiche geladene Vertreter aus den Bereichen Politik, Zivilgesellschaft und Bildung nahmen an diesem Ereignis teil, das nach Reden und Grußworten in einem Fest auf dem Schlossgelände mündete. Anlässlich des 25. Geburtstags wurde eine Festschrift veröffentlicht, in der die Autorinnen und Autoren die vergangenen 25 Jahre Revue passieren lassen und die wichtigsten Meilensteine in der Entwicklung der Begegnungsstätte vorstellen. Zudem kommen einige Wegbegleiter zu Wort. Die Festschrift kann für einen Unkostenbeitrag in Höhe von 2,50 Euro über 25Jahre@schloss-trebnitz.de bestellt werden.

Im November feierte der Verein *Waldritter e. V.* sein 10-jähriges Jubiläum und gleichzeitig die Eröffnung der neuen Bildungsstätte „Kreativ.Campus“, einem kreativen Bildungs- und Kulturzentrum mit Ludothek, Begegnungscafé, Werkstätten und Laboren, mit Räumen für Teamtrainings und Seminararbeit.

Unter dem Motto „mut mutiger mund auf. Gib der Vielfalt Deine Stimme!“ hat sich die *Bildungsstätte Anne Frank* auf der Frankfurter Buchmesse mit Unterstützung der Stadt Frankfurt und zahlreichen Kooperationspartnern deutlich gegen Rechts und für Vielfalt positioniert. Mit dieser Initiative haben sie ein Zeichen gegen menschenverachtende Haltungen, gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung und für eine vielfältige Gesellschaft gesetzt. In unmittelbarer Nähe des Messestandes der Bildungsstätte waren Verlage der sogenannten Neuen Rechten vertreten. Auch deshalb sollten die Stimmen der Vielen deutlicher für eine Gesellschaft, in der alle – unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, religiöser Zugehörigkeit, Geschlecht oder sexueller Orientierung – einen Platz haben, hörbar werden. Die Aktion am Stand und in den Sozialen Medien wurde durch Mittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ) unterstützt (zur Aktion: www.bs-anne-frank.de/mundauf).

Die *Stiftung wannseeFORUM* hat die Broschüre „Vom Wannseeheim für Jugendarbeit e. V. zur Stiftung wannseeFORUM. 70 Jahre politische und kulturelle Bildung in 7 Stationen“ in einer überarbeiteten und erweiterten Fassung herausgebracht. Sie wurde von Gabriele Naundorf verfasst. Darin werden die Entwicklungen der Einrichtung mit allen ihren Akteurinnen und Akteuren nachgezeichnet und mit historischen Dokumenten und Fotos dokumentiert.

Die Ausstellung der NS-Dokumentation *IP Vogelsang* „Bestimmung: Herrenmensch. NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ hat den GERMAN DESIGN AWARD „Winner 2018“ in gleich zwei Kategorien, in „Fair & Exhibition“ sowie in „Universal Design“, gewonnen. Der Award wird vom Rat für Formgebung vergeben, der zum Ziel hat, einzigartige Gestaltungstrends zu entdecken und auszuzeichnen.

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien



Prof. Dr. Achim Schröder auf der AdB-Fachtagung im November 2016 im Jugendhof Vlotho Foto: AdB

„Lies das!“ hat die frühere AdB-Geschäftsführerin Mechtild Merfeld zu mir gesagt, als klar war, dass ich ihre Nachfolge antreten würde, und hat mir das Buch „Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand“ in die Hand gedrückt. Es ist von Achim Schröder, der es zusammen mit Nadine Balzter und Thomas Schroedter verfasst hat. Ich habe es gelesen und es war ein kluger Rat, denn das Buch war eine wichtige Unterstützung dabei, den Einstieg in das Arbeitsfeld der politischen Bildung zu meistern.

Einige Zeit später hatte ich dann auch erstmals Gelegenheit, Achim Schröder persönlich kennenzulernen. Er stellte gemeinsam mit Lothar Böhnisch die Idee für ein Forschungsprojekt vor, für das er bei den Trägern der politischen Jugendbildung Unterstützung suchte. Obwohl die Realisierung seiner Projektidee erst sehr viel später erfolgen sollte, hatte ich das Glück, dass dieser ersten Begegnung bald viele weitere folgen sollten.

PROF. DR. ACHIM SCHRÖDER war Jugend- und Bildungsforscher und bis 2015 Direktor des Instituts für Soziale Arbeit und Sozialpolitik an der Hochschule Darmstadt. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte waren die Politische Jugendbildung, die Pädagogische Konflikt- und Gewaltforschung, die Themen Jugendarbeit und Schule sowie Adoleszenz und Gesellschaft. Seine Arbeiten waren für die Weiterentwicklung der politischen Jugendbildung von großer Wichtigkeit und wurden entsprechend breit rezipiert. Sein mutiger Schritt, sich den Wirkungen politischer Bildung mit einer qualitativen Studie zu nähern, erregte große Aufmerksamkeit. Gleich mehrere Tagungen bundesweit beschäftigten sich mit den Ergebnissen und diskutierten die Schlussfolgerungen von „Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung“.

Die hohe Anschlussfähigkeit der Forschungsarbeit Achim Schröders an die Praxis der politischen Bildung lag sicherlich auch darin begründet, dass er selbst aus der Praxis kam und ihr, auch als Wissenschaftler, stets eng verbunden blieb. Er war Mitbegründer der Bildungsstätte Alte Schule Anspach in Hessen, war dort selbst als Bildungsreferent tätig und sorgte dafür, dass die Einrichtung Mitglied im AdB wurde. Zeit seines Lebens hat er die Bildungsarbeit der Basa mit begleitet, unterstützt und qualifiziert. Und mehr als das: Um die beständigen finanziellen Sorgen der politischen Bildungsarbeit wissend, hat er 1990 die BASA-Stiftung zur Förderung von Jugendarbeit und Jugendforschung gegründet, deren Aufgabe es bis heute ist, die Arbeit der Bildungsstätte sowie Wissenschafts- und Praxisprojekte finanziell zu unterstützen. Auch dort wirkte Achim Schröder über viele Jahre als aktives Vorstandsmitglied.

Als Referent auf Fachtagungen, als Autor von Artikeln für die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“, als kundiger Diskutant auf Gremiensitzungen, als Gesprächspartner bei den verschiedensten Anlässen und Anliegen hat er auch den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten immer unterstützt. Noch im letzten Jahr ist er kurzfristig eingesprungen, als die Referentin, die für den Eröffnungsbeitrag

der Jahrestagung eingeplant war, absagen musste. Er hat spontan seine Hilfe zugesagt, hat die Fachtagung mit einem guten Beitrag gerettet und damit einmal mehr seine unterstützende, zugewandte, immer freundliche und wertschätzende Art zum Ausdruck gebracht.

Als Achim Schröder seine Krankheit öffentlich machte, haben wir alle mit ihm gehofft, dass er schnell wieder gesunden würde. Und wir haben uns riesig gefreut, als es ihm besser ging und mit ihm geglaubt, dass der Schrecken überwunden sei. Leider wurde unsere Hoffnung enttäuscht. Achim Schröder ist am 11. August dieses Jahres verstorben. „Ein achtsamer und zuverlässiger Freund, ein kreativer Kollege, ein engagierter Pädagoge und politischer Bildner, ein aufrechter und authentischer Streiter für Gerechtigkeit ist viel zu früh von uns gegangen.“ Mit diesen Worten haben seine Freundinnen und Freunde, seine Kolleginnen und Kollegen von ihm Abschied genommen. Diesen Worten kann sich der AdB nur anschließen.

VON INA BIELENBERG

Aus Profession und Politik

Expertise „Grenzüberschreitungen – Europäische Mobilitätsangebote für sozial benachteiligte junge Menschen“

„Grenzüberschreitende Angebote haben für benachteiligte junge Menschen ganz erhebliche Lerneffekte.“ – so Hans Brandtner, Projektkoordinator bei der Servicestelle zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland. Er hat zusammen mit seiner Kollegin Ulrike Wisser die Broschüre „Grenzüberschreitungen – Europäische Mobilitätsangebote für sozial benachteiligte junge Menschen“ erstellt. Die Expertise fasst Ergebnisse aus bestehenden Programmen, Initiativen und Projekten zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von sozial benachteiligten jungen Menschen zusammen. Es wurden Evaluationen, Auswertungen, Berichte sowie Ergebnisse aus Expertenmeetings zu Programmen und Initiativen herangezogen. Der Blick lag dabei auf der europäischen und internationalen Jugendarbeit einerseits und grenzüberschreitenden Angeboten im Rahmen arbeitsmarktbezogener Angebote andererseits. Alle Auswertungen kommen zu dem Schluss,

Der Bundesausschuss politische Bildung (bap) hat **MARKUS REBITSCHKE**, Bildungsreferent im Bereich Internationale Jugendarbeit an der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, als dauerhaftes Mitglied für den Nationalen Beirat zum EU-Programm „Erasmus+ Jugend in Aktion“ vorgeschlagen. Im Juli 2017 erfolgte die Ernennung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

DR. ROLAND LÖFFLER ist der neue Chef der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen. Er wurde Anfang August 2017 berufen und folgt damit **DR. FRANK RICHTER** nach, der die Leitung der Landeszentrale bereits Anfang des Jahres abgegeben hatte.

Die Abteilungen „System und Politik“ und „Forschungsinfrastrukturen“ des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung werden in Zukunft von **DR. SARAH WIDANY** und **DR. MARKUS HUFF** geleitet.

dass sozial benachteiligten jungen Menschen durch die Teilnahme an grenzüberschreitenden Maßnahmen Erfahrungsräume und informelle Lernsituationen geöffnet werden, die ihnen aus ihrem Lebenskontext heraus sonst nicht zugänglich wären.

Insgesamt ergibt sich in der Zusammenschau der unterschiedlichen Ansätze ein Set von Strategien, Maßnahmen und Instrumenten, die vielfältige Anregungen für Konzeptentwicklung und Projektrealisierung zur Verfügung stellen. Dazu zählen auch Modellprojekte und Beispiele guter Praxis, die zeigen, wie grenzüberschreitende Mobilität für sozial benachteiligte junge Menschen praktisch umgesetzt werden kann.

Die Expertise wurde im Auftrag der Bund-Länder-AG zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie erstellt.

Quelle und Download: www.jugendpolitikineuropa.de

Gleichberechtigte Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigung

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. (bezev) setzt sich weltweit für eine gleichberechtigte Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung in nachhaltigen Entwicklungsprozessen ein. Unter anderem möchte bezev mehr Menschen mit Beeinträchtigung die Teilhabe an internationalem Engagement ermöglichen. Zu diesem Zweck wurde im Januar 2012 das Pilotprojekt „weltwärts alle inklusive!“ für die inklusive Gestaltung des entwicklungspolitischen Freiwilligendienst weltwärts initiiert, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird.

In diesem Zusammenhang entstanden Handbuch und DVD „Jetzt einfach machen – Leitlinien für den inklusiven Freiwilligendienst“, die einen wichtigen Beitrag zur inklusiven Gestaltung von internationalen Freiwilligendiensten leistet. Die auf der DVD vorhandenen Dokumente können heruntergeladen und für die interne Nutzung bearbeitet werden. Auf der DVD befindet sich zudem eine viersprachige Version für Einsatzstellen und Partnerorganisationen

(Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch). Die DVD lädt somit zu einer umfassenden, praktischen Auseinandersetzung mit dem Thema inklusive Gestaltung und Umsetzung von Freiwilligendienstangeboten ein.

Im Kompetenzzentrum Lernen gibt bezev die Erfahrungen in der inklusiven Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre an Entsendeorganisationen für Freiwilligenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit durch Schulungen, Beratungen, Vernetzungstreffen und Publikationen weiter. Neben der Beratung für Organisationen wird auch eine Beratung für Menschen mit Behinderung angeboten.

bezev ist selbst auch weltwärts-Entsendeorganisation für Freiwillige mit und ohne Behinderung zu Partnerorganisationen nach Südamerika, Afrika und Asien. Freiwillige müssen zwischen 18 und 28 Jahre alt sein. Die Altersgrenze für Freiwillige mit Behinderung liegt bei 35 Jahren.

Quelle und weitere Informationen: www.bezev.de

Acht von zehn queeren Jugendlichen erleben Diskriminierung

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat eine bundesweite Online-Befragung von 5.000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 27 Jahren sowie 40 persönliche Interviews durchgeführt. Die Ergebnisse der vom BMFSFJ geförderten Studie haben die DJI-Wissenschaftlerinnen Claudia Krell und Kerstin Oldemeier in ihrem Buch „Coming-out – und dann ...?!“ zusammengefasst und ausgewertet. Das Buch stellt die Diskriminierungserfahrungen und Coming-out-Verläufe LSBT*Q-Jugendlicher dar und beschreibt, welche Relevanz die Ergebnisse für Jugendpolitik, pädagogische Praxis und Gesellschaft haben. Deutlich wird, dass mehr als 80% der Jugendlichen, die les-

bisch, schwul, bisexuell, trans* oder queer (LSBT*Q) sind, diskriminiert werden – obwohl in den vergangenen Jahren die Akzeptanz in Deutschland gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zugenommen hat. Claudia Krell/Kerstin Oldemeier (2017): „Coming-out – und dann ...?!“ Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Leverkusen/Opladen: Verlag Barbara Budrich

Quelle und weitere Informationen: www.dji.de/index.php?id=44346

Das Erwachsenenbildungsinstitut in Deutschland wird 70 Jahre alt

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung feiert Ende dieses Jahres sein 60jähriges Bestehen. Angefangen hat alles 1957 als Pädagogische Arbeitsstelle (PAS) des Deutschen Volkshochschulverbandes. Arbeitsstelle, das ist ein bescheidener und noch heute sympathischer Name, hinter dem sich aber über Jahrzehnte vielfältige und für die Entwicklung der Erwachsenenbildung recht relevante Aktivitäten verbergen.

Die erste Einrichtung dieser Art war die PAS allerdings nicht, die katholische Erwachsenenbildung gründete 1953 bereits ein Institut für Erwachsenenbildung, das allerdings 1968 wieder geschlossen wurde.

Man kann die Geschichte des Instituts anhand der Aufgaben und Ziele oder auch einiger Personen erzählen. Eine wichtige Gründungspersönlichkeit und erster Leiter der PAS war Willy Strzelewicz, der in der Weimarer Zeit noch Mitglied der kommunistischen Jugend war, bei Horkheimer und Mannheim studiert hatte und die NS-Zeit als deutscher Jude u. a. im schwedischen Exil überlebte. Er stand für eine soziologische Fundierung der Erwachsenenbildungstheorien – ein Paradigmenwechsel insofern, als dass vorher bildungstheoretische Ansätze der geisteswissenschaftlichen Pädagogik die Selbstverständnisse dominierten.

Als den bedeutendsten Akteur der PAS, der das Institut am stärksten geprägt hat, darf man wohl Hans Tietgens ansehen, der von 1960 bis 1991 die Leitung innehatte. Vorher war er unter anderem Geschäftsführer des SDS, Mitarbeiter der Heimvolkshochschule Hustedt und dort zuständig für die politische Bildung, sowie Tutor der Jugendbildungsreferenten des DVV. Tietgens ist legendär, obwohl er nie eine reguläre Universitätsprofessur bekleidete. Untertreibend hat er sich mal als „Skribenten“ bezeichnet. Er war ein wahrer Vielschreiber und führte ein strenges Regime in der Arbeitsstelle, die nun in den 1960er und 1970er Jahren, den Jahren des Aufbruchs und der modernen Gestaltung der Erwachsenenbildung, mit vielfältigen Aktivitäten zwischen Wissenschaft und Praxis vermittelte und das Profil der Erwachsenenbildung theoretisch und in der praktischen Ausrichtung nachhaltig mitbestimmte. Etliche der Mitarbeiter/-innen der PAS konnten später eine beachtliche Hochschullaufbahn einschlagen, aus der ersten Generation Johannes Weinberg, später z. B. Detlef Kuhlenkamp, Wiltrud Gieseke oder Sigrid Nolda. Auch der seit 2012 amtierende wissenschaftliche Direktor des DIE, Josef Schrader, der auch an der Universität Tübingen Er-

wachsenbildung lehrt, war einige Jahre Abteilungsleiter am DIE. Dazwischen mit der Übergangsphase von der PAS zum DIE leitete Ekkehard Nuissl, lange im Gespann mit Klaus Meisel, das Institut.

1994 wurde die PAS umbenannt in Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) und das Institut umgegründet, indem ein neuer Trägerverein mit Vertretern aus Wissenschaft und Erwachsenenbildungsverbänden, darunter der AdB, gebildet wurde. Diese breite Trägerschaft war Voraussetzung dafür, dass das Institut in die Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen und gefördert wurde. Da gab es auch einige Friktionen und Konflikte. Der DVV, dem das Loslassen des Instituts zunächst nicht leicht fiel, wurde mit einem ständigen Sitz im Verwaltungsrat getröstet.

60 Jahre, nur vier Direktoren, und was wurde gemacht? Das Spektrum der früheren Aufgaben und Projekte wirkt fast wie eine Wunderkammer: Literaturdokumentationen, die Archivierung von VHS-Programmen und anderen Quellen, das Sammeln von Literatur, das Aufstellen von Statistiken, Forschungen und Beratungen, Vorträge für die Praktiker/-innen, Fortbildungen und Ausbildungen von Nachwuchs, Entwicklung von Methoden und vor allem viel graue Literatur und Verlagspublikationen. Das Hauptanliegen war, zwischen Praxis und Forschung zu vermitteln. Dieses Selbstverständnis entspricht der Genese der Erwachsenenbildung, die dadurch geprägt war, dass ihre besten Praxisvertreter zugleich auch immer ihre eigenen Forscher und Theoretiker waren. Heute, in Zeiten der Dauerevaluation auch wissenschaftlicher Institute und der alleinigen Geltung von Zitationen und Veröffentlichungen in reviewten, möglichst internationalen Zeitschriften, ist vieles anders geworden. Das Profil des Instituts musste geschärft werden, manche alte Aufgabenstellung spielt keine große Rolle mehr. Im Mittelpunkt stehen – wie inzwischen fast überall in den Erziehungswissenschaften – die empirische Unterrichtsforschung und die Professionalisierung. Aus der Sicht der Praxis ist manches, z. B. das Vorantreiben von Standards etwa durch neue Formen von Zertifizierungen, durchaus fragwürdig und manche Diskurse wirken mitunter selbstreferentiell. Aber dennoch: Wir brauchen Forschung für die Praxis und fruchtbare Dialoge. Und deshalb wünschen wir dem DIE eine gute Weiterentwicklung und eine gute Zusammenarbeit mit den Verbänden und Einrichtungen auch in der Zukunft.

VON PAUL CIUPKE

Handbuch der „Ich kann was!“-Medienwerkstätten – Projektleitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen

Das Handbuch der „Ich kann was!“-Medienwerkstätten bietet zahlreiche Ideen und konkrete Anleitungen für Projekte zur digitalen Bildung und kreativen Medienarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Zielgruppe der umfangreichen Ideen- und Materialsammlung sind Pädagoginnen und Pädagogen der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit, die innovative niedrighschwellige Medienprojekte durchführen möchten, aber noch über keine große Medienerfahrung verfügen. In dem über 150 Seiten langen Handbuch finden sich rund 40 einfache, aber detailliert beschriebene Projektideen (inklusive Tipps und Tricks), die sich in die vier großen Kapitel Making & Repair, Foto & Film, Programmieren & Robotik und Computer, Internet & Social Media einfügen. Wie leitfähig ist eine Banane? Wie programmiere ich einen mBot? Wie baue ich mit einem Smartphone einen Projektor? ... Kreative Bastelideen der Maker-Szene treffen hier auf witzige kleine Programmierprojekte, kreative Film- und Fotoaktivitäten auf Denkanstöße zur digitalen Ethik.

Das Handbuch selbst ist das Ergebnis der „Ich kann was!“-Medienwerkstätten, die von der „Ich kann was!“-Initiative mit vier Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit erfolgreich durchgeführt wurden. Ziel der Pilotierung war die Etablierung eines Medienswerpunkts in den teilnehmenden Jugendhäusern. Kinder und Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen sollten so die Möglichkeit bekommen, neue Fähigkeiten und Fertigkeiten für die digitale Welt zu entwickeln, um diese aktiv für die eigene Lebensgestaltung nutzen zu können. Mit dem Handbuch sollen nun Pädagoginnen und Pädagogen der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit dabei unterstützt werden, Medienkompetenzen bei Kindern und Jugendlichen auf kreative und spielerische Weise zu fördern.

Quelle, weitere Informationen zur jährlichen Ausschreibung:
www.initiative-ich-kann-was.de

Download: www.initiative-ich-kann-was.de/de/kompetenzen/kompetenzhandbuecher

AGJ-Position: Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht – Konsequenzen und Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat im Juli 2017 ein Positionspapier mit dem Titel: „Armut nicht vererben – Bildungschancen verwirklichen – soziale Ungleichheit abbauen! Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht: Konsequenzen und Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe“ verabschiedet. Damit wird der Versuch unternommen, die Erkenntnisse des 5. Armuts- und Reichtumsberichts aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe zu interpretieren und die Konsequenzen und Herausforderungen für Fachkräfte, Forschende und politische Entscheidungsträgerinnen und -träger zu be-

nennen. Die AGJ begrüßt es, dass durch den Bericht die Debatte über soziale Gerechtigkeit in Deutschland neue Impulse erfährt und erwartet, dass Politik und Fachwelt daraus die richtigen Schlussfolgerungen für die Gestaltung einer sozial gerechteren Gesellschaft ziehen. Die AGJ betont die Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung der strukturellen Rahmenbedingungen des Aufwachsens.

Quelle und Download: www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2017/Armut_nicht_vererben.pdf

Studie „Rechtspopulismus und Rassismus im Kontext der Fluchtbewegung“

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die Tübinger Forschungsgruppe für Migration, Integration, Jugend und Verbände anhand einer Befragung von jungen Auszubildenden und gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten/-rätinnen in einer Region Baden-Württembergs Phänomene des Rechtspopulismus in ihrer spezifischen regional-lokalen Ausformung und Artikulation untersucht. Der Forschungsauftrag hatte zum Ziel, Rechtspopulismus analytisch greifbarer zu machen, um aus einer solchen Analyse Schlussfolgerungen für Akteure der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung ziehen zu können. Ein zentrales

Ergebnis der Studie ist, dass der Rechtspopulismus zwar beweglich und variantenreich auftritt, sich diese Erscheinungsformen allerdings um einen fixen Kern gruppieren: eine komplexitätsreduzierende Sichtweise auf gesellschaftliche Konflikte im Sinne einer starren Aufteilung der Gesellschaft in „Oben“ und „Unten“ sowie der Markierung einer horizontalen Innen-Außen-Differenz.

Quelle und Download: www.rosalux.de/publikation/id/37597/rechtspopulismus-und-rassismus-im-kontext-der-fluchtbewegung

UNICEF-Studie zu geflüchteten Jugendlichen erschienen

Die UNICEF-Studie „Children on the Move in Italy and Greece“ über die Fluchtursachen und Erfahrungen von geflüchteten oder migrierten Jugendlichen in Europa ist erschienen. Für die Studie hat die Organisation „Reach“ die Situation von geflüchteten oder migrierten Kindern und Jugendlichen in Italien und Griechenland untersucht. Insgesamt wurden 850 Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren interviewt. Das Bild ist in beiden Ländern sehr unterschiedlich: Während in Griechenland hauptsächlich Mädchen und Jungen mit ihren Familien aus Syrien, dem Irak und Afghanistan eintreffen, stammen Minderjährige in den Aufnahmezentren in Sizilien meist aus afrikanischen Ländern, sind männlich und allein unterwegs.

75% der in Italien befragten Jugendlichen haben nach eigener Aussage die Entscheidung, ihr Heimatland zu verlassen, alleine getroffen. Neben der schwierigen politischen Lage in der Heimat wurden fehlende Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, aber auch familiäre Probleme oder häusliche Gewalt als Gründe angegeben. Weniger als die Hälfte hatte ursprünglich vor, nach Europa zu gehen. Vielmehr suchten die Jugendlichen in der Regel zunächst in den Nachbarländern Schutz und neue Chancen und trafen

die Entscheidung für die Weiterreise erst nach und nach. Deutlich wird, dass es deutlich mehr Push-Faktoren gibt, die Jugendliche aus ihrer Heimat vertreiben, als Pull-Faktoren, die sie nach Europa locken.

In Griechenland gab ein Drittel der Eltern oder Erziehungsberechtigten an, dass Bildung für ihre Kinder der Hauptgrund für die Flucht der Familie nach Europa war. Die Studie zeigt jedoch, dass lange Asylverfahren und Unwissen über die Rechte dazu führen, dass viele Jugendliche aus den Aufnahmesystemen in Italien und Griechenland fallen. Dadurch verlieren sie weitere Monate oder Jahre für Bildung und sie sind großen Gefahren durch Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt.

UNICEF hat die G7-Staaten aufgerufen, ihren Sechspunkte-Plan zum Schutz von Kindern auf der Flucht und in der Migration umzusetzen (www.unicef.ch/de/aktuell/news/sechs-punkte-plan-fuer-den-schutz-von-kindern-auf-der-flucht).

Quelle und weitere Informationen: www.unicef.de

Download der Studie: www.unicef.de/informieren/materialien/children-on-the-move/147280

Ausschreibungen und Wettbewerbe

Bundesumweltwettbewerb

Der BundesUmweltWettbewerb (BUW) ist ein jährlich durchgeführter, bundesweiter Projektwettbewerb für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 10 und 20 Jahren. Ziel des Wettbewerbs ist die Förderung junger Talente mit Interesse an den Themenbereichen Umwelt, Nachhaltigkeit und Gesellschaft. Wer eigene Ideen zur Lösung von Problemen zu Umwelt/Nachhaltigkeit in die Tat umsetzen möchte, ist beim BUW genau richtig: Alle naturwissenschaftlich-technisch und gesellschaftlich Interessierten sind angesprochen. Probleme zu Umwelt/Nachhaltigkeit sind vielfältig und betreffen in ihrer Komplexität viele Lebensbereiche. Je nach Problemstellung und Lösungsansatz können die einzureichenden schriftlichen Projektarbeiten ihren Umsetzungsschwerpunkt in

allen für Umweltschutz und Umweltbildung relevanten Handlungsfeldern haben. Dazu zählen beispielsweise neben Naturschutz und Ökologie, Technik, Wirtschaft und Konsum auch Politik, Gesellschaft, Gesundheit und Kultur. Auf die Preisträger/-innen warten Geld- und Sachpreise (z. B. Sprachreisen, Zeitschriftenabonnements, Bücher) im Wert von rund 25.000 Euro. Zusätzlich haben sie die Chance, u. a. Seminarteilnahmen und Praktikumsplätze an deutschen Forschungseinrichtungen zu gewinnen. Bewerbungsschluss ist der 15. März 2018.

Quelle und weitere Informationen: www.buw-home.de

Förderung von Projekten durch die Stiftung Deutsche Jugendmarke

Die Stiftung Deutsche Jugendmarke unterstützt Vorhaben anerkannter freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit überregionaler oder bundesweiter bzw. modellhafter und innovativer Bedeutung mit bis zu 200.000 EUR. Bereits begonnene Projekte und laufende Aufgaben eines Trägers werden nicht gefördert. Über die Bewilligung der Förderanträge entscheidet die Mitgliederversammlung, die sich aus erfahrenen Praktikern der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe zusammensetzt. In der Regel tagt die Mitgliederversammlung jährlich im Frühjahr und Herbst.

Die Anträge müssen ca. zwei Monate vor der Mitgliederversammlung bei der Stiftung vorliegen. Die genauen Zeiten für die jeweils nächsten Abgabefristen, die Förderhinweise und -richtlinien finden sich auf der Homepage der Stiftung.

Eine Beratung bei der Antragsstellung ist in der AdB-Geschäftsstelle durch Ina Bielenberg möglich.

Quelle und weitere Informationen: www.jugendmarke.de

Projekte der Konflikttransformation und Friedenssicherung

Die Robert Bosch Stiftung fördert Projekte, die der Konflikttransformation in verschiedenen Regionen dienen. Bewerben können sich Initiativen, die sich mit dem Umgang mit der Vergangenheit, mit Fragen von Transitional Justice, Mediation, Menschen- und Minderheitenschutz, der Rolle digitaler Demokratien in (Post-)Konfliktgesellschaftlichen, der Berichterstattung über Konflikte sowie der Rolle von Religionen in Konflikten beschäftigen. Die Förderung

richtet sich insbesondere an Projekte, die den Transfer guter Praxis von einer Region oder Zielgruppe auf eine andere ermöglichen. Projektanträge werden ganzjährig angenommen.

Quelle und weitere Informationen: www.bosch-stiftung.de

Veranstaltungen

1. und 2. Februar 2018

Berlin

Transferkonferenz „Praxis trifft Forschung, Forschung trifft Praxis“

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut
www.agj.de

20. bis 24. Februar 2018

Hannover

didacta

Veranstalter: Didacta Verband
www.didacta-hannover.de

2. und 3. März 2018

Bonn

Künstliche Intelligenz, Big Data und digitale Gesellschaft – Herausforderungen für die politische Bildung

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
www.bpb.de

23. April 2018

Frankfurt am Main

Ressource Vielfalt. Der Beitrag der politischen Bildung zu einer inklusiven Gesellschaft

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten in Kooperation mit dem Paritätischen Bildungswerk Bundesverband e. V. und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung
www.adb.de/fachtagungen

1. und 2. Juni 2018

Straßburg

European Youth Event – Europäisches Jugendevent #EYE2018

Veranstalter: Europäisches Parlament
www.europarl.europa.eu/european-youth-event/de/home/home.html

Zeitschriftenschau

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 34–36/2017 Schwerpunkt: Russische Revolution

Heft 37/2017 Schwerpunkt: Europa

Heft 38–39/2017 Schwerpunkt: Wählen gehen

Heft 40–41/2017 Schwerpunkt: Jugoslawien

Heft 42–43/2017 Schwerpunkt: (Anti-)Faschismus

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik,

Heft 9/2017 Schwerpunkte z. B.: Fake News oder die Rache der Realität; Flucht ohne Grenzen; EU: Die verschleppte Krise

Heft 10/2017 Schwerpunkt z. B.: Das rote Jahrhundert: Von Lenin bis Xi Jinping; Nach der Wahl 2017

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

couragiert – Das Magazin für demokratisches Handeln und Zivilcourage, Heft 3/2017 Schwerpunkt: Deutschland, deine Muslime. jung, gläubig, emanzipiert

Bezug: Aktion Zivilcourage e. V., Postfach 100228, 01782 Pirna; www.aktion-zivilcourage.de; www.couragiert-magazin.de

deutsche jugend, Heft 7–8/2017 Schwerpunkt: 15. Kinder- und Jugendbericht

Heft 9/2017 Schwerpunkt: Jugendarbeit und Migration

Heft 10/2017 Schwerpunkt: Rahmenbedingungen der Offenen Jugendarbeit

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 4/2017 Schwerpunkt: Alter!

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

DJI-Impulse, Bulletin des Deutschen Jugendinstituts, Heft 3/2017 Schwerpunkt: Mit digitalen Medien groß werden

Bezug: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München; www.dji.de/impulse

Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Heft 3/2017 Schwerpunkt: Lesevergnügen – Plaisirs de lire

Bezug: Verlag Dokumente GmbH, Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn; www.dokumente-documents.info

EB Erwachsenenbildung, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 3/2017** Schwerpunkt: Sinnsuche

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 3/2017 Schwerpunkt: Übergänge begleiten – Accompagner les transitions

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; www.alice.ch

forum erwachsenenbildung, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.), **Heft 3/2017** Schwerpunkt: Armut: arm an Mut?

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; www.waxmann.com

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 3/2017 Schwerpunkte u. a.: Wirtschaft 4.0 und die Herausforderungen für die Politik; Beitrag der Finanzpolitik zur Lösung der Krise in Europa; Krise des Industriestandorts Deutschland?

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 3/2017**
Schwerpunkt: Berufliche Weiterbildung

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Journal für politische Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 3/2017** Schwerpunkt: Religion – Macht – Politik

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug), hrsg. von der BAG Jugendschutz, **Heft 4/2017**
Schwerpunkt: Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.kjug-zeitschrift.de

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, **Heft 4/2017** Schwerpunkt: Soziale Arbeit digital

Heft 5/2017 Schwerpunkt: Self-Tracking. Lifelogging. Quantified Self

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, **Heft 9/2017**
Schwerpunkt: Machtwechsel?!

Heft 10/2017 Schwerpunkt: Marx reloaded

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, **Heft 3/2017** Schwerpunkt: Populismus

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, **Heft 5/2017** Schwerpunkte: Jugend – Familie – Gesellschaft (Sek. I); EU II: Wirtschaft und Soziales (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Zeitschrift für Menschenrechte, **Heft 1/2017**
Schwerpunkt: Menschenrechtsabkommen

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

pb-digital

Neue Website informiert rund um OER

Die Website der Informationsstelle OERinfo des Deutschen Bildungsservers ist seit kurzem online. Sie ist die zentrale Anlaufstelle für das Wissen und den Austausch über offene Bildungsmaterialien. Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) ist Transferpartner für die Erwachsenenbildung und Weiterbildung. Der neue Auftritt gibt einen umfassenden Einblick in die Aktivitäten rund um offene Bildungsmaterialien in Deutschland (Open Educational Resources – OER) und soll sich zur zentralen Plattform für Informationen zum Thema OER entwickeln. Das neue Portal bietet unter anderem umfangreiche Informationen über offene Bildungsmaterialien; Nachrichten und Dossiers zu aktuellen Entwicklungen in der nationalen und internationalen OER-Landschaft, unter anderem zur Fort- und Weiterbildung von Lehrenden; multimediale und interaktive Formate, z. B. Podcasts, Videos, WebTalks und Webinare; eine Deutschlandkarte, die visualisiert, wo sich welche Initiativen mit offenen Bildungsmaterialien befassen. Ganz im Sinne des OER-Gedankens wird die Plattform künftig weiter ausgebaut und fortlaufend aktualisiert. Das DIE bringt als Partner für den Bildungsbereich Erwachsenenbildung/Weiterbildung seine Expertise ein und transferiert die Erkenntnisse und Informationen in zielgruppenspezifische Angebote für Lehrende in der Erwachsenenbildung und Weiterbildung. OERinfo wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Quelle und weitere Informationen: www.die-bonn.de/institut/wir-ueberuns/presse/neuigkeiten/OERinfo_geht_live/default.aspx
<https://open-educational-resources.de>

Onlinegame zum Thema Fake News – „Fake it to make it“

Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung und die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb haben gemeinsam die deutsche Version des Computerspiels „Fake it to make it“ zum Thema Fake News veröffentlicht und stellen sie kostenlos im Internet zur Verfügung. Das Spiel informiert spielerisch über Strategien, die bei der Erstellung und Verbreitung von Fake News eingesetzt werden. Auch mögliche Gründe dafür, Falschmeldungen zu verbreiten, werden im Spiel erkennbar. So gibt es neben dem finanziellen Aspekt im Spiel zwei fiktive politische Richtungen. Skandalmeldungen oder Verschwörungstheorien über eine Partei schafft große Aufmerksamkeit bei der anderen. Die Entwicklerin Amanda Warner möchte durch das Spiel sensibilisieren und zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Nachrichtenrezeption anregen. Auf einer integrierten Infoseite können Interessierte zudem mehr über Fake News erfahren und bekommen Tipps, wie diese im Alltag erkennbar sind.

Quelle und weitere Informationen: www.demokratie.niedersachsen.de
 Offizielle Version des Spiels: www.fakeittomakeit.de

Timer App: Tägliche Dosis politische Bildung fürs Smartphone

Die bpbTimer App zum aktuellen Notizkalender „Timer“ der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb für 2017/2018 ist da. Das kostenlose Angebot für iOS und Android hat neben informativen Texten, Bildern, Zitaten und einem wöchentlichen Quiz auch einige Neuerungen zu bieten. Von Montag bis Freitag finden die Nutzer in der App einen kurzen Text plus Foto zu Themen aus Politik, Zeitgeschichte, Kultur und Gesellschaft. Auch auf wichtige Jubiläen, Feier- und Gedenktage wird hingewiesen. An Samstagen gibt es ein illustriertes Zitat einer berühmten Persönlichkeit und sonntags eine Quizfrage mit vier Antwortmöglichkeiten zu Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Zudem gibt es wöchentlich wechselnde Begrüßungen in unterschiedlichen Sprachen der Welt. Die Nutzung der App ist ohne Angabe personenbezogener und ortsbezogener Daten möglich. Es werden weder Daten innerhalb der Anwendungen gespeichert noch Daten an Dritte weitergegeben.

Quelle, weitere Informationen und Download: www.bpb.de/shop/multimedia/mobil/230829/die-bpbtimer-app

Informations-Portal zur politischen Bildung mit Online-Dossier „500 Jahre Reformation“

Aus Anlass des 500. Jahrestages der Reformation am 31. Oktober 2017 wurden in einem Online-Dossier des Informationsportals zur politischen Bildung die Angebote der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung zum Themenbereich Martin Luther und Reformation zusammengestellt und durch relevante Inhalte anderer Anbieter ergänzt. Im Dossier finden sich zahlreiche Hintergrundinformationen, Hinweise auf Ausstellungen und Aktionen in den einzelnen Bundesländern, Filme zum Themenbereich sowie Materialien für die Bildungsarbeit. Die Angebote richten sich sowohl an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Medien und Bildungseinrichtungen wie auch an interessierte Bürgerinnen und Bürger.

www.politische-bildung.de/luther2017_500_jahre_reformation.html

Lernumgebung „Lernen mit Interviews: Zwangsarbeit 1939–1945“

Das von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ geförderte Online-Bildungsangebot „Lernen mit Interviews: Zwangsarbeit 1939–1945“ der Freien Universität Berlin vermittelt anhand lebensgeschichtlicher Video-Interviews Erfahrungen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und unterstützt das forschende Lernen zum Thema. In der Online-Lernumgebung berichten sieben Überlebende in biografischen Kurzfilmen von ihren Erfahrungen in Zwangsarbeitslagern und Fabriken. Zwei Hintergrundfilme informieren über das Thema Zwangsarbeit und über Oral History als Methode und Quelle. Zusatzmaterialien und interaktive Aufgaben ermöglichen eine individuelle Auseinandersetzung mit einzelnen Aspekten des Themas.

Quelle und weitere Informationen: <https://lernen-mit-interviews.de>

Polis180 – ein Grassroot-Thinktank für Außen- und Europapolitik

Die Aktivistinnen und Aktivisten des Grassroot-Thinktank Polis180 verstehen sich als Sprachrohr für die jüngere Generation. Sie übersetzen wissenschaftliche Erkenntnisse für politische Entscheidungsträger/-innen. Sie bringen Ideen, Analysen und Lösungsansätze durch innovative, partizipative und inklusive Ansätze in den politischen Diskurs ein. In thematischen Programmen und mit neuen und kreativen Formaten entwickeln sie Alternativen für eine konstruktive Außen- und Europapolitik. Auf ihrer Internetseite stellen sie ihre Programme, Aktionen, Forschungsprojekte und deren Ergebnisse vor.

Quelle und weitere Informationen: <https://polis180.org>

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2017

48. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Ulrich Ballhausen und Dr. Paul Ciupke

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Dr. Meron Mendel, Wolfgang Pauls, Dr. Beate Rosenzweig, Ulrike Steimann

Redaktions- und Bezugsanschrift:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Ruksaldruck GmbH + Co. KG, ruksaldruck.de

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements: jährlich 20 €

ab 4 Abonnements: jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten,

Referendare, Arbeitslose: jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

AdB

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de